



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

„Ungleichheit und Entwicklung

Historische Analyse nationaler und globaler Ungleichheit
und deren Bedeutung für den wirtschaftlichen und
gesellschaftlichen Entwicklungsprozess“

Verfasser

Florian Suermann

angestrebter akademischer Grad

Master (MA)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 067 805

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Individuelles Masterstudium:
Global Studies – a European Perspective

Betreuerin / Betreuer:

ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Peter Eigner



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER THESIS

Titel der Masterarbeit /Title of the master thesis

Ungleichheit und Entwicklung

Historische Analyse nationaler und globaler Ungleichheit und deren Bedeutung für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungsprozess

Verfasser /Author
Florian Suermann

angestrebter akademischer Grad / acadamic degree aspired
Master (MA)

Wien, 2014

Studienkennzahl :

A 067 805

Studienrichtung:

Individuelles Masterstudium:
Global Studies – a European Perspective

Betreuer/Supervisor:

ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Peter Eigner

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	4
1.1.	Hinführung zum Thema	4
1.2.	Bemerkungen zur Quellen- und Literaturlage	5
1.3.	Entwicklung von Fragestellungen und thematische Eingrenzung	7
2.	Hauptteil	9
2.1.	Der entwicklungstheoretische Diskurs	9
2.2.	Das internationale Wirtschaftssystem und westliche Entwicklungspolitik	20
2.3.	Soziale Ungleichheit	29
2.4.	Entwicklung der sozialen Ungleichheit seit den 1970er Jahren	38
2.4.1.	Nationale Ungleichheit	38
2.4.2.	Internationale Ungleichheit	44
2.4.3.	Globale Ungleichheit	51
2.5.	Simon Kuznets U-Hypothese	53
2.6.	Ungleichheit, Wirtschaftswachstum und die Bedeutung der Mittelklasse	58
3.	Schluss	71
3.1.	Entwicklungstheorien in Zeiten zunehmender Globalisierung	71
3.2.	Zusammenfassung und Fazit der Ungleichheitsforschung	80
3.3.	Glücksforschung – legitimer Paradigmenwechsel im entwicklungstheoretischen Diskurs?	92
3.4.	Bibliographie	112

Abstract

Die vorliegende Masterarbeit soll einen Beitrag zur Ungleichheitsforschung liefern und gleichzeitig diese mit gesamtgesellschaftlichen Fragestellungen verknüpfen. Dabei soll die historische Entwicklung der sozialen Ungleichheit auf nationaler, internationaler und globaler Ebene seit den 1970er Jahren umfassend dargestellt und deren Bedeutung für den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungsprozess, auch im Kontext der realwirtschaftlichen Machtverhältnisse auf der Welt, analysiert werden. Ziel ist es, die Zusammenhänge zwischen Ungleichheit, Wirtschaftswachstum und gesellschaftlichem Fortschritt vor dem Hintergrund einer im Zuge der Globalisierung immer stärker zusammenwachsenden Welt offen zu legen. Das internationale Wirtschaftssystem mit seinen supranationalen Institutionen spielt in der Frage der Ausdehnung von Ungleichheiten eine gewichtige Rolle, weshalb der Versuch unternommen wird, das derzeit existierende globale Wirtschaftssystem im historischen Kontext adäquat darzustellen und daraus Rückschlüsse auf möglicherweise herrschende zwischenstaatliche Abhängigkeitsverhältnisse zu erhalten. Für den theoretischen Unterbau der Arbeit werde ich einen Überblick über die Hauptströmungen der Entwicklungstheorien vorlegen. Darüber hinaus soll auch noch ein möglicher Paradigmenwechsel in der entwicklungstheoretischen Debatte skizziert werden, welcher die Tore für weitere Forschungen öffnet.

This thesis shall make a contribution to the research of inequality and simultaneously connect this with issues concerning society as a whole. In this context, the historical development of social inequality on a national, international, and global level since the 1970s shall be depicted comprehensively, and its significance for the social and economic development process, also within the context of power relationships in real economic terms in the world, will be analyzed. The aim of this work is to reveal the links between inequality, economic growth, and social development against the background of a strongly growing integrated world in the course of globalization. The economic system with its supranational institutions plays a huge role in the question of the expansion of inequality. Therefore, an attempt will be made to give an accurate description of the historical context which shaped the current global economic system and to draw conclusions from this on the possibility of dependencies between countries. I will give an overview of the main trends and studies in the field of development theory to provide the theoretical foundation of this work. Furthermore, a possible paradigm shift in the debate of development theory shall be outlined, which will open the door for further research.

1. Einleitung

1.1. Hinführung zum Thema

„Wir sehen in Deutschland die Entwicklung, dass die Einkommen weiter auseinandergehen, die Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird und immer mehr zu einer Belastung für die gesamte Gesellschaft wird. Das derzeitige Ausmaß an Ungleichheit ist auf jeden Fall zu viel.“¹ Dies ist ein Auszug aus einem Interview mit Daniela Kolbe, ehemalige Vorsitzende der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages, welches ich im Sommer 2012 mit ihr führen konnte. Es ist ein Beleg dafür, dass die Debatte um das richtige bzw. akzeptierte Maß an Ungleichheit in lebhaftem Gange ist, und dass große Ungleichheit innerhalb einer Gesellschaft meistens als ungerecht empfunden wird. Besonders seit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 2008 wird wieder verstärkt über soziale Ungleichheit diskutiert. Dabei sollte man sich bewusst machen, dass Ungleichheit zwangsläufig mit Ungerechtigkeit assoziiert wird. Im Dezember 2012/Januar 2013 hat das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) eine repräsentative Umfrage im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) in Deutschland zum Thema soziale Gerechtigkeit durchgeführt. Demnach glauben 64 % der Deutschen, „dass die soziale Gerechtigkeit in den vergangenen drei bis vier Jahren abgenommen hat.“² Die Wahrnehmung der Bevölkerung von großer, struktureller und sich verschärfender Ungleichheit innerhalb der Gesellschaft wird zumeist als Gefahr für den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt bzw. Frieden eingestuft. Einkommensschwache Bevölkerungsgruppen befürchten die Wiederherstellung britischer Verhältnisse im Zeitalter der Industrialisierung und die Spaltung der Gesellschaft in zwei Klassen. Die Occupy-Bewegung hat sich medienwirksam von New York in die ganze Welt ausgebreitet, um gegen die Auswüchse der Ungleichheit zu protestieren und den Kampf der „99 gegen das 1%“ auszurufen. Vor dem Sitz der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt fanden in den letzten Jahren Großkundgebungen statt, die sich, wie die Massendemonstrationen u.a. in Griechenland, Spanien und Zypern, nicht nur gegen die europäischen Sparauflagen und die

¹ Suermann, Florian: Wir sind schon nicht ganz so überschwänglich, In: DIE WELT (Hrsg.), Berlin 2012, veröffentlicht am 01.08.2012, S. 8. Online abrufbar unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article108444944/Wir-sind-schon-nicht-ganz-so-ueberschwaenglich.html> (Zugriff: 02.07.2013).

² Sommersberg, Angela: Deutsche vermissen soziale Gerechtigkeit, In: Frankfurter Rundschau (Hrsg.), Frankfurt am Main 2013, veröffentlicht am 15.02.2013. Online abrufbar unter: <http://www.fr-online.de/politik/umfrage-deutsche-vermissen-soziale-gerechtigkeit,1472596,21821688.html> (Zugriff: 04.08.2013).

Bankengeschäfte, sondern auch allgemein gegen das gesamte derzeit existierende internationale Finanzsystem richtete. Der bekannte amerikanische Ökonom James Galbraith, der derzeit das *Inequality Project* an der *University of Texas* leitet, schreibt zusammenfassend: “*in much of the world we found that our measures of inequality were sensitive indicators of political events. (...) In general, increasing inequality is a warning sign that something is going wrong.*”³ Besonders in Zeiten von Wirtschaftskrisen zeigen sich die Auswirkungen von zuvor schon existierenden und dann sich verschärfenden Ungleichheiten auf das politische System und den Zusammenhalt der Gesellschaft. Ungleichheiten haben die Kraft, soziale Unruhen, Aufstände und Revolutionen in einem Land auszulösen. Doch neben der Ungleichheit innerhalb eines Landes gibt es auch noch die internationale und globale Ebene von Ungleichheit. Manche Länder haben einen überproportional großen Anteil am globalen Wirtschaftswachstum, während andere Länder stagnieren oder sogar noch weiter zurückfallen. Das internationale Wirtschaftssystem mit seinen supranationalen Institutionen spielt in der Frage der Ausdehnung internationaler Ungleichheit eine gewichtige Rolle. Dabei haben wirtschaftlich schwache Staaten ein immanentes Interesse an einer Reduzierung der internationalen Ungleichheit, was ein ums andere Mal zu Reibereien mit den reichen Ländern des Westens führt. Neben grundsätzlichen Interessenkonflikten wird zumeist auch über die richtige Entwicklungsstrategie ärmerer Staaten gestritten. Die vorliegende Arbeit soll einen Beitrag zum entwicklungstheoretischen Diskurs liefern und dabei die Zusammenhänge zwischen Ungleichheit, Wirtschaftswachstum und gesellschaftlichem Fortschritt vor dem Hintergrund einer im Zuge der Globalisierung immer stärker zusammenwachsenden Welt offen legen.

1.2. Bemerkungen zur Quellen- und Literaturlage

Zuerst einmal ist festzuhalten, dass die Literaturlage insgesamt sehr gut ist. Es lässt sich sowohl allgemein zur Ungleichheit, als auch zu den unterschiedlichen Entwicklungstheorien, dem internationalen Wirtschaftssystem und der Glücksforschung eine immense Fülle an Material finden. Die Schwierigkeit besteht eher darin, aus diesem Material die wirklich relevanten Informationen herauszufiltern und sich nicht in der Weitläufigkeit des Themas zu verlieren. Dabei musste ich aus Gründen des Platzmangels auf die Werke einiger bedeutender Autoren verzichten. In Kapitel 2.1. musste ich z.B. eine persönliche Auswahl der relevantesten entwicklungstheoretischen Hauptströmungen vornehmen, so dass ich einige

³ Galbraith, James K.: *Inequality and Instability. A Study of the World Economy Just Before the Great Crisis*, New York 2012, S. 13.

Ansätze und Gedanken der endlos erscheinenden Palette an Entwicklungstheorien nicht berücksichtigen konnte. An dieser Stelle sei nur auf das Harrod-Domar-Modell, das Solow-Swan-Modell, aber auch auf bekannte Autoren wie Paul Rosenstein-Rodan und Samuel Huntington verwiesen. So wie in dem Beitrag über die entwicklungstheoretische Debatte bleiben auch in meiner Darstellung der sozialen Ungleichheit große Soziologen wie Max Weber, Pierre Bourdieu oder Talcott Parsons, die sich allesamt mit der sozialen Ungleichheit und den unterschiedlichen Gesellschaftsschichten beschäftigt und theoretische Klassiker der frühen Ungleichheitsforschung verfasst haben, leider unerwähnt.

Auf unerwartete Schwierigkeiten stieß ich bei der Recherche nach Daten zur Verteilung von Einkommen bzw. Vermögen in vielen Ländern der Welt. Für einige Länder, besonders in Afrika, aber auch im Nahen Osten und in Asien, gibt es z.B. überhaupt keine Daten über die Einkommens- bzw. Vermögensverteilung. Und selbst für die statistisch gut erfassten Mitgliedsstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ist an mancher Stelle nur veraltetes Datenmaterial zu finden. Selbst die Weltbank, die für gewöhnlich einen großen Fundus an verschiedenstem Datenmaterial für fast alle Staaten der Welt bereithält, hat für das Jahr 2012 überhaupt keine, und für das Jahr 2011 nur für zehn Länder Statistiken zur Ungleichverteilung veröffentlicht.⁴ Es fehlt offensichtlich an einem weltweit durchgeführten standardisierten Verfahren zur Bemessung der Einkommens- und Vermögensungleichheit und an der Weiterleitung der Daten der nationalen Statistikämter an übergeordnete Institutionen wie z.B. die Weltbank. Daher ist es äußerst mühsam und nur größeren Teams von Wissenschaftlern möglich, adäquate Daten über die Einkommens- und Ungleichheitsverhältnisse der Länder ausfindig zu machen. Erst vor wenigen Jahren wurde das mühevolle Unterfangen begonnen, eine weltweit umfassende und vollständige Datenbank zur Ungleichverteilung aufzubauen.⁵ So musste ich zumeist auf Autoren zurückgreifen, die mit eigenen Arbeitsgruppen die Entwicklung der globalen Ungleichheit, oftmals unter Verwendung einer Stichprobe bzw. eines Samples von bestimmten Ländern, herausgearbeitet haben und mittels dieser Aufschluss über die allgemeinen historischen Tendenzen geben.

In meiner Arbeit habe ich mich auf eine breite Auswahl an Literatur gestützt und dabei sowohl Originaltexte, die bis in die 1950er Jahre zurückreichen, als auch die neueste Sekundärliteratur benutzt. Dabei gibt es einige Werke, auf die ich mich vorwiegend gestützt habe und die mir den Leitfaden für die jeweiligen Kapitel geboten haben. Absolut

⁴ Vgl. <http://data.worldbank.org/indicator/SI.POV.GINI> (Zugriff: 11.10.2013).

⁵ Vgl. <http://www.wider.unu.edu/research/Database/> (Zugriff: 11.10.2013).

herausragende Pionierarbeit auf dem Feld der globalen Ungleichheitsforschung leistete Branko Milanovic, ein serbischer Wirtschaftswissenschaftler, der in führender Position für die Weltbank aktiv ist, mit seinem Buch *„Worlds apart: measuring international and global inequality.“*⁶ Darauf aufbauend war der Sammelband von Bayer/Mordt/Terpe/Winter äußerst aufschlussreich.⁷ Einen großartigen Beitrag über die verschiedenen historischen Epochen der Entwicklungspolitik liefert Ulrich Menzel in „Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie.“⁸ Das Gesamtbild der entwicklungstheoretischen Strömungen wird durch das Buch von Fischer/Hödl/Sievers abgerundet, in dem die wichtigsten Texte der Originalliteratur bedeutender Entwicklungsökonominnen bündig zusammengestellt sind.⁹ Für das Kapitel, das von der nationalen und globalen Mittelklasse handelt, habe ich besonders auf die Arbeiten von Abhijit Banerjee/Esther Duflo, Nancy Birdsall und William Easterly zurückgegriffen.¹⁰ Als wichtige Grundlage für meine Schlusskapitel dienten die Werke von Joseph Stiglitz¹¹ und Richard Wilkinson/Kate Pickett.¹² Neben diesen Büchern komplementieren Internetquellen und jährlich erscheinende Berichte, u.a. von den Vereinten Nationen (UN), dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank, oder der OECD, meine Literatursammlung.

1.3. Entwicklung von Fragestellungen und thematische Eingrenzung

Wenn Ungleichheiten von der Bevölkerung als ungerecht empfunden werden, können sie weit reichende Folgen haben. So können soziale Beziehungen auseinander brechen, der gesellschaftliche Zusammenhalt bröckeln, Gesellschaftsschichten sich vom politischen System entfremden und schließlich das System als Ganzes in Frage gestellt werden. Jedoch stellt sich die Frage, ob Ungleichheiten auch positive Auswirkungen haben können. Ist eine

⁶ Vgl. Milanovic, Branko: *Worlds apart: measuring international and global inequality*, 2. Auflage, Princeton 2007.

⁷ Vgl. Bayer, Michael/Mordt, Gabriele/Terpe, Sylvia/Winter, Martin (Hrsg.): *Transnationale Ungleichheitsforschung. Eine neue Herausforderung für die Soziologie*, Frankfurt am Main/New York 2008.

⁸ Vgl. Menzel, Ulrich: *Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie*, Frankfurt am Main 1992.

⁹ Vgl. Fischer, Karin/Hödl, Gerald/Sievers, Wiebke (Hrsg.): *Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development*, Wien 2008.

¹⁰ Vgl. Banerjee, Abhijit V./Duflo, Esther: *What is Middle Class about the Middle Classes around the World?*, In: *Journal of Economic Perspectives* (Hrsg.), Vol. 22, No. 2, 2008, S. 3-28.

Birdsall, Nancy: *The (Indispensable) Middle Class in Developing Countries; or, The Rich and the Rest, Not the Poor and the Rest*, In: *Center for Global Development* (Hrsg.), Working Paper 207, Washington D.C. 2010.

Easterly, William: *The Middle Class Consensus and Economic Development*, Washington D.C. 2001.

¹¹ Vgl. Stiglitz, Joseph E.: *Globalization and Its Discontents*, London 2002.

¹² Wilkinson, Richard/Pickett, Kate: *Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*, Berlin 2009.

relativ betrachtet ungleichere Gesellschaft besser in der Lage, Wirtschaftswachstum zu erzeugen? Ist Ungleichheit Ausdruck von Freiheit, und im Umkehrschluss eine staatlich vorangetriebene Reduzierung von Ungleichheit ein Eingriff in die persönliche Freiheit? Ist die Ungleichheit in den letzten Jahrzehnten tatsächlich, wie oft behauptet wird, gestiegen oder hat sie vielleicht sogar abgenommen? Wie sehen die Zusammenhänge zwischen nationaler, internationaler und globaler Ungleichheit aus?¹³ Wie wird Ungleichheit überhaupt gemessen? Und welche Auswirkungen hat eine große Ungleichheit auf die Menschen in einem Land?

In einem weiteren Schritt soll der Versuch unternommen werden, das derzeit existierende globale Wirtschaftssystem im historischen Kontext adäquat darzustellen und daraus Rückschlüsse auf möglicherweise herrschende zwischenstaatliche Abhängigkeitsverhältnisse zu erhalten. Dabei habe ich bewusst die 1970er Jahre als Beginn des zu untersuchenden Zeitraums gewählt, weil die 70er Jahre einen Bruch darstellen, in dessen Verlauf es zu gewaltigen Umwälzungen des internationalen entwicklungs- und wirtschaftspolitischen Systems kam. Dabei stellt sich die grundsätzliche Frage, ob die vorherrschende internationale Wirtschaftsordnung die globalen ökonomischen Unterschiede noch weiter verstärkt oder eher nivelliert. Trägt das von den USA dominierte globale Wirtschaftssystem eine Mitschuld an der Misere der ärmeren Staaten? Gibt es in der heutigen, globalisierten Welt überhaupt noch starke einseitige Abhängigkeiten zwischen den Ländern? Welche Rolle spielen dabei die internationalen Institutionen IWF und Weltbank? Für den theoretischen Unterbau werde ich hierfür einen Überblick über die Hauptströmungen der Entwicklungstheorien vorlegen. Wie wirkt sich die ökonomische Ungleichheit zwischen den Ländern auf die weltpolitische Machtkonstellation aus? Und wie kann die Entwicklungsstrategie für die Zukunft aussehen? Lässt sich gesellschaftlicher Fortschritt wirklich nur am Wirtschaftswachstum messen oder ist ein neuer Ansatz nötig, um die Lebensqualität der Menschen spürbar zu verbessern?

Ich werde versuchen, alle diese Fragen im Verlauf dieser Arbeit zu beantworten, wobei mir die Fragen selbst als Leitfaden für die Arbeit dienen sollen. Dabei ist mir bewusst, dass ich aus Platzmangel vielerorts nicht ins Detail gehen kann und daher an einigen Stellen einzelne exemplarische Beispiele für die Interpretation heranziehen muss. Dennoch bin ich davon überzeugt, dass die getroffenen Aussagen und die ihnen zu Grunde liegenden Beobachtungen dadurch nicht an Validität einbüßen, und ich hoffe, dem ehrgeizigen Anspruch, die komplexen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge auf globaler Ebene

¹³ Internationale und globale Ungleichheit wird hier nicht synonym verwendet, seitdem Milanovic das Konzept von drei unterschiedlichen Ebenen der Ungleichheit herausgearbeitet hat. Dazu ausführlich in Kapitel 2.4.

angemessen und begreifbar darzustellen und eine in sich geschlossene Arbeit abzuliefern, gerecht zu werden. Die Originalität der Arbeit ergibt sich dabei aus der Einbettung der Ungleichheitsforschung in den gesamten entwicklungstheoretischen und -politischen Diskurs. So wird nicht nur die historische Entwicklung der sozialen Ungleichheit seit den 1970er Jahren umfassend dargestellt, sondern diese auch im Kontext der realwirtschaftlichen Machtverhältnisse auf der Welt analysiert. Im Schlussteil wird darüber hinaus noch ein möglicher Paradigmenwechsel in der entwicklungstheoretischen Debatte skizziert, welcher die Tore für weitere Forschungen öffnet. Letztlich möchte ich mit dieser Arbeit, welche eine wirtschaftlich gesamtgesellschaftliche Thematik auf globaler Ebene diskutiert und somit einen umfassenden Ein- und Überblick ermöglicht, auch meinem Studienfach *Global Studies* alle Ehren erweisen. Dennoch erlaube ich mir als deutscher Staatsbürger, trotz dieser global ausgerichteten Zielsetzung, an mancher Stelle Deutschland als Beispiel heranzuziehen.

2. Hauptteil

2.1. Der entwicklungstheoretische Diskurs

Entwicklungstheorien möchten in der Regel immer drei Dinge: den aktuellen Entwicklungsstand eines Landes bzw. einer Region oder der Welt insgesamt darstellen, die Ursachen für diesen vorgefundenen Entwicklungsstand erklären, und anhand dieser historisch gewonnenen Erkenntnisse Wege und Lösungen für einen weiteren Entwicklungsschritt aufzeigen. Dabei gibt es eine Unzahl von Literatur zu den verschiedensten Entwicklungstheorien. Ich möchte an dieser Stelle einen zusammenfassenden Überblick über die bedeutendsten und einflussreichsten entwicklungstheoretischen Strömungen bzw. Denkrichtungen der letzten Jahrzehnte geben. Dies soll helfen, die nachfolgende Auseinandersetzung mit dem internationalen Wirtschaftssystem und seinen Folgen für die globale Ungleichheit in ein theoretisches Gerüst einordnen zu können. Dabei muss man berücksichtigen, dass Theorien zwar beanspruchen, objektiv und allgemeingültig zu sein, dass sie jedoch immer aus einem gewissen Kontext bzw. in Anbetracht aktueller Ereignisse und Entwicklungen heraus verfasst wurden und aus diesem Kontext heraus zuweilen eine durch persönliche Interessen geleitete Färbung aufweisen. Sie sind daher, wie jede große Theorie, mit kritischer Vorsicht zu betrachten.

Entwicklungstheorien haben eine enorme Bedeutung für Millionen bzw. sogar Milliarden von Menschen auf der Welt, in besonderem Maße für die Menschen in Entwicklungsländern, da sie den wirtschaftlich mächtigen Staaten den ideologischen Unterbau für ihre aktiv betriebene Entwicklungspolitik liefern und somit auch praktischen Einfluss auf diese ausüben. Dabei muss man berücksichtigen, dass das akademische Feld der Entwicklungspolitik insgesamt recht neu ist. Vor dem Zweiten Weltkrieg konzentrierte sich die Politik der führenden Staaten Europas gegenüber den armen Ländern in Afrika und Asien größtenteils auf die Ausbeutung von Ressourcen und Arbeitskraft. Erst mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und durch die Wiederaufbauhilfe der USA gemäß dem Marshall-Plan kam es erstmals zu einer aktiven Entwicklungspolitik in dem Sinne wie wir sie heute kennen, welche als vorrangiges Ziel die Hilfe und somit die positive Entwicklung eines ärmeren Staates vor Augen hatte. Ironischerweise markierte somit der Ausbruch des Kalten Krieges und die damit verbundene Strategie der Eindämmung des sowjetischen Einflussgebiets die Geburtsstunde einer aktiven Entwicklungspolitik.

Die so genannte Modernisierungstheorie war als breite Strömung die erste große Entwicklungstheorie, die sich weltweit durchsetzen konnte und für einige Zeit als oberste Lehre bzw. Doktrin die reale Entwicklungspolitik bestimmte. In den 1950er und 1960er Jahren erfreute sie sich sowohl in akademischen Kreisen als auch auf oberster politischer Ebene großer Beliebtheit, bevor sie von der so genannten Dependenztheorie größtenteils verdrängt wurde. Die Modernisierungstheorie versucht aus historischer Perspektive heraus, das als niedrig eingestufte Entwicklungsniveau vieler Länder anhand eines Vergleichs mit den ehemaligen Entwicklungsstadien der industrialisierten Staaten zu erklären. In den reichen Ländern sei ein Prozess in Gang gesetzt worden, der in unterschiedlichen Stufen zu Modernisierung und einem hohen Entwicklungsniveau führte. Modernisierung wird daher als Prozess verstanden, welcher vorprogrammiert auf die gleiche Art und Weise in allen Staaten der Welt, wenn auch zu unterschiedlichen Zeitpunkten, stattfindet.¹⁴ Sie beruht also auf der Annahme, dass die Entwicklungsländer im Laufe der Jahre zwangsläufig zu den Industrieländern aufschließen, sie somit nur eine so genannte nachholende Entwicklung durchlaufen würden. Die Gründe für die vorgefundene „Unterentwicklung“ eines Landes werden dabei in endogenen, sowohl wirtschaftlichen, als auch kulturellen und sogar mentalen Faktoren gesucht, u.a. in instabilen politischen Verhältnissen, wenigen bis überhaupt keinen

¹⁴ Vgl. Menzel, 1992, S. 17.

eigenen Ressourcen, schlecht funktionierenden Institutionen, autoritären Herrschaftsstrukturen, und einer ethnischen Zusammensetzung, die zu Konflikten führe.

Der amerikanische Ökonom und Außenpolitiker Walt Whitman Rostow schrieb in seinem Buch „*The Stages of Economic Growth: A Non-Communist Manifesto*“ 1960, dass jeder Staat fünf Wachstumsstadien durchlaufe. Jede Gesellschaft könne daher diesen fünf Kategorien zugeordnet werden. Diese lauten: traditionelle Gesellschaft (*traditional society*), Anlaufperiode (*preconditions for take-off*), wirtschaftlicher Aufstieg (*take-off*), Entwicklung zur Reife (*drive to maturity*), und Zeitalter hohen Massenkonsums (*age of high mass-consumption*). Auch wenn die Länder sich in unterschiedlichen Phasen befänden und diese je nach Land kürzer oder länger ausfielen, würde doch jeder Staat auf der Welt unumgänglich diese verschiedenen Stadien durchlaufen. Gemäß Rostows Überzeugung ist eine traditionelle Gesellschaft zwar keineswegs statisch und schließt die Zunahme der agrarisch geprägten Wirtschaftsproduktion nicht aus, doch: „*the central fact about the traditional society was that a ceiling existed on the level of attainable output per head. (...) the level of productivity was limited by the inaccessibility of modern science, its applications, and its frame of mind.*“¹⁵ In dieser Phase fehle also noch die Anwendung moderner Wissenschaft und Technik, um eine höhere Produktion pro Kopf und somit Wirtschaftswachstum erzielen zu können. Die zweite Phase bezeichnet Gesellschaften, die sich im Übergang zwischen Tradition und Moderne befinden. In diesem Zeitraum werden „die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufschwung geschaffen.“¹⁶ Investitionen steigen, Binnen- und Außenhandel wachsen und moderne Produktionsbetriebe entstehen. Dennoch überwiegt größtenteils immer noch die traditionelle Gesellschaft. Doch vor allem auf politischer Ebene bilden Veränderungen die Voraussetzungen für einen weiteren Entwicklungsschub: „*a decisive feature was often political. Politically, the building of an effective centralized national state (...) was a decisive aspect of the preconditions period.*“¹⁷ Die dritte Phase stellt den großen Wendepunkt in der Entwicklung eines Landes dar, der wirtschaftliche Aufstieg ist nun in vollem Gange. Eine gut funktionierende Infrastruktur wird auf- und ausgebaut, es gibt eine Reihe technischer Innovationen, die sich auf dem Markt durchsetzen und die politische Gruppe, die Modernisierung als oberstes Ziel für die Entwicklung des Landes ansieht, setzt sich in der

¹⁵ Rostow, Walt Whitman: *The Economic Stages of Growth: A Non-Communist Manifesto* (1960), In: Roberts, J. Timmons/Hite, Amy Bellone (Hrsg.): *The Globalization and Development Reader. Perspectives on Development and Global Change*, Oxford 2007, S. 47.

¹⁶ Rostow, Walt Whitman: *Die fünf Wachstumsstadien – eine Zusammenfassung* (1960), In: Fischer/Hödl/Sievers, 2008, S. 43.

¹⁷ Rostow, In: Roberts/Hite, 2007, S. 49.

Breite durch, wodurch sich wiederum die sozialen und politischen Strukturen grundlegend verändern: Die „Kräfte des wirtschaftlichen Fortschritts (...) beginnen die Gesellschaft zu dominieren.“¹⁸ Die vierte Phase ist durch stetiges Wachstum gekennzeichnet, in deren Verlauf sich die Wirtschaftsstruktur weiter verändert und neue Industriezweige entstehen und wachsen, während alte Industriezweige unrentabel werden und langsam absterben. Das fünfte und letzte Stadium ist schließlich das Zeitalter des hohen Massenkonsums. Grundbedürfnisse der Bevölkerung sind nun gestillt, so dass es primär nur noch um Luxusgüter und die Ausweitung des Angebots von Dienstleistungen geht. Die ehemals traditionelle Gesellschaft hat sich im Verlaufe dieser fünf Phasen in eine Service- und Dienstleistungsgesellschaft umgewandelt. Gleichzeitig werden in den beiden letzten Phasen Wohlfahrtsysteme geschaffen, die den Menschen Sicherheit geben. „Das Aufkommen des Wohlfahrtsstaates ist ein Zeichen dafür, dass eine Gesellschaft das Stadium der technischen Reife hinter sich lässt.“¹⁹ Insgesamt geht Rostow davon aus, dass man etwa 60 Jahre brauche, „um eine Gesellschaft vom Beginn des Aufstiegs bis zum Reifestadium zu führen.“²⁰

Rostows Theorie der fünf Wachstumsphasen stellt das Hauptwerk der modernisierungstheoretischen Strömung dar und übte in der Folgezeit einen immensen Einfluss auf die Entwicklungspolitik aus. Dabei ist unschwer zu erkennen, „dass die Gesellschaft der USA das Maß aller Dinge sein sollte.“²¹ Die Entwicklung der angelsächsisch-demokratischen Länder wurde durch die Modernisierungstheorie zum Vorbild für alle nichtindustrialisierten Staaten hochstilisiert. Diese Entwicklung galt es zu kopieren bzw. ihr nachzueifern. Anders als zum Beispiel bei Marx, der die letzte menschliche Entwicklungsstufe noch in weiter Ferne sah, ist gemäß dieser Theorie die letzte Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung in einigen Teilen der Welt also schon erreicht. Eine andauernde Industrialisierung, die im Allgemeinen mit Entwicklung gleichgesetzt wurde, würde außerdem zwangsläufig zu einer Demokratisierung führen. Doch: „Für eine Übergangszeit, solange sich noch keine modernisierungswilligen bürgerlichen Eliten gebildet hätten, wurden autoritäre Regime nicht nur toleriert, sondern sogar als notwendig angesehen.“²²

¹⁸ Rostow, In: Fischer/Hödl/Sievers, 2008, S. 45.

¹⁹ Rostow, In: Fischer/Hödl/Sievers, 2008, S. 49.

²⁰ Rostow, In: Fischer/Hödl/Sievers, 2008, S. 48.

²¹ Rehbein, Boike/Schwengel, Hermann: Theorien der Globalisierung, 2. Auflage, Konstanz/München 2012, S. 51.

²² Menzel, 1992, S. 101.

Es wird deutlich, dass die Modernisierungstheorie Ausdruck einer sehr eurozentristischen Sichtweise ist. Das britisch-amerikanische Modell wird zur Idealvorstellung erhoben. Die Theorie diene den westlichen Ländern zur Zeit des Kalten Krieges auch als klare Abgrenzung gegenüber der kommunistischen Sowjetunion, indem sie den Entwicklungsländern den Weg zu wirtschaftlicher Prosperität amerikanischen Zuschnitts eröffnen sollte. Sie erkennt zwar, dass endogene Faktoren, wie z.B. die natürliche Ressourcenausstattung, mitverantwortlich für die „Rückständigkeit“ eines Landes sein können, erklärt aber im Folgenden nicht, wie ein Land trotz eines solchen offensichtlichen Wettbewerbnachteils die gleichen Entwicklungsschritte wie die Industrieländer gehen sollte. Gleichfalls kann sie das anhaltende und sich teilweise vergrößernde Elend einiger Entwicklungsländer nicht erklären. Des Weiteren werden die negativen Folgen exogener Einflüsse nicht berücksichtigt. Exogene Faktoren, wie z.B. die Einbindung in das internationale Wirtschaftssystem, werden stattdessen sehr positiv bewertet, da diese die traditionelle Gesellschaft erst verändern und damit den Anstoß zur Modernisierung geben würden. Diese Philosophie diene den reichen Staaten oftmals als Legitimation für die Einflussnahme in armen Ländern.

Die Dependenztheorie wurde im klaren Gegensatz zur Modernisierungstheorie in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre in Lateinamerika konzipiert und propagiert. Sie wurde schnell weltweit rezipiert und löste die Modernisierungstheorie als bestimmende Entwicklungstheorie ab. Die Kernthese der Dependenztheorie besagt, dass die ökonomischen Ungleichgewichte auf der Welt nicht durch endogene, sondern vielmehr durch exogene Faktoren ausgelöst und auf Dauer aufrecht erhalten wurden. Die aufgestellten Regeln des internationalen Wirtschaftssystems seien unfair, sie begünstigten den wirtschaftlichen Aufschwung der Industrieländer und benachteiligten die schwachen Länder. Die bestehenden Ungleichheiten würden deshalb nicht abgebaut, sondern verschärften sich vielmehr. Der permanente Ressourcenabfluss aus den armen Ländern und die damit einhergehende Abhängigkeit von den wirtschaftlich dominierenden Staaten wurden somit auch nach dem Ende der Kolonialzeit fortgeführt. Außerdem habe sich unter dem Einfluss der Kolonialherren auch eine strukturelle Transformation im Innern der Entwicklungsländer ereignet, „die das System externer Ausbeutung und Abhängigkeit nach innen verlängert. Eine Lösung des Problems sei deshalb nur in einer radikalen Transformation des Internationalen Systems wie der innergesellschaftlichen Strukturen zu finden.“²³

²³ Menzel, 1992, S. 106f.

Als bedeutender Dependenztheoretiker erwies sich der Deutsch-Amerikaner Andre Gunder Frank, der die griffige Formel von der „Entwicklung der Unterentwicklung“ prägte.²⁴ Die Entwicklung in den Zentren sei demnach erst durch die Unterentwicklung der so genannten Peripherie möglich gewesen, das eine bedinge das andere. Die Konsequenz aus dieser Situation könne daher „nur die revolutionäre Umgestaltung des kapitalistischen Systems im Weltmaßstab sein.“²⁵ Frank benutzt für seine historische Beschreibung das Bild einer Metropole-Satellit Struktur. Er geht davon aus, dass sich das kapitalistische System in den vergangenen Jahrhunderten bis in die entlegensten Gebiete der Welt und in alle Bereiche ausgebreitet habe, so dass selbst die ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Institutionen, die wir heute vorfinden, Produkte der historischen Entwicklung des kapitalistischen Systems seien.²⁶ Das metropolitane Zentrum liege dabei in Europa und in den Vereinigten Staaten, wobei es auch nationale und regionale Metropolen in den Entwicklungsländern gebe. Diese agierten jedoch nur als verlängerte Arme der Zentrums-Metropolen, um Kapital (*surplus*) letztendlich in die Weltmetropole zu lenken. Die Entwicklung der nationalen und weiter untergeordneten Satelliten bleibe aus diesem Grund begrenzt, während die zentralen Metropolen in Europa und den USA unbegrenztes Wachstum erlebten.²⁷ Die Einbindung in das globale kapitalistische System verhindere somit eine eigenständige Entwicklung der armen Länder und Regionen. Satelliten hätten deshalb die größte Chance auf Entwicklung, wenn die Verbindung zur Metropole eher schwach sei. Denn: *“regions which are the most underdeveloped and feudal-seeming today are the ones which had the closest ties to the metropolis in the past.”*²⁸

Als Bestätigung der Dependenztheorie ging die so genannte Prebisch-Singer-These in die entwicklungstheoretische Geschichte ein. Der Argentinier Raúl Prebisch und der deutsche Emigrant Hans Wolfgang Singer untersuchten die Austauschverhältnisse (*terms of trade*) zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern und kamen zu dem Ergebnis, dass diese für die Entwicklungsländer eindeutig negativ waren. Die später entwickelte zentrale These lautet: „Die mangelnde Dynamik der unterentwickelten Länder resultiert aus dem ständigen Transfer von Surplus aus der Dritten in die Erste Welt.“²⁹ Grund hierfür ist, dass die Nachfrageelastizität von Rohstoffen und Primärgütern, die den Löwenanteil der Exporte von

²⁴ Vgl. Frank, Andre Gunder: Die Entwicklung der Unterentwicklung (1966), In: Fischer/Hödl/Sievers, 2008, S. 148-165.

²⁵ Menzel, 1992, S. 107.

²⁶ Vgl. Frank, Andre Gunder: The Development of Underdevelopment, In: Roberts/Hite, 2007, S. 77.

²⁷ Vgl. Frank, In: Fischer/Hödl/Sievers, 2008, S. 152ff.

²⁸ Frank, In: Roberts/Hite, 2007, S. 82.

²⁹ Menzel, 1992, S. 105.

Entwicklungsländern ausmachen, weitaus geringer ist als die von Industriegütern, welche größtenteils von den reichen Industriestaaten hergestellt werden. Die Nachfrage nach Lebensmitteln kann, wenn überhaupt, nur geringfügig erhöht werden (es ist z.B. unwahrscheinlich, dass eine Person, die im Durchschnitt eine Banane pro Tag verspeist, plötzlich zwei Bananen am Tag zu sich nimmt), „während die Nachfrage nach Industriewaren und Dienstleistungen tendenziell schneller zunimmt.“³⁰ Und nicht nur die Nachfrage nach Industriegütern nimmt schneller zu, auch die Preise dafür sind viel höher, was zu einer Vertiefung der Disparität führt. Des Weiteren werden durch protektionistische Maßnahmen in Form von Zöllen und Einfuhrbeschränkungen und gezielten Förderungen einiger Branchen, z.B. mittels Subventionen in der Landwirtschaft, die *terms of trade* für die Entwicklungsländer weiter verschlechtert: „Die Außenhandelserlöse der Entwicklungsländer sind durch die Verschlechterung der *terms of trade* wesentlich zurückgegangen.“³¹ Prebisch fordert daher internationale Ausgleichszahlungen für diese Verluste und unterstützt gleichzeitig die Förderung einer importsubstituierenden Wirtschaftspolitik in den betroffenen Entwicklungsländern.

Der amerikanische Soziologe Immanuel Wallerstein entwickelte in den 1970er Jahren die so genannte Weltsystemtheorie, die als Weiterentwicklung der Dependenztheorie gesehen werden kann. In seiner historischen Analyse beschreibt er, in der marxistischen und dependenztheoretischen Tradition stehend, wie sich die kapitalistische Weltökonomie herausgebildet hat. Er geht dabei auch von der Ausbeutung der Peripherie durch das Zentrum aus. Als Weiterentwicklung der Dependenztheorie gilt seine Einführung der so genannten Semiperipherie, eine Mittelschicht zwischen dem wirtschaftlich starken Kern und der nicht-entwickelten Peripherie, deren Funktion in erster Linie die Aufrechterhaltung politischer Stabilität ist: „Die Unterscheidung Zentrum-Semiperipherie-Peripherie wendet Wallerstein auf alle gesellschaftlichen Einheiten an. Innerhalb eines Nationalstaats dient die Mittelschicht dazu, die Spannung zwischen herrschender Bourgeoisie und beherrschtem Proletariat abzufedern. Innerhalb der Staatenordnung dienen die Schwellenländer dazu, die Spannung zwischen Industrienationen und Dritter Welt abzufedern. Und in der Weltökonomie dienen die herrschenden Klassen der Dritten Welt und die unteren Schichten der Industrienationen

³⁰ Prebisch, Raúl: Für eine bessere Zukunft der Entwicklungsländer (1964), In: Fischer/Hödl/Sievers, 2008, S. 136.

³¹ Prebisch, In: Fischer/Hödl/Sievers, 2008, S. 145.

einer Abfederung der Spannungen zwischen Superreichen und Hungernden. Die Mitte ist sozusagen die Hoffnung der Unteren.“³²

Während die Modernisierungstheorie stark aus einer eurozentristischen Perspektive heraus argumentiert, ist die Dependenztheorie unverkennbar durch Parteinahme für die Sichtweise der Entwicklungsländer gefärbt und ideologisch aufgeladen. Sie stellt nicht nur das internationale Wirtschaftssystem stark vereinfacht dar, sondern berücksichtigt auch keine systemimmanenten bzw. endogenen Faktoren als Erklärungsansätze für die schwache wirtschaftliche Entwicklung armer Länder, wie z.B. schlecht funktionierende Institutionen, das Nichtvorhandensein natürlicher Ressourcen, Korruption, ineffiziente Wirtschaftspolitik und abträgliche ethnische und soziale Strukturen. Des Weiteren scheitert Franks Metropolis-Satellit-Schema an der fehlenden Erklärung zur Herausbildung von Metropolen. Wenn die Satelliten jegliches Surplus in die Haupt-Metropole weiterleiten, wie konnten sich dann überhaupt nationale Metropolen entwickeln? Und wie konnte die Weltmetropole von Großbritannien zu den Vereinigten Staaten überwechseln? Die Antworten zu diesen Fragen hat Frank nicht geliefert.

Gleichzeitig machten die Dependenz- und Weltsystemtheorie auch eine Einteilung der Welt in eine Erste, Zweite und Dritte Welt bzw. in Zentrum, Semiperipherie und Peripherie notwendig. Dazu muss man erwähnen, dass der Begriff „Dritte Welt“ aus rein politischen und nicht etwa aus wirtschaftlichen Gründen eingeführt wurde. Verschiedene asiatische und afrikanische Staaten nahmen im Jahr 1955 an der so genannten Bandung-Konferenz, benannt nach dem indonesischen Austragungsort, teil. Dort wählten sie für sich selbst die Bezeichnung Dritte Welt, da sie sich von den zwei vorhandenen Blöcken des Westens und des Ostens abgrenzen wollten. Sie begründeten somit die „Bewegung der Blockfreien Staaten“, die sich während des Kalten Krieges neutral verhielten und sich für Abrüstung und friedliche Koexistenz der beiden Weltmächte einsetzten. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem damit einhergehenden Ende der bipolaren Welt gibt es keine „Zweite Welt“ mehr. Daher macht auch der Begriff Dritte Welt mittlerweile offensichtlich keinen Sinn mehr, da er seine Legitimation nur aus der damaligen Einteilung in die besagten Blöcke bezog. Dennoch hat sich der Begriff der Dritten Welt bis heute hartnäckig gehalten, wobei er jetzt keine politische Positionierung mehr darstellt, sondern zumeist nur noch negativ mit wirtschaftlicher Rückständigkeit assoziiert wird. Die fortdauernde Benutzung des Begriffs

³² Rehbein/Schwengel, 2012, S. 58.

stellt nicht nur die Arroganz bzw. Ignoranz der „Ersten Welt“ dar, sondern macht heutzutage auch deshalb längst keinen Sinn mehr, weil es innerhalb der Dritten Welt sowohl Länder mit größter Armut als auch Länder mit beachtlichen wirtschaftlichen Erfolgen und großem Aufschwung gibt. Eine homogene „Gruppe von Ländern mit identischen Tiefenstrukturen“³³ gibt es schon lange nicht mehr und hat es wahrscheinlich auch nie gegeben. Wenn man die Staaten dieser Welt unbedingt einteilen und wertneutral kategorisieren will, und man hierfür die wirtschaftliche Stärke als Gradmesser heranziehen möchte, könnte man entweder von Agrarländern, Industriestaaten und Dienstleistungsgesellschaften sprechen, oder die ebenfalls gebräuchliche Dreiteilung in Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer vornehmen. Dabei wird überhaupt erst seit der Industrialisierung und den daraus erwachsenden ökonomischen Unterschieden zwischen den Ländern immer stärker versucht, eine Unterscheidung des ökonomischen Status’ bzw. Bezeichnungen für den Entwicklungsgrad eines Landes zu finden. Die letztendliche Aufteilung und Kategorisierung von Ländern ist allerdings erst im Zuge des Entwicklungsdiskurses entstanden: „Entwicklung schafft die gegenwärtige Dritte Welt (...). Mit Hilfe dieses Diskurses werden Menschen, Regierungen und Gemeinschaften als „unterentwickelt“ eingestuft.“³⁴ Man muss daher feststellen, dass eine solche Einteilung, wenn auch in mancher Hinsicht notwendig, immer nur ein Konstrukt ist, dessen Allgemeingültigkeit und Wertneutralität kritisch hinterfragt bzw. in Zweifel gezogen werden muss.

Auch wenn sie nicht zu den Entwicklungstheorien zählt, weist die internationale Hegemonietheorie große Ähnlichkeit mit der Dependenztheorie auf und ist für die Beschäftigung mit den Internationalen Wirtschaftsorganisationen hilfreich. Doch während bei der Dependenztheorie nur der Staat als handelnder Akteur auftritt, sind bei der internationalen Hegemonietheorie verschiedene Akteure und Interessengruppen (z.B. Wirtschaftsverbände), die die Weltpolitik beeinflussen und mitbestimmen können, Gegenstand der Untersuchung. Dies geschieht, indem sich eine elitäre nationale Gruppe mit anderen gleich gesinnten nationalen Gruppen vernetzt: „Die nationale Hegemonie einer Gruppe/Klasse wird (...) durch transnationale Vernetzung und Universalisierung auf die internationale Ebene transferiert.“³⁵ In diesem Zusammenhang sind die internationalen Institutionen von entscheidender Bedeutung, da sie nicht nur die Plattform bereitstellen, auf der die nationale Hegemonie und

³³ Menzel, 1992, S. 11.

³⁴ Escobar, Arturo: Die Hegemonie der Entwicklung (1992), In: Fischer/Hödl/Sievers, 2008, S. 265.

³⁵ Kellermann, Christian: Die Organisation des Washington Consensus. Der Internationale Währungsfonds und seine Rolle in der internationalen Finanzarchitektur, Bielefeld 2006, S. 41.

Ideologie einer Klasse auf die internationale Ebene übertragen werden können, sondern sie gleichzeitig „einen regime-ähnlichen Ordnungsrahmen schaffen und Machtverhältnisse verfestigen, legitimieren und ausüben.“³⁶ Somit wird klar, dass der IWF, die Weltbank und die Welthandelsorganisation (WTO) im Mittelpunkt von Überlegungen stehen, die sich mit internationaler Hegemonie beschäftigen. Zuweilen wurden diese Organisationen sogar als Überwachungsmaschinen des transnationalen hegemonialen Projekts beschrieben.³⁷

In den 1980er Jahren setzte sich in der weltweiten Entwicklungspolitik eine Wirtschaftstheorie als Hauptströmung durch, die unter Ronald Reagan, dem damaligen Präsidenten der USA, und Großbritanniens „Eiserner Lady“ Margaret Thatcher ihre Hochphase hatte und den zuvor propagierten Teufelskreis der Armut für einen Mythos hielt: der Neoliberalismus. Sein bedeutendster Theoretiker war sicherlich der Amerikaner Milton Friedman. Die neoliberale Lehre steht dem Staat als wirtschaftlichem Akteur grundsätzlich misstrauisch gegenüber und setzt stattdessen auf Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung und Freihandel als Schlüssel zum wirtschaftlichen Erfolg. Nicht nur lehnt sie die Einführung staatlicher Planungsmaßnahmen in Entwicklungsländern ab, da sie die Gefahr sieht, dass sich diese dann in eine sozialistische oder gar kommunistische Richtung entwickeln könnten, sondern sie zweifelt auch insgesamt am wirtschaftlichen Verstand und Können des Staates. Die Kollektivierung der Landwirtschaft in China und Tansania und deren verheerende Folgen – u.a. kam es in China zur größten Hungersnot der Geschichte, während Korea und Taiwan eine auf kleinbäuerliche Strukturen gegründete Landreform durchsetzten, welche sich als erfolgreich erwies – ließen darauf schließen, dass der Staat in Wirtschaftsfragen oft unfähig sei. Regierungen, die neben Straßen- und Hafenprojekten auch noch Industriezweige finanzieren wollten, übernahmen sich und kämen schließlich in Zahlungsschwierigkeiten. Außerdem sei der Staat verglichen mit Privatpersonen oftmals der größere Geldverschwender und anfällig für Korruption. Eine Ausweitung der staatlichen Macht müsse man ohnehin grundsätzlich verhindern, weil dadurch die Gefahr drohe, dass nicht nur wirtschaftliche sondern auch bürgerliche Freiheiten eingeschränkt würden. Des Weiteren unterbänden nationale Planungsmaßnahmen inländische und ausländische unternehmerische Aktivitäten, da der Anreiz für private Investitionen nicht mehr gegeben sei.³⁸ Die Dependenztheorie sei außerdem durch die Realität längst widerlegt worden: „Wenn

³⁶ Kellermann, 2006, S. 43.

³⁷ Vgl. Kellermann, 2006, S. 48.

³⁸ Vgl. Bauer, Peter T.: Wirtschaftswachstum und die neue Orthodoxie (1958), In: Fischer/Hödl/Sievers, 2008, S. 209.

das Teufelskreis-Argument stimmen würde, könnte man kaum die Entstehung der „fortgeschrittenen“ Staaten erklären, die selbst einmal von extremer Armut betroffen waren.“³⁹ Vielmehr habe es weltweit wirtschaftlichen Fortschritt gegeben, so wuchs z.B. das Bruttosozialprodukt der lateinamerikanischen Staaten zwischen 1935 und 1953 sogar schneller als das der USA.⁴⁰ Dass die Liberalisierung des Außenhandels und die Fokussierung auf Exporte einen positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklungseffekt auf Länder haben, zeigten die asiatischen „Tigerstaaten“ Südkorea, Taiwan, Singapur und Hongkong, während im Vergleich dazu die dirigistische Handels- und Industriepolitik der 1960er Jahre enttäuschende Ergebnisse hervorbrachten und die Wachstumsraten der meisten Entwicklungsländer hinter den Erwartungen zurückblieben. Anstatt also auf staatlich geplante Programme zur Ausweitung der Inlandsnachfrage und Abschottung nach außen zu setzen, sollte man versuchen, ausländisches Kapital anzulocken, und gleichzeitig die Exporte anzukurbeln. Dass diese Strategie funktioniere, zeige die Entwicklung der reichen Staaten: „Liberalisierung des Handelsregimes und des internationalen Zahlungsverkehrs in den OECD-Ländern führte zu einer gigantischen Steigerung des Welthandels und zu beispiellosen Wachstumsraten der Weltproduktion.“⁴¹ Trotz dieser Fokussierung auf individuelle Freiheiten, Privatisierung und einen zurückhaltenden Staat, muss man festhalten, dass der Neoliberalismus doch die Bereitstellung grundlegend-essentieller Leistungen durch den Staat befürwortet. Dieser solle „grundlegende öffentliche Güter“ wie z.B. „Recht und Ordnung, Verteidigung, eine stabile Währung und verschiedene meritatorische Güter wie Bildung, möglicherweise Gesundheit und ein soziales Netz“⁴² bereitstellen.

Als letzter bedeutender Beitrag zum entwicklungstheoretischen Diskurs gilt der so genannte *Capability Approach* des indischen Wirtschaftswissenschaftlers Amartya Sen aus den 1990er Jahren. Sen führte den Begriff „*human capabilities*“ in die wissenschaftliche Diskussion ein. Entwicklung ist für ihn als „Prozess der Erweiterung realer menschlicher Freiheiten“⁴³ zu verstehen. Er setzt Freiheit mit den Verwirklichungschancen der Menschen gleich. Der Mensch ist dementsprechend nur dann frei, wenn er fähig ist, sich selbst zu verwirklichen bzw. selbstbestimmt zu leben. Dementsprechend muss die Gesellschaft bzw. das System ihm die Möglichkeiten geben, Fähigkeiten (*capabilities*) zu erlangen, die ihn schlussendlich dazu

³⁹ Bauer, In: Fischer/Hödl/Sievers, 2008, S. 200.

⁴⁰ Vgl. Bauer, In: Fischer/Hödl/Sievers, 2008, S. 200.

⁴¹ Lal, Deepak: Vom Plan zum Markt: Die Debatte über wirtschaftliche Transformation und Entwicklung nach 1945 (1994), In: Fischer/Hödl/Sievers, 2008, S. 218f.

⁴² Lal, In: Fischer/Hödl/Sievers, 2008, S. 227.

⁴³ Sen, Amartya: Entwicklung als Freiheit (1999), In: Fischer/Hödl/Sievers, 2008, S. 281.

befähigen, ein selbstbestimmtes und somit erfolgreiches Leben zu führen. Dabei kommt es nicht nur auf materiellen Wohlstand, sondern u.a. auch auf den Zugang zu Bildung, gesundheitlicher Versorgung und auf politische Freiheiten an. Für Sen gehört die Fähigkeit, sich ausreichend Nahrung, Medikamente, Schulbücher, Kleidung und Unterkunft leisten zu können genauso zu den essentiellen Freiheiten wie die Versammlungs-, Presse- oder Redefreiheit. Nur wer alle diese Freiheiten besitzt, könne ein angenehmes und selbstbestimmtes Leben führen. Der Hauptmotor der Entwicklung ist für ihn demnach „die freie und nachhaltige Handlungsfähigkeit“⁴⁴ des Menschen. Die Dimension des gesellschaftlichen Fortschritts wird bei diesem Ansatz deutlich erweitert – anders als bei der bisherigen Konzentration auf das reine Wirtschaftswachstum. Er fordert daher ein, auch „die Hauptursachen von Unfreiheit zu beseitigen: Armut sowie Despotismus, fehlende wirtschaftliche Möglichkeiten sowie systematische soziale Deprivation, die Vernachlässigung öffentlicher Einrichtungen sowie die Intoleranz oder die Überaktivität repressiver Staaten.“⁴⁵ Sens Arbeiten kamen im entwicklungstheoretischen Diskurs einer Revolution gleich und stellen bis heute die dominierende Lehrmeinung dar.

2.2. Das internationale Wirtschaftssystem und westliche Entwicklungspolitik

Das internationale Wirtschaftssystem hat sich in den 1970er Jahren dramatisch verändert. Seit der Konferenz im amerikanischen Ort Bretton Woods im Juli 1944 waren die Wechselkurse fest an den US-Dollar bzw. an die Relation des Dollars zum Gold gebunden. Dies verhalf der Weltwirtschaft nach den Turbulenzen der Jahre zuvor zu großer Stabilität. Als jedoch im Laufe der Zeit die Mängel dieses starren Systems zutage traten, stellten die USA 1971 die Konvertierbarkeit des Dollars in Gold ein. Es wurden nun frei schwankende Wechselkurse eingeführt. Damit verbunden war eine generelle Liberalisierung der weltweiten Finanzmärkte, die federführend von den USA und Großbritannien vorangetrieben wurde und sowohl für die Industrieländer als auch besonders für die Entwicklungsländer gravierende Folgen hatte. Da außerdem in den 1970er Jahren die Entkolonialisierung zumindest größtenteils abgeschlossen war, mussten die Beziehungen zwischen dem wirtschaftlich starken Westen und den Entwicklungsländern grundlegend neu justiert bzw. auf eine andere Stufe gestellt werden. Die Entwicklungsländer wollten im Schatten der konkurrierenden Wirtschaftssysteme des Kalten Krieges neben der politischen auch die wirtschaftliche Souveränität erlangen, was zu ständiger Reibung mit der jeweils vorherrschenden entwicklungspolitischen Doktrin führte.

⁴⁴ Sen, In: Fischer/Hödl/Sievers, 2008, S. 281.

⁴⁵ Sen, In: Fischer/Hödl/Sievers, 2008, S. 281f.

Das internationale Wirtschaftssystem in seiner heutigen Form wird seit seiner Gründung maßgeblich von einigen wenigen Institutionen geprägt bzw. dominiert. Hierzu gehören die Vereinten Nationen mit allen ihren Sonderorganisationen wie z.B. der Welthandelsorganisation (WTO), Unterorganisationen wie z.B. der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), institutionalisierten Konferenzen wie z.B. der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) und Programmen wie z.B. dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP). Aufgrund ihrer Macht als eigenständige Organisationen mit weit reichenden Befugnissen sind aus entwicklungspolitischer Perspektive jedoch vor allem der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank hervorzuheben. Darüber hinaus spielt auch das amerikanische Finanzministerium (*U.S. Treasury*) eine wichtige Rolle bei der Formulierung und Durchsetzung weltweiter Finanzpolitik. Da diese drei Institutionen ihren Sitz in der amerikanischen Hauptstadt haben, werden ihre Politik und die von ihnen verschriebenen Methoden und Programme zusammenfassend als *Washington Consensus* bezeichnet. Der Ökonom John Williamson vom *Institute for International Economics* prägte diesen Begriff 1989.⁴⁶ Er versuchte damit die grundlegenden Annahmen der vorherrschenden Entwicklungsökonomie zu bündeln und formulierte hierzu zehn Punkte, auf die sich die drei oben genannten Institutionen in Washington damals einigen konnten. Zu den zehn Punkten gehörten u.a. Haushaltsdisziplin, Liberalisierung der Zinssätze, Handelsliberalisierung, Privatisierung, Deregulierung und Eigentumsrechte. Auch wenn es im Folgenden zu Kritik an dem Begriff *Washington Consensus* kam, setzte er sich weitgehend durch und steht auch heute noch für eine bestimmte Art der Politik der dominierenden Wirtschaftsinstitutionen gegenüber Entwicklungsländern. Und obwohl sich der Urheber des Begriffs dagegen wehrt, wird der Begriff *Washington Consensus* vielerorts mit Neoliberalismus und Marktfundamentalismus gleichgesetzt.

Sowohl der Internationale Währungsfonds als auch die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung – heute zumeist nur noch Weltbank genannt – wurden auf der Konferenz in Bretton Woods gegründet. Unter Federführung der Amerikaner und Briten wurde die wirtschaftliche Nachkriegsordnung festgelegt. Dabei arbeiten IWF und Weltbank naturgemäß sehr eng zusammen. Wenn ein Staat Mitglied einer dieser Organisationen sein will, muss er gleichzeitig auch immer Mitglied der anderen Organisation werden. Beide Institutionen haben ihren Sitz in Washington, D.C., beide halten zur gleichen Zeit ihre Jahrestagungen ab, und

⁴⁶ Vgl. Williamson, John: A Short History of the Washington Consensus, Barcelona 2004.

viele Angestellte in den obersten Etagen sind für beide Organisationen tätig. Dennoch sind die Hauptaufgaben und die Zielsetzung von unterschiedlicher Natur: Der IWF ist als zentrale Institution darauf bedacht, das Wechselkurssystem stabil zu halten. Dafür überwacht er die Wechselkurspolitik seiner Mitglieder und hilft diesen, mit kurzfristigen Krediten über Liquiditätsprobleme und Defizite in der Zahlungsbilanz hinwegzukommen.⁴⁷ Im Gegensatz dazu hat die Weltbank als oberstes Ziel, die weltweite Armut zu bekämpfen. Durch zinsgünstige Kreditvergabe an arme Länder sollen Investitionen gefördert und dadurch Wirtschaftswachstum unterstützt werden, die zu einer Verbesserung des Lebensstandards beitragen sollen.⁴⁸ Während also der IWF jenen Staaten, die sich in einer Wirtschaftskrise befinden, durch kurzfristige Kredite aus Zahlungsschwierigkeiten heraushelfen und mittels solcher Maßnahmen für weltweite Währungsstabilität sorgen soll, widmet sich die Weltbank der langfristigen weltweiten Armutsbekämpfung.

Die Politik der beiden bedeutendsten Wirtschaftsorganisationen hat international wiederholt harsche Kritik hervorgerufen. Besonders die so genannten Strukturanpassungsprogramme stehen im Fokus. Dabei wird als Bedingung für die Kreditvergabe an hilfsbedürftige Staaten die Implementierung dieser Programme vorausgesetzt. Sie zielen darauf ab, die Außenhandelsbilanz des Staates wieder positiv zu gestalten, den Haushalt auszugleichen, den Wechselkurs der Währung zu stützen und somit insgesamt die Zahlungsfähigkeit des betreffenden Staates wieder herzustellen. Dies soll durch Sparmaßnahmen, Liberalisierung des Außenhandels, Deregulierung, Abbruch staatlicher Subventionen, Privatisierung staatlicher Unternehmen und Unterstützung ausländischer Direktinvestitionen erreicht werden. Diese Maßnahmen folgen also marktwirtschaftlichen Prinzipien. Trotz wohlgemeinter Intentionen haben diese Programme weltweit oftmals massive Kritik hervorgerufen. Die Hauptkritikpunkte lauten: 1. die Hilfszahlungen sind an zu harte Bedingungen geknüpft, 2. die Strukturanpassungsprogramme greifen stark in die Souveränität eines Staates ein, 3. auch wenn ein Strukturanpassungsprogramm für jedes Krisenland eigentlich neu zugeschnitten werden sollte, so wird zumeist doch nur ein ideologisch gefärbtes, angeblich allgemeingültiges Universalrezept im Sinne von „one-size-fits-all“ angewendet, 4. die Programme waren in den Ländern, in denen sie durchgeführt wurden, bisher wenig bzw. überhaupt nicht erfolgreich, 5. während einerseits von den Entwicklungsländern das Öffnen ihrer Handelsbarrieren gefordert wird, schützen die

⁴⁷ Vgl. Altmann, Jörn/Kulesa, Margareta E. (Hrsg.): Internationale Wirtschaftsorganisationen. Ein Taschenlexikon, Stuttgart 1998, S. 120ff.

⁴⁸ Vgl. Altmann/Kulesa, 1998, S. 250.

westlichen Industrienationen ganz bewusst eigene Wirtschaftszweige – das bekannteste Beispiel ist der Agrarsektor – durch die Aufrechterhaltung von Handelsschranken oder mit Hilfe von staatlichen Subventionen für diesen Sektor⁴⁹, 6. die gezahlten Hilfgelder in Form von zinsgünstigen Krediten werden oftmals nur dafür eingesetzt, ausländische Gläubiger, d.h. international tätige Investmentbanken und Hedgefonds, auszuzahlen. Denn die Auszahlung der internationalen Gläubiger hat gerade für den IWF Priorität. Die Gelder werden daher zum Nachteil der einheimischen Bevölkerung oftmals sofort wieder ins Ausland transferiert. 7. Den sozialen Konsequenzen, den Einschnitten für die Bevölkerung, wird bei diesen Programmen relativ wenig Beachtung geschenkt. Dramatisch steigende Arbeitslosenzahlen, Kürzungen im Gesundheitssystem und eine unzureichende Nahrungsmittelversorgung haben in einigen Fällen, wie z.B. in Indonesien 1998 oder in Argentinien 2002, zu gewalttätigen Ausschreitungen und Auseinandersetzungen geführt. Inwieweit die Schuld für die sozialen Unruhen in den jeweiligen Fällen dem IWF angelastet werden kann, ist dabei oftmals Gegenstand kontroverser wissenschaftlicher Diskussionen. Es ist jedoch eine Tatsache, dass der IWF staatliche Subventionen für Nahrungsmittel aus marktwirtschaftlich-ideologischen Gründen lange Zeit abgelehnt hat.⁵⁰

Die Macht des IWF gründet sich allerdings nicht nur auf die an seine Kredite geknüpften harten Auflagen, die es ihm ermöglichen, massiv in die Strukturen eines Staates einzugreifen, sondern auch auf seine weltweite Monopolstellung (derzeit sind 188 Länder Mitglied des IWF) und seine stetige Überwachung der Mitgliedsstaaten. Wenn der IWF öffentlich Zweifel an der Kreditwürdigkeit eines Staates äußert, wird dies von den internationalen Finanzmärkten als verheerendes Signal aufgefasst, infolgedessen oftmals Kapital abgezogen und gleichzeitig Zinssätze für Kredite heraufgesetzt werden.⁵¹ Aussagen des Fonds können somit ähnlich negative Auswirkungen auf kriselnde Staaten haben wie die Bewertungen der großen Rating-Agenturen (Standard & Poor's, Moody's, Fitch Ratings) und die Krise des betroffenen Landes somit noch weiter verschärfen.

Des Weiteren besteht anhaltende Kritik aufgrund des Quotensystems und des daraus resultierenden übermäßigen Einflusses weniger Länder auf die Politik der beiden Organisationen. Bezeichnend ist die Tatsache, dass der Weltbankdirektor immer ein

⁴⁹ Vgl. Stiglitz, 2002, S. 61.

⁵⁰ Vgl. Stiglitz, 2002, S. 77.

⁵¹ Vgl. Stiglitz, 2002, S. 42f.

Amerikaner und der Vorsitzende des IWF immer ein Europäer ist.⁵² Zwar wurden 2008 und 2010 innerhalb des IWF Reformen durchgeführt, im Zuge deren die Entwicklungsländer ein stärkeres Stimmengewicht erhielten. Dennoch besitzen die Staaten der G-7 immer noch 41,2 Prozent der Stimmrechte, davon entfallen wiederum 16,5 Prozent alleine auf die USA, während z.B. der gesamte afrikanische Kontinent nur 5,7 Prozent der Stimmrechte inne hat.⁵³ Da einige sehr wichtige Beschlüsse nur mit einer Mehrheit von mindestens 85% der Stimmen gefasst werden können, besitzen die USA somit als einziges Land praktisch das Vetorecht.⁵⁴ Die Machtverhältnisse innerhalb der Weltbank sind denen des IWF sehr ähnlich, einschließlich des Vetorechts der USA: „Die Gruppe der westlichen Industrieländer verfügt knapp über die Stimmenmehrheit, so daß sie die Politik der Bank dominieren kann.“⁵⁵ Obwohl diese Staaten gleichzeitig die größten Kapitalgeber sind, was ihre Dominanz in der Stimmenverteilung rechtfertigen soll, führt diese Machtstellung der westlichen Industrieländer unweigerlich zu weiterer Kritik. Das Wort „Washington“ ist also nicht nur Ausdruck dessen, dass der IWF und die Weltbank zusammen mit der amerikanischen Regierung und der *Federal Reserve Bank* dort ihren Hauptsitz haben, sondern steht aufgrund des überproportionalen Stimmengewichts der westlichen Industrienationen, im Gegensatz zu den Institutionen, die in New York angesiedelt sind, wo das „one country, one vote-Prinzip“ herrscht, für pro-westliche Entwicklungspolitik.

Auf der anderen Seite hat der IWF auch Befürworter und Verteidiger seiner Politik. Dazu zählt u.a. der bekannte Wirtschaftswissenschaftler und ehemalige Chefökonom des IWF Kenneth Rogoff, der im Folgenden exemplarisch für die marktfreundliche Denkrichtung steht. Er lieferte sich nicht nur eine schlagzeilenträchtige öffentliche Auseinandersetzung mit Joseph Stiglitz, seines Zeichens Wirtschaftsnobelpreisträger und ehemaliger Chefvolkswirt der Weltbank, der den IWF zuvor scharf kritisiert hatte⁵⁶, sondern verteidigt grundsätzliche Positionen des IWF. Rogoff argumentiert, dass die vom IWF auferlegten und den Nehmerländern aufgezwungenen Sparmaßnahmen weitaus milder ausfallen als die Sparmaßnahmen, die das Nehmerland ohne die Hilfszahlungen des IWF ergreifen müsste. Der freie Markt, ohne ein Eingreifen des IWF, würde einem betroffenen Land Kredite, wenn überhaupt, zu weitaus schlechteren Konditionen geben als der IWF, und dem Land somit noch

⁵² Vgl. Stiglitz, 2002, S. 18f.

⁵³ Vgl. http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pdfs/quota_tbl.pdf (Zugriff: 05.06.2013).

⁵⁴ Vgl. Altmann/Kulesa, 1998, S. 123.

⁵⁵ Altmann/Kulesa, 1998, S. 252.

⁵⁶ Vgl. Rogoff, Kenneth: An Open Letter, Washington D.C. 2002. Online abrufbar unter: <http://www.imf.org/external/np/vc/2002/070202.htm> (Zugriff: 10.09.2013).

härtere Sparmaßnahmen abverlangen oder es sogar in den wirtschaftlichen Ruin abgleiten lassen. Gleichzeitig wirft er den Regierungen der betroffenen Länder vor, den Währungsfonds oftmals als Sündenbock für das eigene wirtschaftliche Fehlverhalten und Missmanagement abzustempeln. Außerdem verteidigt er die Rückzahlung der Kredite, auch wenn dieses Geld dann für nationale Programme fehle, da erstens, die Industriestaaten sich ansonsten bereit erklären müssten, die Ressourcen des IWF ständig aufzufüllen, und zweitens, die Rückzahlungsraten ihren Höchststand in der Regel sowieso erst dann erreichten, wenn die Krise wieder vorbei sei. Rogoff weist des Weiteren den Vorwurf zurück, dass private ausländische Investoren im Falle eines Eingreifens des IWF auf Kosten der einheimischen Steuerzahler ausbezahlt werden. So führt er an, dass private Investoren z.B. durch die Asienkrise Ende der 1990er Jahre insgesamt 225 Milliarden Dollar und durch den Zahlungsausfall Russlands 1998 100 Milliarden Dollar verloren hätten. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass es ein Problem wäre, wenn private Investoren durch Zahlungsausfälle von Entwicklungsländern ständig Geld verlieren würden, da dies insgesamt zu einem Rückgang der ausländischen Direktinvestitionen führen und den Entwicklungsländern somit Kapital zum Aufbau des Landes fehlen würde. Den Vorwurf, dass der IWF anti-keynesianische Wirtschaftspolitik betreiben würde, leitet Rogoff an die jeweiligen Regierungen weiter, die es versäumt hätten, in Boomzeiten Überschüsse anzuhäufen. Außerdem führt er an, dass eine expansive Finanzpolitik nicht immer zwangsläufig zu höheren Steuereinnahmen führe, sondern stattdessen den Schuldenstand in einigen Fällen noch weiter in die Höhe treibe. Darüber hinaus geht er auf den Vorwurf der Unterstützung der Liberalisierung des internationalen Kapitalmarkts durch den IWF ein, die als direkte Ursache bzw. Auslöser vieler Krisen gesehen wird. So schreibt er, dass der IWF z.B. noch vor der Asienkrise Thailand eindringlich über die Risiken einer Liberalisierung des Kapitalverkehrs aufgeklärt hat. Außerdem zeigten die Beispiele von Australien und Neuseeland, die von der Asienkrise weitgehend unbeschadet blieben, dass Länder mit einem sehr stark liberalisierten Kapitalmarkt Turbulenzen auf dem internationalen Finanzmarkt grundsätzlich nicht schlechter durchstehen. Vielmehr komme es auf den Grad und die Qualität der Regulierungsmechanismen des Finanzmarkts auf nationaler Ebene an. Alles in allem sieht Rogoff den IWF als gutes und unverzichtbares Forum, um wirtschaftliche Ideen und Erfahrungen auf internationaler Ebene auszutauschen.⁵⁷

⁵⁷ Vgl. Rogoff, Kenneth: The IMF Strikes Back, Washington D.C. 2003. Online abrufbar unter: <http://www.imf.org/external/np/vc/2003/021003.htm> (Zugriff: 10.09.2013).

Die von den dominierenden Wirtschaftsinstitutionen forcierte Entwicklungsstrategie seit 1970 kann man grob in vier unterschiedliche Phasen gliedern. Die erste Phase umfasst das Jahrzehnt der 1970er Jahre und war stark geprägt von der Dependenztheorie und einem stärkeren kollektiven Bewusstsein der Entwicklungsländer, die es schafften, den Industriestaaten Zugeständnisse abzurufen und deren Entwicklungspolitik zu beeinflussen. Die Gründungen der Bewegung der Blockfreien Staaten, die sich während des Kalten Krieges neutral verhielten und für Abrüstung einsetzten, und der Gruppe der 77, ein Zusammenschluss von Entwicklungsländern, die ihre wirtschaftspolitischen Positionen miteinander koordinierten, um somit eine stärkere Verhandlungsposition gegenüber den Industriestaaten zu erreichen, stehen exemplarisch für das gestiegene Selbstbewusstsein der damaligen Dritten Welt, dessen Anerkennung in Form des so genannten Nord-Süd-Dialogs ihren Niederschlag fand. Gleichzeitig erlangten die Entwicklungsländer im Zuge der Entkolonialisierung die Mehrheit bei Abstimmungen in den Vereinten Nationen, wo nicht nach Quotensystem entschieden wird, sondern jedes Land eine gleichwertige Stimme besitzt. Die Kartellpolitik der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) setzte 1973 und 1978/79 erfolgreich Steigerungen des Erdölpreises durch, was einer erheblichen „Umverteilung des Welteinkommens in einen Teil der Südländer“⁵⁸ gleichkam. Gleichzeitig wurde von den Eliten dieser Länder „unter dem Begriff einer »Neuen Weltwirtschaftsordnung« eine Modifikation der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen verlangt, die auf eine *externe Umverteilung* zu ihren Gunsten hinauslief.“⁵⁹ Tatsächlich verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen 1974 die „Erklärung über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung“, im Zuge derer das Recht auf die Kontrolle der eigenen Ressourcen gewährleistet, die Öffnung der Märkte der Industrieländer vorangetrieben, die Exporterlöse der Rohstoffproduzenten stabilisiert und eine verstärkte Industrialisierung der Entwicklungsländer gefördert werden sollte.⁶⁰ Die Welthandelskonferenz in Nairobi 1976 stellte dann den Höhepunkt der Verhandlungsbereitschaft der Industrieländer dar. Während auf theoretischer Ebene einige Ökonomen im Sinne der Dependenztheorie eine Abkoppelung der Entwicklungsländer vom Weltmarkt und alternativ den Schwerpunkt auf die Konzentration einer regionalen wirtschaftlichen Kooperation legten, forderte die Weltbank innerhalb der Entwicklungsländer eine stärkere Orientierung auf die Beschäftigungs- und Armutspolitik. Sie stellte nämlich fest, dass an dem vorhandenen Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer „nur ein geringer

⁵⁸ Menzel, 1992, S. 147.

⁵⁹ Menzel, 1992, S. 149.

⁶⁰ Vgl. Menzel, 1992, S. 150ff.

Teil der Bevölkerung wirklich partizipierte, während es für schätzungsweise 40 Prozent mit weiterer Verarmung verbunden war.“⁶¹ Diese Beobachtung führte ab 1973 innerhalb der Weltbank, unter ihrem damaligen Präsidenten Robert McNamara, zu einem außerordentlichen Paradigmenwechsel ihrer Politik, die nun auf „Wachstum mit Umverteilung“ setzte und dabei vor allem die ländliche Entwicklung im Vordergrund ihrer Entwicklungsstrategie sah.

Die zweite Phase ist die Zeit der Entwicklungspolitik, die im Nachhinein zusammenfassend als *Washington Consensus* bezeichnet wurde und seitdem mit diesem Begriff, der bis heute in Theorie und Praxis präsent geblieben ist, in Verbindung gebracht wird. Sie umfasst das Jahrzehnt der 1980er Jahre, als der Ost-West-Konflikt eine neuerliche Eskalation erfuhr und unter Reagan und Thatcher eine neo- bzw. marktliberale Politik betrieben wurde, die auf Deregulierung, Privatisierung und das Öffnen der weltweiten Märkte setzte, und damit die Vormachtstellung der westlichen Welt im Konflikt mit der Sowjetunion sicherstellen sollte. Diese Phase, die oftmals mit den Neologismen *Reagonomics* oder *Thatcherismus* beschrieben wird, war vom bedingungslosen Glauben an den freien Markt gekennzeichnet. Dabei waren alle Anstrengungen darauf ausgerichtet, größtmögliches Wirtschaftswachstum zu erzielen, wobei die oberste Maxime lautete: Je weniger Eingriffe des Staates in das Marktgeschehen, desto besser. Dies galt sowohl für die westlichen Industrieländer als auch im Besonderen für die Entwicklungsländer. Selbst staatliche Subventionen für die Ärmsten der Armen, z.B. im Bereich der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln, wurden vom IWF aus wirtschaftsideologischen Gründen abgelehnt. Um den Staatshaushalt zu konsolidieren und die Exporte zu fördern, wurden den Ländern Lohnkürzungen empfohlen. Für das Maß an Ungleichheit innerhalb eines Landes bedeutete diese Politik eine Verstärkung der Divergenz. Die wachsenden sozialen Unterschiede wurden dabei nicht nur hingenommen, sondern auf dem Weg zu mehr Wirtschaftswachstum sogar teilweise als notwendig angesehen. Man vertrat die These, dass die reichen Eliten ihr überschüssiges Kapital wieder in die Wirtschaft reinvestieren würden, was zu mehr Wirtschaftswachstum führe, in dessen Verlauf dann wiederum auch die Armen profitieren würden. Der Glaube an den so genannten *Trickle-Down*-Effekt erlöschte daher die aus den 1970er Jahren herrührenden Bemühungen der Weltbank um eine direkte Armutsbekämpfung, und die äußerst starke Verbreitung des neoliberalen Gedankenguts verhinderte gleichzeitig über viele Jahre die Neuentwicklung einer Strategie der direkten Armutsbekämpfung.

⁶¹ Menzel, 1992, S. 159.

Die dritte Phase wurde Anfang der 1990er Jahre eingeläutet und bedeutete im Grunde eine erste Revision des *Washington Consensus*. Sowohl der Misserfolg der bisherigen Strategie als auch der wirtschaftliche Erfolg der ostasiatischen Staaten Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur führten zu einer Erweiterung des bisherigen *Washington Consensus*. Die asiatischen Ökonomien wurden zwar von marktfreundlichen Wirtschaftsexperten des *Washington Consensus* als lobendes Beispiel für das Gelingen neoliberaler Wirtschaftsprinzipien herangezogen, waren sie doch auf diesen Prinzipien aufgebaut und vor allem auf Exporte als Wachstumsmotor ausgerichtet, jedoch spielte bei den jeweiligen Erfolgsgeschichten der Staat als Kontrolleur und Lenker der Wirtschaft eine wichtige Rolle. Im Angesicht misslingender Entwicklungspolitik in vielen Ländern gelangte man daher zu der Einsicht, dass es neben dem Staatsversagen auch die Möglichkeit eines Marktversagens gibt und dass gut funktionierende staatliche Institutionen, wie eben in den Musterländern Asiens, einem Marktversagen vorbeugen und Rahmenbedingungen für die Wirtschaft schaffen können, die sich wachstumsfördernd auswirken. Der Staat wurde damit als wichtiger Wirtschaftsakteur anerkannt.⁶²

Die vierte Phase wurde zwar schon in den 1980er und zu Beginn der 90er Jahre durch die Arbeiten Amartya Sens vorbereitet⁶³, aber erst Ende der 1990er unter dem Einfluss von Joseph Stiglitz unter dem Begriff *Post-Washington Consensus* als neues Konzept bzw. als Paradigmenwechsel in der Breite wahrgenommen.⁶⁴ Die beiden Wirtschaftsnobelpreisträger gelten auf dem Gebiet der neueren Entwicklungsökonomie als die herausragenden Persönlichkeiten. Unter Sens Federführung wurde der *Human Development Index* (HDI) entwickelt. Seit 1990 wird dieser von den Vereinten Nationen als Wohlstandsindikator eines Landes angeführt und misst neben dem Pro-Kopf-Einkommen auch die Lebenserwartung und den Bildungsgrad der Bevölkerung.⁶⁵ Im Hinblick auf die soziale Ungleichheit bedeutete dies, dass die ideologische Dominanz von *trickle-down economics* in Frage gestellt wurde. Anstatt nur aus makroökonomischer Sichtweise auf das Wirtschaftswachstum zu setzen, richtete sich der Fokus nun wieder auf den einzelnen Menschen und die Möglichkeiten, die das

⁶² Vgl. Kreckel, Reinhard: Soziologie der sozialen Ungleichheit im globalen Kontext, In: Bayer/Mordt/Terpe/Winter, 2008, S. 33ff.

⁶³ Vgl. Sen, Amartya: Inequality Reexamined, Oxford 1992, In: Carter, Ian/Kramer, Matthew H./Steiner, Hillel (Hrsg.): Freedom. A Philosophical Anthology, Oxford 2007, S. 417-419.

⁶⁴ Vgl. Stiglitz, Joseph: More Instruments and Broader Goals: Moving Toward the Post-Washington Consensus, Helsinki 1998. Online abrufbar unter: <http://www.globalpolicy.org/component/content/article/209/43245.html> (Zugriff: 09.07.2013).

⁶⁵ Vgl. United Nations Development Programme (UNDP): Human Development Report 1990, New York/Oxford 1990. Online abrufbar unter: <http://hdr.undp.org/en/reports/global/hdr1990/chapters/> (Zugriff: 09.07.2013).

herrschende System ihm zur Verfügung stellen sollte. Es wurde nun von höchster Stelle anerkannt, dass sich eine verfestigte und strukturierte Ungleichheit insgesamt negativ auf das Wachstumspotential auswirkt⁶⁶, da bei einer solchen Ungleichheit ein gewisser Anteil der Bevölkerung vom wirtschaftlichen Leben der Gesellschaft ausgeschlossen und somit Potential für ein weiteres Wirtschaftswachstum ungenutzt bleibt.

2.3. Soziale Ungleichheit

„Soziale Ungleichheit“ liegt dann vor, wenn Menschen aufgrund ihrer Stellung in sozialen Beziehungsgefügen von den „wertvollen Gütern“ einer Gesellschaft regelmäßig mehr als andere erhalten.“⁶⁷ Zu diesen wertvollen Gütern gehören u.a. Geld, Bildung, Macht und Prestige, die der bekannte deutsche Soziologe und Ungleichheitsforscher Stefan Hradil als „Basisdimensionen“ sozialer Ungleichheit bezeichnet. Als weitere Dimensionen kommen in modernen Gesellschaften die Arbeits-, Wohn-, Umwelt- und Freizeitbedingungen hinzu.⁶⁸ Doch der Begriff „soziale Ungleichheit“ lässt sich auch anderweitig definieren. Bei Andersen und Woyke lautet die Definition folgendermaßen: „Der Begriff (soziale) Ungleichheit bringt zum Ausdruck, dass in einer Gesellschaft soziale Positionen und sozialer Status (Ränge) wie Ressourcen (z.B. Eigentum und Einkommen, aber auch Macht und Prestige) ungleich verteilt sind, diese Verteilung negativ bewertet wird und daher ein gesellschaftliches Problem darstellt.“⁶⁹ Wie man an dieser Definition deutlich erkennen kann, wird der Begriff soziale Ungleichheit von vielen Menschen mit Ungerechtigkeit gleichgesetzt und deshalb grundsätzlich als etwas Negatives gesehen – der Begriff ist folglich mit einer Wertung behaftet. Es würde deshalb Sinn machen, ihn durch den wertneutralen Begriff „soziale Differenzierung“ zu ersetzen. Da sich dieser Ausdruck jedoch noch nicht in der Breite durchgesetzt hat, werde auch ich im weiteren Verlauf von sozialer Ungleichheit sprechen, ohne dass damit zwangsläufig eine Wertung verbunden ist.

Einer der ersten und somit zentralen Sätze des Jahresberichts 2013 des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen lautet: *“our vision is a hopeful one: a world*

⁶⁶ Vgl. Ravallion, Martin: Inequality is Bad for the Poor, Washington D.C. 2005. Online abrufbar unter: http://siteresources.worldbank.org/INTWDR2006/Resources/477383-1118673432908/Inequality_is_Bad_for_the_Poor.pdf (Zugriff: 09.07.2013).

⁶⁷ Hradil, Stefan: Soziale Ungleichheit in Deutschland, 8. Auflage, Opladen 2001, S. 30.

⁶⁸ Vgl. Hradil, 2001, S. 30f.

⁶⁹ Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 5. Auflage, Opladen 2003. Online abrufbar unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/40392/ungleichheit?p=all> (Zugriff: 04.08.2013).

*free from poverty, unshackled from inequalities and exclusion, and oriented around the common benefits of sustainable human development.*⁷⁰ Dies verdeutlicht, dass die existierenden Ungleichheiten auf der Welt nicht nur als ernstzunehmendes Problem anerkannt werden, sondern dass ihre Bekämpfung mittlerweile ganz oben auf der Agenda der führenden internationalen Institutionen gelandet ist. Dabei wird über das für eine Gesellschaft gesunde Maß an Gleichheit schon seit Jahrhunderten erbittert gestritten. Während es den französischen Revolutionären von 1789 um den Abbau der Privilegien von bestimmten Gesellschaftsschichten und somit um die rechtliche und politische Gleichstellung bzw. Gleichheit ging, kam es im Verlauf des 19. Jahrhunderts besonders unter dem Einfluss von Karl Marx auch zur Forderung nach sozialer Gleichheit.⁷¹ Die „soziale Frage“ rückte nun in den Fokus und die Klassenlehre von Marx gewann welthistorische Bedeutung. Auf der anderen Seite gibt es auch eine Theorie, nämlich die funktionalistische Schichtungstheorie, die soziale Ungleichheit als notwendig erachtet, da sie „das Ergebnis eines Belohnungsprozesses“ sei: „Jeder werde dadurch so belohnt, wie es seinem Beitrag zum Ganzen entspreche.“⁷² Demnach würde soziale Ungleichheit einen wichtigen Anreiz bilden, um hart zu arbeiten und somit die Wirtschaft eines Landes anzukurbeln: *“It is also true that some measure of inequality is good for an economy. It sharpens incentives to work hard and take risks; it rewards the talented innovators who drive economic progress.”*⁷³ Seitdem schwingt das Pendel der Bedeutungshoheit zwischen den beiden extremen wirtschaftlichen Ideologien des Turbokapitalismus bzw. Marktfundamentalismus, welche eine große soziale Ungleichheit nicht nur als selbstverständlich, sondern als Anreiz für harte Arbeit und damit verbundenes größeres Wirtschaftswachstum sogar als notwendig betrachtet, und jener des Kommunismus, dessen Idealvorstellung eine Gesellschaft der absoluten Gleichheit ist, mal in die eine, mal in die andere Richtung (beinahe ununterbrochen) hin und her.

Der Abstand zwischen reichen und armen Personen innerhalb eines Dorfes, einer Stadt, eines Landes und der Welt als Ganzes ist enorm groß. Aber nicht nur zwischen Menschen, auch zwischen einzelnen Staaten und Weltregionen ist der Wohlstand sehr unterschiedlich bzw. ungleich verteilt. Soziale Ungleichheit hat es zwar schon immer gegeben, dennoch betrachten viele Menschen das heutige Maß an Ungleichheit als zuviel. Obwohl die Anzahl der

⁷⁰ UNDP Annual Report 2013: Supporting Global Progress, New York 2013, S. 2. Online abrufbar unter: http://www.undp.org/content/dam/undp/library/corporate/UNDP-in-action/2013/English/UNDP_AR2013_english_WEB.pdf (Zugriff: 02.08.2013).

⁷¹ Vgl. Andersen/Woyke, 2003.

⁷² Hradil, 2001, S. 62.

⁷³ <http://www.economist.com/node/21564556> (Zugriff: 19.09.2013).

Menschen in extremer Armut, d.h. Menschen die mit weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag leben müssen, gerade in den letzten Jahren trotz ansteigender Bevölkerungszahlen gesunken ist – 1990 lebten insgesamt 43,1 Prozent der Weltbevölkerung unterhalb dieser international festgeschriebenen Armutsgrenze, 2008 waren es „nur“ noch 22,4 Prozent⁷⁴ – so befinden sich immer noch über eine Milliarde Menschen in extremer Armut, d.h. oftmals ohne die allernötigste Versorgung zur Gewährleistung des Überlebens. Im Zeitraum von 2010 bis 2012 waren schätzungsweise 870 Millionen Menschen chronisch unterernährt. Dies entspricht 12,5 Prozent der globalen Weltbevölkerung, oder anders ausgedrückt: Jede achte Person auf der Erde hungert. Die große Mehrheit dieser Ärmsten der Armen, nämlich 852 Millionen Menschen, leben in Entwicklungsländern. Auch wenn es Fortschritte im Kampf gegen Hunger und Unterernährung gibt – 1990 betrug die Zahl der chronisch Unterernährten noch eine Milliarde, was 18,6 Prozent der Weltbevölkerung ausmachte⁷⁵ – ist diese große Anzahl von Menschen, die nicht einmal genug haben, um das Überleben sicherzustellen, erschreckend. Im Vergleich mit dieser drastischen Armut gibt es in der Europäischen Union eine recht „milde“ Definition von Armut. Hier spricht man in der Regel von Armut, wenn eine Person weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens verdient. Am Beispiel von Deutschland gilt ein Einpersonenhaushalt somit als armutsgefährdet, wenn er 993 Euro oder weniger pro Monat zur Verfügung hat. Im Jahr 2010 traf dies auf 13,9 Prozent der Bevölkerung zu.⁷⁶ In Österreich liegt diese Zahl in einem ähnlichen Bereich.⁷⁷

Auf der anderen Seite hat eine relativ kleine Gruppe von Menschen einen Reichtum angehäuft, den man sich als „Normalbürger“ nicht einmal mehr vorstellen kann. Das Vermögen mancher Firmen oder Einzelpersonen übersteigt dabei sogar das Bruttoinlandsprodukt (BIP) einiger Staaten. Im März 2013 gab es insgesamt 1.426 Dollarmilliardäre auf dieser Welt – Menschen die mehr als eine Milliarde Dollar Vermögen besitzen – und diese Zahl steigt stetig an. So haben in den zwölf Monaten zuvor 210

⁷⁴ Vgl. UNDP Human Development Report 2013: The Rise of the South: Human Progress in a Diverse World, New York 2013, S. 16. Online abrufbar unter: <http://www.undp.org/content/dam/undp/library/corporate/HDR/2013GlobalHDR/English/HDR2013%20Report%20English.pdf> (Zugriff: 02.08.2013).

⁷⁵ Vgl. Food and Agriculture Organization of the United Nations: The State of Food Insecurity in the World. Economic growth is necessary but not sufficient to accelerate reduction of hunger and malnutrition, Rom 2012, S. 8ff. Online abrufbar unter: <http://www.fao.org/docrep/016/i3027e/i3027e.pdf> (Zugriff: 10.08.2013).

⁷⁶ Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Lebenslagen in Deutschland. Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bonn 2013, S. 462. Online abrufbar unter: http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen-DinA4/a334-4-armuts-reichtumsbericht-2013.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff: 10.08.2013).

⁷⁷ Fellmann, Ilan: ARMUT – national, europaweit, global. Armut als wichtiges Element des Neoliberalismus und der Globalisierung, In: Klug, Friedrich/Fellmann, Ilan (Hrsg.): Schwarzbuch Neoliberalismus und Globalisierung, Linz 2006, S. 86.

Multimillionäre den Sprung über die Milliardenengrenze geschafft. Auch in Deutschland gab es einen Anstieg in der letzten Zeit, so dass nun 135 Personen mit einem Milliardenvermögen gezählt werden. Der reichste Mensch der Welt, der mexikanische Unternehmer Carlos Slim, hat alleine ein Vermögen von 73 Milliarden Dollar angehäuft. Das Vermögen dieser knapp 1.500 reichsten Menschen zusammengekommen, beläuft sich auf ca. 5,4 Billionen Dollar.⁷⁸ Dies entspricht in etwa der gesamten Wirtschaftsleistung der beiden größten europäischen Volkswirtschaften, Deutschland und Frankreich, zusammen.⁷⁹ Noch drastischer ausgedrückt: Wenn Carlos Slim ein eigener Staat wäre, würde er Litauen von Platz 78 auf der Liste der Staaten geordnet nach ihrer Wirtschaftsleistung verdrängen und somit zur oberen Tabellenhälfte der reichen Länder gehören.⁸⁰ Der reichste Deutsche mit einem Vermögen von 17,8 Milliarden Euro ist immer noch der 94-jährige Aldi-Gründer Karl Albrecht, dicht gefolgt von seinem Bruder Theo auf Platz zwei. Hinter den Milliardären folgt eine große Riege von Millionären. Alleine in den Vereinigten Staaten gibt es 5,9 Millionen Millionärshaushalte, in Japan 1,5 Millionen, in China 1,3 Millionen und in Deutschland 362.000, davon bringen es 680 Haushalte auf ein Vermögen von mehr als 100 Millionen Dollar. Allerdings werden die weltweit größten Millionärsdichten im Golf-Emirat Katar, in der Schweiz, in Kuwait, Hongkong und Singapur gemessen. Die weltweiten Vermögenswerte stiegen in den vergangenen Jahren aufgrund der Erholung der Aktienmärkte stark an. 2010 lag der Zuwachs bei 7,3 Prozent, 2011 bei 3,6 Prozent und 2012 bei 7,8 Prozent. Das Vermögen der 100 reichsten Deutschen vergrößerte sich im Jahr 2012 um 5,2 Prozent.⁸¹ Das weltweite Vermögen hat nun einen Gesamtwert von 135,5 Billionen Dollar.⁸²

Als weitere Analyseebene lässt sich die weltweite Verteilung von Vermögen über Ländergrenzen hinweg untersuchen. Eine groß angelegte und zu diesem Thema erste umfassende Studie der UNU-Wider (*United Nations University – World Institute for Development Economic Research*) aus dem Jahr 2006 hat die weltweite Verteilung von Vermögen anhand von Daten aus dem Jahr 2000 analysiert.⁸³ Dabei kam heraus, dass zwei Prozent aller Menschen mehr als die Hälfte des gesamten weltweiten Vermögens besaßen.

⁷⁸ Vgl. Bowers, Simon: Forbes rich list: Carlos Slim holds top spot as billionaire numbers swell, In: The Guardian, London 2013. Online abrufbar unter: <http://www.theguardian.com/business/2013/mar/04/forbes-rich-list-carlos-slim-billionaires> (Zugriff: 08.07.2013).

⁷⁹ Vgl. <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/fields/2001.html> (Zugriff: 08.07.2013).

⁸⁰ Vgl. World Development Indicators database, World Bank, 2013. Online abrufbar unter: http://databank.worldbank.org/data/download/GDP_PPP.pdf (Zugriff: 08.07.2013).

⁸¹ Vgl. <http://www.welt.de/wirtschaft/article120687225/Deutschlands-Milliardaere-sind-so-reich-wie-nie.html> (Zugriff: 08.10.2013).

⁸² <http://www.welt.de/finanzen/verbraucher/article116668249/Aktienboom-macht-Ultra-Reiche-noch-reicher.html> (Zugriff: 17.10.2013).

⁸³ Vgl. http://www.wider.unu.edu/events/past-events/2006-events/en_GB/05-12-2006/ (Zugriff: 15.09.2013).

Dem wohlhabendsten einen Prozent gehörten alleine 40 Prozent des Weltvermögens. Während die reichsten zehn Prozent für 85 Prozent des Vermögens verantwortlich zeichneten, besaßen die unteren 50 Prozent, also die Hälfte aller Menschen, gerade einmal einen Prozent des gesamten Vermögens. Mit einem Vermögen von 2.200 US-Dollar gehörte man schon zur oberen Tabellenhälfte der weltweiten Vermögensverteilung, mit 61.000 US-Dollar zählte man zu den oberen zehn Prozent, und mit einem Vermögen von 500.000 US-Dollar durfte man sich als Mitglied der reichsten „ein Prozent“ zählen. Im Jahr 2000 waren dies weltweit insgesamt 37 Millionen Menschen. Von dem weltweit vermögendsten „ein Prozent“ lebten wiederum 37 Prozent in den USA und 27 Prozent in Japan. Wenn man sich zu dieser privilegierten Gruppe zählen durfte, war man tatsächlich knapp 2.000 Mal reicher als ein Mitglied der unteren 50 Prozent.⁸⁴

Das weltweite Vermögen der Haushalte betrug im Jahr 2000 insgesamt 125 Billionen US-Dollar. Dies sind umgerechnet etwa 20.500 US-Dollar pro Person. In Indien betrug das pro Kopf Vermögen in US-Dollar 1.100, in Indonesien 1.400, in Neuseeland 37.000, in Dänemark 70.000, in Großbritannien 127.000, in den USA 144.000 und in Japan sogar 181.000. Vermögen ist dabei sehr stark in Nordamerika, Europa und in einigen wenigen asiatisch-pazifischen Ländern (vor allem in Japan, Südkorea, Taiwan, Australien und Neuseeland) konzentriert. Diese Länder besitzen fast 90 Prozent des Weltvermögens. Allein die Menschen Nordamerikas (für diesen Zweck zählen hier nur die USA und Kanada), die insgesamt nur sechs Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, besitzen 34 Prozent des Weltvermögens. Diese wohlhabenden Staaten weisen ein Pro-Kopf-Vermögen von über 50.000 US-Dollar auf. Danach kommen einige Schwellenländer (z.B. Mexiko, Chile, Argentinien, Polen, Tschechien), die ein Pro-Kopf-Vermögen zwischen 10.000 und 50.000 US-Dollar haben. Russland, China, die Türkei, Brasilien, Ägypten, Thailand und Südafrika fallen in den Bereich zwischen 2.000 und 10.000. Unterhalb desselben befinden sich Länder aus Afrika, Mittel- und Südamerika, und bevölkerungsreiche Staaten wie Indien, Pakistan oder Indonesien.⁸⁵

Ungleichheiten gibt es aber nicht nur auf der ökonomischen Ebene. Sie existieren in vielen unterschiedlichen Bereichen und Dimensionen, so zum Beispiel zwischen den Geschlechtern, zwischen ethnischen Gruppierungen, die Bildungschancen betreffend, beim Zugang zu

⁸⁴ Vgl. Davies, James B./Sandstrom, Susanna/Shorrocks, Anthony/Wolff, Edward N.: The World Distribution of Household Wealth, In: Center for Global, International and Regional Studies, UC Santa Cruz (Hrsg.): Mapping Global Inequalities, Santa Cruz 2007, S. 7.

⁸⁵ Vgl. Davies/Sandstrom/Shorrocks/Wolff, In: Center for Global, International and Regional Studies, UC Santa Cruz, 2007, S. 8.

sauberem Trinkwasser und einem funktionierenden Gesundheitssystem, und bei den Wohn-, Arbeits- oder Umweltbedingungen.⁸⁶ Dennoch konzentriere ich mich in meiner Arbeit auf die materielle Ungleichheit, da diese zumeist als Ungleichheit mit der größten Bedeutung bzw. Wirkungskraft angesehen wird und sie, zumindest in vielen Fällen, die Ursache für die Ungleichheiten auf vielen anderen Gebieten darstellt. Außerdem wird die Diskussion um die materielle Ungleichheit von allen Beteiligten am heftigsten geführt.

Es gibt viele Messinstrumente und Indizes, mit denen man die Ungleichheit innerhalb einer Gesellschaft messen kann. So berechnet z.B. der Hoover-Index, wie viel Geld umverteilt werden müsste, um völlige Gleichheit herzustellen. Der Theil-Index ist ein komplizierteres, von Wissenschaftlern aber relativ häufig benutztes Messinstrument, das den Anteil eines Individuums am Gesamteinkommen eruiert. Der Vorteil bei der Benutzung des Theil-Indexes liegt darin, dass man ihn auf Untergruppen anwenden und anhand dieser Untergruppen ein aggregiertes Maß der Ungleichheit berechnen kann.⁸⁷ Das weltweit meistgebrauchte Messinstrument für die Ungleichverteilung ist aber immer noch der Gini-Koeffizient. Ein Grund für seine Popularität ist seine leichte Umwandelbarkeit in eine graphische und somit anschauliche Darstellung, die so genannte Lorenz-Kurve. Der Gini-Koeffizient wird berechnet, indem man die zu bemessende Bevölkerung der Reihe nach entsprechend ihrer Einkommens- oder Vermögensstärke in gleich große Teile aufsplittet – zumeist entweder in Quintile oder in Dezile. Dann wird geschaut, über wie viel Einkommen am Gesamteinkommen jeder einzelne Teil der Gesellschaft verfügt und schließlich werden diese verschiedenen Teile in Relation zueinander gesetzt. Je nach Anwendungsweise kann der Wert des Gini-Koeffizienten unterschiedliche Größen annehmen. Wenn man ihn in Prozent angibt, kann er zum Beispiel zwischen 0 und 100 liegen. Am häufigsten wird jedoch die Angabe von 0 bis 1 benutzt. Dabei ist 0 mit absoluter Gleichheit und 1 mit absoluter Ungleichheit gleichzusetzen. Wenn man also die Einkommensverteilung eines Landes bemisst und der Gini-Koeffizient wäre 0, würde das bedeuten, dass jeder Mensch das exakt gleiche Einkommen hat. Im anderen Falle würde bei einem Gini-Koeffizienten von 1 ein einziger Mensch das gesamte Einkommen eines Landes beziehen. Es ist daher offensichtlich, dass es kein Land auf der Erde gibt, welches auch nur annähernd an eins der beiden Extreme herankommt. Dennoch gibt es weltweit natürlich sehr große Unterschiede zu beobachten.

⁸⁶ Für eine äußerst detaillierte und faktenreiche Darstellung aller dieser Dimensionen und ihrer Auswirkungen am Beispiel Deutschland siehe Hradil, 2001.

⁸⁷ Für eine nähere detaillierte Beschäftigung mit dem Theil-Index siehe Conceição, Pedro/Ferreira, Pedro: The Young Person's Guide to the Theil Index: Suggesting Intuitive Interpretations and Exploring Analytical Applications, UTIP Working Paper Number 14, Austin/Cambridge 2000.

Dabei liegen die Werte zwischen 0,23 und 0,63. In Europa ist die Ungleichheit tendenziell eher weniger stark ausgeprägt. Hier befinden sich auch die Länder mit den weltweit niedrigsten Gini-Koeffizienten: Schweden (Stand: 2005) und Slowenien (2011): 0,23; Montenegro (2010), Ungarn (2009) und Dänemark (2011): 2,4; Österreich (2007): 0,26 und Deutschland (2006): 0,27. Der Gini-Koeffizient für die gesamte Europäische Union lag im Jahr 2011 bei 0,30. Auf dem afrikanischen Kontinent befinden sich dagegen die Staaten mit der höchsten Ungleichheit der Einkommensverteilung: Botswana (1993), Lesotho (1995) und Südafrika (2005): 0,63; Sierra Leone (1989): 0,62 und die Zentralafrikanische Republik (1993): 0,61. Allerdings muss man hierbei berücksichtigen, dass das vorhandene Datenmaterial sehr alt ist und somit keine zuverlässige Aussage über das heutige Niveau der Einkommensungleichverteilung zulässt. Es ist jedoch anzunehmen, dass die Ungleichheit in den oben genannten Staaten immer noch deutlich größer ist als z.B. in der Europäischen Union. Des Weiteren gilt Lateinamerika traditionell als Region, die mit einem fast durchgängig für seine Länder geltenden Gini-Koeffizienten von 0,5 eine hohe Ungleichheit der Einkommensverteilung aufweist. Die USA gehören mit einem Koeffizienten von 0,45 (2007) ebenfalls zu den Staaten, die eine recht hohe Einkommensungleichverteilung aufweisen.⁸⁸ Die globale Einkommensverteilung scheint sogar noch um ein einiges höher zu liegen. So schätzt Milanovic den Gini-Wert der Welteinkommensverteilung für das Jahr 1998 auf 0,795.⁸⁹

Die Ungleichheit der Vermögen ist dabei noch einmal weitaus größer als die der Einkommen. Die Gini-Koeffizienten von Vermögen liegen in der Regel zwischen 0,65 und 0,75, können in einigen Fällen aber sogar 0,8 aufweisen. Die Unterschiede können dabei selbst unter den reichen OECD-Staaten sehr groß sein. So beträgt der Gini-Koeffizient für Vermögen in Japan 0,55, während der für die USA bei 0,80 liegt. Die Welt als Ganzes weist sogar einen noch höheren Grad der Vermögensungleichverteilung auf, hier liegt der Gini-Koeffizient bei sagenhaften 0,89.⁹⁰

Allerdings muss man berücksichtigen, dass unterschiedliche Messgegenstände zu unterschiedlichen Ergebnissen führen können. Anstatt die individuellen Einkommen miteinander zu vergleichen, nimmt z.B. das *CIA World Factbook*, so wie viele andere Studien auch, als Bemessungsgrundlage das Familieneinkommen bzw. das Einkommen eines

⁸⁸ Vgl. <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/fields/2172.html> (Zugriff: 09.08.2013).

⁸⁹ Vgl. Milanovic, 2007, S. 108.

⁹⁰ Vgl. http://www.wider.unu.edu/events/past-events/2006-events/en_GB/05-12-2006/ (Zugriff: 15.09.2013).

gesamten Haushalts.⁹¹ In diesem Zusammenhang muss man jedoch wiederum berücksichtigen, dass die demografischen, aber auch die kulturellen Unterschiede zwischen den Ländern zu leicht unterschiedlichen Ergebnissen in der Ungleichheitsanalyse führen. Eine Gesellschaft, in der traditionelle Werte nicht mehr stark vorhanden sind, Religionen keine große Rolle spielen und es daher mehr Scheidungen, mehr Alleinerziehende, mehr Singles und mehr kinderlose Frauen und Paare gibt, hat offensichtlich eine andere Einkommensstruktur der Haushalte als eine traditionelle, konservative Gesellschaft.

Bei Studien zu den Haushaltsvermögen muss man mit weiteren Verzerrungen rechnen, da angenommen werden muss, dass die Superreichen nicht alle Daten über ihre Vermögen, besonders zu ihren Finanzanlagen, offen legen. Außerdem liegt ein gewisser Teil dieses Vermögens in Steueroasen und wird folglich bei der Vermögensbemessung ebenfalls außer Acht gelassen. Es wird geschätzt, dass die Vermögenswerte von Ausländern in Steueroasen wie der Schweiz, Singapur, den Kanalinseln oder der Karibik im vergangenen Jahr um 6,1 Prozent auf 8,5 Billionen Dollar gestiegen sind.⁹² Außerdem wurden z.B. bei der Untersuchung von Davies/Sandstrom/Shorrocks/Wolff zur weltweiten Vermögensverteilung die 400 reichsten Amerikaner nicht mit einbezogen. Die tatsächliche Vermögensungleichverteilung dürfte in der Realität also noch stärker ausfallen als es die Untersuchungen und offiziellen Statistiken darlegen. Ein weiteres Problem bei der Vermögensmessung ist die äußerst komplizierte Messung von Sachwerten, da ihr Wert nur schwer zu errechnen ist.

Darüber hinaus gibt es keine international vereinbarte einheitliche Herangehensweise, um Daten zum Einkommen der Menschen zu erheben. Stattdessen werden von den verschiedenen Studien und Wissenschaftlern ganz unterschiedliche Methoden angewendet, was die Arbeit der transnationalen Ungleichheitsforschung erheblich erschwert. So benutzen z.B. die meisten Studien die währungsbereinigte Kaufkraftparität PPP (*purchasing power parity*) als Einheit, um den Wert des Einkommens oder des Vermögens und seine Auswirkungen auf Armut und soziale Ungleichheit international besser miteinander vergleichen zu können. Andere wiederum, wie z.B. Davies/Sandstrom/Shorrocks/Wolff, analysieren die weltweite Vermögensverteilung auf Grundlage der offiziellen Umrechnungskurse, da ihrer Argumentation nach die Reichen ihre Investitionen oftmals nicht in ihrem eigenen Land,

⁹¹ Vgl. <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/fields/2172.html> (Zugriff: 09.08.2013).

⁹² <http://www.welt.de/finanzen/verbraucher/article116668249/Aktienboom-macht-Ultra-Reiche-noch-reicher.html> (Zugriff: 17.10.2013).

sondern auf Basis der existierenden Weltpreise tätigen würden.⁹³ Wenn man eine währungsbereinigte Berechnung der weltweiten Vermögensverteilung vornähme, würde der Grad der Vermögensungleichheit etwas geringer ausfallen. Der Vermögensanteil der reichsten zehn Prozent würde von 85 auf 71 Prozent, der Anteil des reichsten einen Prozents von 40 auf 32 Prozent sinken. Der globale Gini-Koeffizient würde somit von 0,89 auf 0,80 fallen. Es kommt also bei diesem Beispiel darauf an, was der genaue Untersuchungsgegenstand ist: *„whether one is interested in the power that wealth conveys in terms of local consumption options or the power to act and have influence on the world financial stage.“*⁹⁴

Neben einigen fehlenden Informationen und Daten und den Unsicherheiten bezüglich des vorhandenen Datenmaterials, gibt es noch ein weiteres Problem der Ungleichheitsforschung, welches erst vor wenigen Jahren als solches erkannt wurde: die Beschränkung auf die Nationalstaaten. Dies liegt ganz einfach daran, dass man Daten bisher meist nur für die nationalstaatliche Ebene bekommt, wofür wiederum teilweise nicht die gleichen Methoden zur Messung angewendet werden. Weder für einzelne Regionen innerhalb eines Staates, z.B. eines Bundeslandes, noch für staatenübergreifende Regionen wie die Europäische Union oder für die Welt insgesamt ist es einfach, miteinander vergleichbares und wirklich zuverlässiges Datenmaterial zu finden.⁹⁵

In den folgenden Kapiteln werde ich Ergebnisse von Autoren präsentieren, die manchmal sowohl auf verschiedene Messinstrumente (Gini-Koeffizient vs. Theil-Index) als auch auf verschiedene Messeinheiten (Individualeinkommen vs. Haushaltseinkommen, Einkommen vs. Vermögen) zurückgreifen. Dies verringert aber nicht den Wert der daraus gezogenen Annahmen, da ein allgemein übergreifender Trend auch unter Anwendung verschiedener Messmethoden feststellbar ist und somit gültige Aussagen getroffen werden können.

⁹³ Vgl. Davies/Sandstrom/Shorrocks/Wolff, In: Center for Global, International and Regional Studies, UC Santa Cruz, 2007, S. 6.

⁹⁴ Davies/Sandstrom/Shorrocks/Wolff, In: Center for Global, International and Regional Studies, UC Santa Cruz, 2007, S. 11.

⁹⁵ Vgl. Galbraith, James K.: Inequality and Instability. A Study of the World Economy Just Before the Great Crisis, New York 2012, S. 6f.

2.4. Entwicklung der sozialen Ungleichheit seit den 1970er Jahren

2.4.1. Nationale Ungleichheit

Wenn man die Entwicklung der Einkommensverteilung – basierend auf der Haushaltseinkommensverteilung – innerhalb von Gesellschaften der vergangenen 25 Jahren betrachtet, stellt man fest, dass es während dieser Zeit einen klaren Trend zu einer größeren Einkommensspreizung gegeben hat. Volker Bornschieer hat für seine Analyse Daten von 51 Ländern unterschiedlicher Entwicklungsniveaus ausgewertet.⁹⁶ Dabei repräsentieren die Bevölkerungen dieser 51 Länder ca. 77 Prozent der Weltbevölkerung. Von den 51 untersuchten Gesellschaften wiesen 27 eine Zunahme der Haushaltseinkommensungleichheit während dieser 25 Jahre auf, was einer Quote von 53 Prozent der Länder entspricht. In 17 Ländern blieb die Einkommensverteilung konstant (33 Prozent) und in sieben Ländern nahm die Einkommensungleichheit ab (14 Prozent). Dabei wurden die Transformationsländer des ehemaligen Ostblocks nicht einmal mit eingerechnet, so dass die prozentuale Zunahme der Ungleichheit innerhalb von Gesellschaften weltweit gesehen höchstwahrscheinlich noch stärker ausfällt, da die ehemals kommunistischen Länder durch die plötzliche Einführung des kapitalistischen Wirtschaftssystems einen dramatischen Anstieg der sozialen Ungleichheit erfuhren. Da die Ungleichheit besonders in bevölkerungsreichen Staaten angestiegen ist, leben immer mehr Menschen in sozial ausdifferenzierteren Ländern: „*More than two-thirds of the world's people live in countries where income disparities have risen since 1980.*“⁹⁷ Wenn man die gleiche Vorgehensweise für eine Auswahl von 16 OECD-Staaten anwendet, kommt man prozentual zu einem fast identischen Ergebnis (Zunahme der Ungleichheit in 56 Prozent der Länder, Konstanz in 31 Prozent und Abnahme in dreizehn Prozent der Staaten). Aktuelle Zahlen belegen außerdem, dass die Ungleichheit in den OECD-Staaten von 2007 bis Ende 2010 stärker angestiegen ist als in den zwölf Jahren zuvor. Die Diskrepanz zwischen den reichsten zehn Prozent und den ärmsten zehn Prozent beträgt im weltweiten OECD-Durchschnitt derzeit 9,5 zu 1. Besonders Mexiko (28:1), Chile (25:1), die USA (16:1) und die Türkei (15:1) tragen viel zu diesem Ergebnis bei.⁹⁸ Doch ist die Einkommensspreizung im vergangenen Jahrzehnt nicht nur in traditionell ungleicheren Ländern, wie z.B. den USA oder

⁹⁶ Vgl. Bornschieer, Volker: Sozioökonomische Ungleichheit im Weltsystem: Entwicklung, Einflussfaktoren und Folgen, In: Budowski, Monica/Nollert, Michael (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Differenzen, Zürich 2010, S. 133f.

⁹⁷ <http://www.economist.com/node/21564556> (Zugriff: 19.09.2013).

⁹⁸ Vgl. <http://www.wiwo.de/politik/ausland/gerechtigkeit-gini-koeffizient-in-deutschland-nahezu-unveraendert/8210632-2.html> (Zugriff: 17.10.2013).

Israel, größer geworden, sondern auch Länder wie Deutschland, Dänemark, Schweden oder andere nordeuropäische Staaten, in denen die Ungleichheit bisher vergleichsweise gering ausfiel, verzeichneten ein größeres Wachstum der Einkommenskluft.⁹⁹ Insgesamt lässt sich also, zumindest für die OECD-Staaten, schon einmal festhalten, dass sich einerseits der Trend zu einer größer werdenden Einkommensungleichheit innerhalb von Gesellschaften längerfristig, zumindest für das letzte Vierteljahrhundert, bestätigen lässt, und andererseits sich dieser Trend im Zuge der Weltwirtschaftskrise noch einmal rapide verschärft hat.

Doch wie sah die Einkommensverteilung innerhalb der Entwicklungsländer aus? Hier lässt sich feststellen, dass die Profite des teilweise vorhandenen Wirtschaftswachstums zumeist sehr ungleich verteilt wurden. So stellten z.B. die internationalen Institutionen wie die Weltbank oder die FAO (*Food and Agriculture Organization of the United Nations*) fest, dass die 1970er Jahre „zwar für eine beträchtliche Zahl von Ländern ein durchaus bemerkenswertes Wachstum gebracht hatte, daran aber nur ein geringer Teil der Bevölkerung wirklich partizipierte, während es für schätzungsweise 40 Prozent mit weiterer Verarmung verbunden war.“¹⁰⁰ Auch wenn für diese Zeit nur sehr spärliches Zahlenmaterial für die Entwicklungsländer vorhanden ist, konnte man feststellen, dass der Gini-Koeffizient in 24 von 46 Ländern zu unterschiedlich gemessenen Zeitpunkten über 0,5 lag. Das Ausmaß der Ungleichheit war demnach sehr hoch. Länder mit besonders hohen Gini-Werten von über 0,6 befanden sich vorwiegend in Afrika südlich der Sahara (z.B. Kenia 1976: 0,64 oder Elfenbeinküste 1985: 0,65) und etwas weniger verbreitet auch in Lateinamerika (z.B. Panama 1973: 0,67 oder Brasilien 1983: 0,66).¹⁰¹ Während sich aufgrund der fehlenden Daten kein langfristiger Trend für die afrikanischen Staaten ausmachen lässt, kann man in den lateinamerikanischen Staaten bis in die 1990er Jahre hinein einen rasanten Anstieg der Ungleichheit beobachten. In Argentinien stieg der Gini-Koeffizient z.B. von 0,38 im Jahr 1974 auf 0,57 im Jahr 1997.¹⁰² Seitdem ist jedoch ein leichter Rückgang der Einkommensungleichheit festzustellen. Dennoch befindet sich der Gini-Koeffizient in den meisten Staaten dieser Region auch weiterhin auf einem sehr hohen Niveau.

⁹⁹ Vgl. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/soziale-ungleichheit-deutschland-wird-amerikanischer-a-801730.html> (Zugriff: 17.10.2013).

¹⁰⁰ Menzel, 1992, S. 159.

¹⁰¹ Vgl. Menzel, 1992, S. 162f.

¹⁰² Vgl. Becker, Joachim/Heinz, Ronald/Imhof, Karen/Küblböck, Karin/Manzenreiter, Wolfram (Hrsg.): Geld Macht Krise. Finanzmärkte und die neoliberale Herrschaft, Wien 2003, S. 85.

Die Einkommensungleichheit war auch in den asiatischen Ländern relativ hoch. Jedoch war dort das Einkommen in den 1970er und 1980er Jahren im Vergleich zu den afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern homogener verteilt, einige Länder wiesen sogar einen Koeffizienten von unter 0,4 aus (z.B. Taiwan 1971: 0,35 oder Indonesien 1987: 0,37). Während Sri Lanka und Thailand einen Anstieg der Ungleichheit verzeichneten, zeigten in dieser Phase einige Länder – darunter Bangladesch, Indien, Indonesien und Taiwan, und in geringerem Ausmaß auch die Philippinen und Malaysia – erhebliche Erfolge in der Reduktion der sozialen Ungleichheit.¹⁰³ Ab den 1990er Jahren kehrte sich diese Entwicklung jedoch wieder um. In 15 von 21 untersuchten Ländern sind die Gini-Koeffizienten vom Anfang der 1990er Jahre bis zum Beginn der 2000er Jahre deutlich angestiegen und nur in drei Staaten spürbar gesunken. „In Asien insgesamt ist der Theil-Ungleichheitsindex zwischen 1993 und 2003 von 0,3654 auf 0,4665 angestiegen.“¹⁰⁴

In den Vereinigten Staaten von Amerika ist die soziale Ungleichheit in den vergangenen Jahrzehnten ebenfalls merklich angestiegen. Dort ist „das Einkommen der obersten 5 Prozent seit 1973 um 73 Prozent gestiegen, das der mittleren 20 Prozent der Einkommensverteilung um 15 Prozent, und das der untersten 20 Prozent um gerade einmal 10 Prozent.“¹⁰⁵ Der Zugewinn der Reichsten war demnach um das Siebenfache größer als der der armen Bevölkerungsgruppe. Vor allem die Einkommen der Superreichen sind in astronomische Höhen gestiegen und machen einen immer gewichtigeren Anteil aller Einkommen aus: *„the share of national income going to the top 0.01% (some 16,000 families) has risen from just over 1% in 1980 to almost 5% now.“*¹⁰⁶ Dementsprechend stieg auch der Gini-Koeffizient von 0,394 im Jahre 1970 auf 0,469 im Jahre 2005 an. Dabei gibt es verschiedene Gründe für den Anstieg der nationalen Ungleichheit. Vor allem in den USA wird deutlich, dass die Einkommensschere durch den Bedeutungsgewinn der Kapital- und Finanzmärkte und Unternehmensprofite größer geworden ist, während „normale“ Einkommen und Löhne an Bedeutung verloren haben: *“wages and salary income in 2012 amounted to 44 percent of G.D.P., the lowest at any time since 1929 (...). The flip side of that is that corporate profits after taxes amounted to a record 9.7 percent of G.D.P. Each of the last three years has been*

¹⁰³ Vgl. Menzel, 1992, S. 162.

¹⁰⁴ Müller, Walter/Schindler, Steffen: Entleert sich die Mitte wirklich? Einige Überlegungen zur Milanovic-These über die internationale Einkommensungleichheit, In: Bayer/Mordt/Terpe/Winter, 2008, S. 86.

¹⁰⁵ Baker, Dean: Wachsende Ungleichheit in den Vereinigten Staaten, In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Fokus Amerika, Washington D.C. 2006, S. 1f.

¹⁰⁶ <http://www.economist.com/node/21564556> (Zugriff: 19.09.2013).

higher than the earlier record high, of 9.1 percent, which was set in 1929.”¹⁰⁷ Dieser Prozess beschleunigte sich noch einmal während der Weltwirtschaftskrise. So war der Anteil der Unternehmensgewinne am gesamten Bruttosozialprodukt in den Jahren von 2010 bis 2012 um 1,5 Prozentpunkte höher als im Zeitraum von 2005 bis 2007. Gleichzeitig ist der Anteil, der an die Arbeiter geht, um 1,1 Prozent gesunken.¹⁰⁸ Es wird hier deutlich, dass die soziale Ungleichheit in den USA besonders durch die exorbitant steigenden Gehälter, die im Informations- und Technologiesektor und (durch die Börsengewinne) an den Finanzmarktplätzen gezahlt werden, gestiegen ist. Von daher ist der Schluss naheliegend, dass nur wenige kleine Wirtschaftszentren, wie z.B. die Wall Street oder das Silicon Valley, für den gesamten Anstieg der Ungleichheit in den USA verantwortlich zeichnen. James Galbraith verweist in diesem Zusammenhang auf eine Studie, die die Ungleichheit der Einkommen zwischen allen amerikanischen *counties* zwischen 1994 und 2000 untersucht.¹⁰⁹ Insgesamt haben nur 15 *counties* zum Anstieg der Ungleichheit beigetragen, und von diesen machten nur fünf *counties* (New York, drei *counties* in Nordkalifornien, die mit Silicon Valley in Zusammenhang stehen, King County und Washington D.C.) ungefähr die Hälfte der inneramerikanischen Ungleichheitszunahme aus. Ein Bürger in Ohio oder Colorado spürte hingegen wenig von dieser ansteigenden Divergenz der Einkommen. Während der Präsidentschaft von George Bush Jr. verlagerten sich die für diese sektorbezogene Ungleichheitssteigerung verantwortlich zeichnenden Gebiete in die *counties* um die amerikanische Hauptstadt, wo nun besonders Gehälter, die mit dem Wachsen des Regierungs- und Verteidigungsapparates assoziiert werden, stiegen.¹¹⁰

In Deutschland geht der Trend insgesamt in eine ähnliche Richtung wie in den USA, auch wenn stärker versucht wird, dieser Entwicklung durch staatliche Umverteilungsmaßnahmen entgegenzuwirken. Je nachdem, welchen Zeitraum man für die Untersuchung der Ungleichheitsentwicklung in Deutschland auswählt, können die Ergebnisse mitunter stark divergieren: Zwischen 2006 und 2010 sind die Einkommen der ärmsten zehn Prozent um zwei Prozent gestiegen, während die Einkommen der reichsten zehn Prozent um knapp zwei Prozent sanken. Diese Beobachtung lässt zunächst den Schluss zu, dass die Einkommensungleichheit in Deutschland abnimmt. Wenn man jedoch die Entwicklung der

¹⁰⁷ Norris, Floyd: U.S. Companies Thrive as Workers Fall Behind, In: The New York Times (Hrsg.), New York 2013. Online abrufbar unter: http://www.nytimes.com/2013/08/10/business/economy/us-companies-thrive-as-workers-fall-behind.html?adxnnl=1&smid=tw-share&adxnnlx=1376226207-quGDiQ1xFsMai/BLjxIX2w&_r=0 (Zugriff: 09.08.2013).

¹⁰⁸ Vgl. Norris, 2013.

¹⁰⁹ Vgl. Galbraith, 2012, S. 13.

¹¹⁰ Vgl. Galbraith, 2012, S. 16.

vergangenen 20 Jahre analysiert, kommt man zu einem ganz anderen Ergebnis: „Demnach verfügten Haushalte, die zu den obersten zehn Prozent der Einkommensbezieher gehören, im Jahr 2010 über rund zwölf Prozent mehr Geld als im Jahr 1991. Die einkommensschwächsten zehn Prozent der Haushalte mussten hingegen im gleichen Zeitraum von 20 Jahren Einbußen von mehr als elf Prozent verkraften.“¹¹¹ Es lässt sich daher festhalten, dass die Einkommensschere in Deutschland tendenziell größer wird.

Für diese Entwicklung gibt es zwei hervorstechende Gründe: zum einen der Bedeutungsgewinn der Kapitaleinkommen und zum anderen die Ausweitung so genannter atypischer Beschäftigungsverhältnisse. Die Kapitaleinkommen sind in den letzten Jahren stärker gestiegen als die Löhne. Die höher werdenden Unternehmensgewinne flossen demnach in die Kassen der Eigentümer und Anteilseigner, während die Löhne der Angestellten und Arbeiter stagnierten. Dementsprechend ist, wie in den USA, der Anteil der Löhne und Gehälter am deutschen Nationaleinkommen gesunken, von 67 Prozent zu Beginn der 1990er Jahre auf 62 Prozent im Jahr 2011. Gleichzeitig ist die Tarifbindung rückläufig. Diese ging von 72 Prozent auf 62 Prozent zurück.¹¹² Minijobs, befristete Verträge, Leiharbeit und Teilzeitstellen sind auf dem Vormarsch und wirken sich negativ auf die Ungleichheit aus. So hat sich z.B. der Anteil der Teilzeitbeschäftigten seit 1984 auf 22 Prozent verdoppelt, von damals drei auf heute mehr als acht Millionen Beschäftigte. Besonders viele Frauen arbeiten in Teilzeit und verdienen im Durchschnitt nach wie vor weniger als Männer. Gleichzeitig sank die durchschnittliche Arbeitszeit von Geringverdienern in den vergangenen 20 Jahren von 1000 auf 900 Stunden, während die Arbeitszeit der Personen, die zu den oberen Einkommensklassen gezählt werden, konstant blieb. Darüber hinaus gibt es eine wachsende Zahl von Singles und Alleinerziehern, wodurch das durchschnittliche Haushaltseinkommen abermals sinkt. Auf der anderen Seite gibt es jedoch auch die Tendenz zu einer Partnerschaft zwischen zwei Gutverdienern. An die Stelle des Klischees „Chefarzt heiratet Krankenschwester“ tritt vermehrt das Bild „Chefarzt heiratet Chefärztin.“¹¹³ Es gibt also sowohl wirtschaftliche als auch soziologische Gründe für den Anstieg der Ungleichheit in Deutschland.

¹¹¹ Kaiser, Tobias: Die Mär von der steigenden sozialen Ungleichheit, In: DIE WELT (Hrsg.), Berlin 2013. Online abrufbar unter: <http://www.welt.de/wirtschaft/article119782866/Die-Maer-von-der-steigenden-sozialen-Ungleichheit.html> (Zugriff: 11.09.2013).

¹¹² Vgl. Wehler, Hans-Ulrich: Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland, München 2013, S. 71.

¹¹³ Vgl. Böcking, David: Soziale Ungleichheit: Deutschland wird amerikanischer, 05.12.2011. Online abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/soziale-ungleichheit-deutschland-wird-amerikanischer-a-801730.html> (Zugriff: 17.10.2013).

Entgegen dieser gängigen Auffassung behauptet Hradil, dass die Einkommensverteilung in Deutschland zumindest im Zeitraum zwischen 1991 und 2005 recht konstant geblieben ist, wenn man die sekundären, d.h. die Einkommen nach Abzug von Steuern und unter Berücksichtigung von Transfer- und Sozialleistungen, betrachtet: „1991 erhielt das einkommensschwächste Bevölkerungsfünftel 9,7 Prozent aller verfügbaren (Netto-Äquivalenz-)Einkommen, 2005 immerhin noch 9,4 Prozent. Das einkommensstärkste Fünftel der Bevölkerung verfügte 1991 über 35,2 Prozent, 2005 über 35,9 Prozent aller verfügbaren Einkommen.“¹¹⁴ Wenn man berücksichtigt, dass zwischen 2006 und 2010 die Ungleichheit leicht abgenommen hat, kann man – nach dem Berechnungsansatz von Hradil – keine Veränderung der Ungleichheit innerhalb der vergangenen zwei Jahrzehnte feststellen.

Im gleichen Zeitraum ist die Ungleichheit in den anderen europäischen Ländern im Vergleich zu Deutschland stärker gestiegen. So kommt es, dass Deutschland mittlerweile ein EU-Land mit unterdurchschnittlicher Einkommensungleichheit geworden ist: „2005 verfügte das einkommensstärkste Bevölkerungsfünftel Deutschlands über ein 4,1-mal so hohes (Netto-Äquivalenz-) Einkommen als das einkommensschwächste. Im Durchschnitt der EU-Länder belief sich dieses Verhältnis auf 4,9.“¹¹⁵ Daraus lässt sich schließen, dass die wohlfahrtsstaatliche Umverteilung in Deutschland in den letzten Jahren in stärkerem Ausmaß stattgefunden hat als in den meisten anderen EU-Staaten. Hans-Ulrich Wehler bestätigt diese Auffassung.¹¹⁶ Er argumentiert, dass die Grundstruktur der Einkommensverteilung in Deutschland viele Jahre hindurch relativ gleich geblieben ist. Sowohl in den 1950er Jahren als auch in den 1990er Jahren verfügte das oberste Quintil über knapp 40 Prozent aller Einkommen, das unterste Quintil über ca. 7 Prozent und die drei Quintile in der Mitte bekamen etwas mehr als die Hälfte. Der enorme Wohlstandsgewinn, den die Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg erfahren hat, wurde also über viele Jahrzehnte hinweg, zumindest im Vergleich zu vielen anderen Staaten, relativ breitenwirksam verteilt.

Die Verteilung der Vermögen fällt in der Regel deutlich schärfer aus als die der Einkommen. In Deutschland z.B. besaß 1970 das oberste Dezil 44 Prozent des gesamten Nettogeldvermögens, 2010 waren es schon über 66 Prozent. Das wohlhabendste Prozent besaß 35,8 Prozent des Gesamtvermögens und somit mehr als die unteren 90 Prozent der

¹¹⁴ Hradil, Stefan: Wachsende Einkommensungleichheiten und was wir dagegen tun können: Eine Aktualisierung der Theorie Simon Kuznets', In: Bayer/Mordt/Terpe/Winter, 2008, S. 142.

¹¹⁵ Hradil, In: Bayer/Mordt/Terpe/Winter, 2008, S. 142f.

¹¹⁶ Vgl. Wehler, Hans-Ulrich: Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland, München 2013, S. 68.

Bevölkerung zusammen.¹¹⁷ Dabei nahm die Vermögensspreizung erst ab den 1990er Jahren so rasant zu, denn 1993 besaß das reichste Zehntel anteilig immer noch genauso viel wie im Jahr 1970.¹¹⁸ Leider gibt es keine Langzeitstudien, die die weltweite Vermögensverteilung adäquat darstellen, da hierfür das Datenmaterial fehlt. Allerdings gibt es gute Studien für einige ausgewählte Länder, so z.B. für Dänemark, Frankreich, Norwegen, Schweden, die Schweiz, Großbritannien und die USA. Mit Ausnahme der Schweiz ist die Vermögensungleichheit, ebenso wie die Einkommensungleichheit, vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis in die Mitte der 1970er Jahre stark gesunken. Seitdem hat sich der Trend jedoch, zumindest in den meisten Staaten, wieder umgekehrt, besonders stark in den USA und Großbritannien. Dabei ist der Anstieg der Vermögensungleichheit generell geringer ausgefallen als der Anstieg der Einkommensungleichheit, jedoch befindet sich die Vermögensungleichheit allgemein schon auf einem viel höheren Niveau. In den USA kam es z.B. zwischenzeitlich sogar zu einem minimalen Rückgang des Vermögensanteils des reichsten Prozents, und zwar von 33,8 Prozent 1983 auf 33,4 Prozent 2001.¹¹⁹ Unter den Entwicklungsländern sind nur für China und Indien zuverlässige Daten für die zurückliegenden Jahre verfügbar. In Indien ist die Vermögensverteilung über die Jahre konstant geblieben, während in China der Gini-Koeffizient für Vermögen im Zeitraum von 1995 bis 2002 von 0,40 auf 0,55 gestiegen ist. In Russland und Osteuropa ist die Vermögensungleichheit, u.a. bedingt durch die Transformation des Wirtschaftssystems vom Sozialismus zur Marktwirtschaft, angestiegen, wobei der Anstieg in Russland sehr viel stärker ausfiel als in Osteuropa.¹²⁰

2.4.2. Internationale Ungleichheit

Neben der Ungleichheitsentwicklung auf nationaler Ebene stellt sich die Frage, ob die weltweite Ungleichheit in den letzten Jahrzehnten zugenommen hat oder ob es einen Trend zu einer Angleichung zwischen den Ländern gibt. Da das internationale Wirtschaftssystem einen gehörigen Einfluss auf die ökonomischen Machtverhältnisse und die unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen bestimmter Länder bzw. Ländergruppen hat, gilt es zu untersuchen, ob es bedeutende Verschiebungen der Ungleichheitsstruktur seit den Finanzmarktliberalisierungen der 1970er Jahren gegeben hat bzw. ob sich eine Korrelation

¹¹⁷ Vgl. Wehler, 2013, S. 73.

¹¹⁸ Vgl. Wehler, 2013, S. 77.

¹¹⁹ Vgl. Davies/Sandstrom/Shorrocks/Wolff, 2007, S. 14.

¹²⁰ Vgl. Davies/Sandstrom/Shorrocks/Wolff, 2007, S. 15f.

zwischen den internationalen wirtschaftspolitischen Veränderungen und den Veränderungen der internationalen Ungleichheit feststellen lässt.

Aus einer langen historischen Perspektive heraus lässt sich beobachten, dass die Ungleichheit innerhalb von Gesellschaften seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts relativ konstant geblieben ist, während die Ungleichheit zwischen Gesellschaften besonders aufgrund der Industrialisierung und Kolonialisierung rapide zugenommen hat.¹²¹ Branko Milanovic stellt in seiner hervorragenden Studie einen weltweiten Vergleich der Wirtschaftsdaten für den Zeitraum von 1960 bis 2000 an und kommt zu dem Ergebnis, dass die weltweite Einkommensungleichheit in dieser Zeit zugenommen hat. Betrachtet man nur die letzten Jahrzehnte fällt besonders der starke Anstieg der internationalen Ungleichheit seit den 1980er Jahren auf. Von 1965 bis 1982 hatte sich der Gini-Koeffizient praktisch überhaupt nicht verändert, er stieg nur ganz minimal von 0,469 auf 0,473. Doch ab 1982 lässt sich eine enorm ansteigende Divergenz der Einkommensniveaus feststellen. So stieg der Gini-Koeffizient von 0,473 im Jahr 1982 auf 0,545 im Jahr 2000 an. Dies entspricht einer Zunahme von ca. 20 Prozent.¹²²

Wenn man die Länder anhand ihres durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens in Dezile aufteilt und das unterste Dezil mit dem obersten Dezil vergleicht, wird die Zunahme der internationalen Einkommensungleichheit noch deutlicher: 1960 hatten die Länder des reichsten Dezils ein 19 Mal so hohes durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen als die Länder des ärmsten Dezils, im Jahr 2000 waren die Durchschnittseinkommen der reichen Länder schon 37 Mal so hoch.¹²³ Die wachsende Divergenz fällt noch größer aus, wenn man die Zahlen nicht in örtlicher Kaufkraft, sondern in realer weltwirtschaftlicher Kaufkraft angibt: „*The ratio of GDP per capita in the 20 richest countries to GDP per capita in the poorest 20 countries of the world rose from 54:1 during 1960–62 to 121:1 during 2000–2002.*“¹²⁴ Auffallend ist außerdem, dass im Zeitraum von 1960 bis 1978 die Wachstumsraten für alle Länder positiv ausfallen, mit den höchsten Wachstumsraten für die Dezile fünf bis neun, während in der Periode von 1978 bis 2000 die Wachstumsraten von vier der unteren fünf Dezile negativ ausfallen und die höchsten Wachstumsraten die Dezile acht bis zehn, also die

¹²¹ Vgl. Bornschie, In: Budowski/Nollert, 2010, S. 132.

¹²² Vgl. Milanovic, 2007, S. 39f.

¹²³ Vgl. Milanovic, 2007, S. 53.

¹²⁴ Nayyar, Deepak: Globalisation, history and development: a tale of two centuries, In: Cambridge Journal of Economics (Hrsg.), 30, Cambridge 2006, S. 154.

reichen Länder, aufweisen.¹²⁵ Dies ist eine deutliche Verschiebung hin zu einer stärkeren Einkommenskonzentration in den reichen Ländern. Dabei gibt es innerhalb der Dezile rasante Auf- und Abwärtsbewegungen einzelner Länder. So hatten z.B. Malaysia und Moldawien 1978 fast das gleiche Einkommensniveau, doch bis 2000 wuchs Malaysias Durchschnittseinkommen pro Jahr um 6,9 Prozent, während Moldawiens Einkommen pro Jahr um den gleichen Wert von 6,9 Prozent schrumpfte, so dass das Durchschnittseinkommen der malaysischen Bevölkerung am Ende dieser Periode um ein Fünffaches höher war als das in Moldawien.¹²⁶ Und während diese Fluktuationen in den unteren und mittleren Dezilen sehr ausgeprägt waren, bewiesen die Länder der oberen beiden Dezile wieder einmal, dass sie eine recht homogene Einheit im internationalen Wettbewerb darstellen. Mit Ausnahme von Kuwait und Saudi Arabien wiesen alle diese Länder ein positives Wirtschaftswachstum im Zeitraum von 1978 bis 2000 auf.¹²⁷

Um die soziale bzw. wirtschaftliche Mobilität der Staaten zu untersuchen, teilt Milanovic die Staaten in vier Gruppen bzw. Einkommensklassen ein.¹²⁸ Dabei gilt ein Land als reich, wenn das durchschnittliche Jahreseinkommen pro Kopf gleich ist oder über dem Niveau des ärmsten Staates der WENAO-Staaten (*Western Europe, North America, (rich) Oceania*) liegt. 1960 war das ärmste dieser reichen Staaten Portugal, im Jahr 2000 Griechenland. Die zweite Gruppe umfasst die Staaten, in denen das Einkommen bis zu einem Drittel unter dem Einkommen von Portugal/Griechenland liegt. Diese bezeichnet er als „*contenders*“, da sie im Prinzip in naher Distanz zur ersten Gruppe liegen und innerhalb einer Generation zu dieser aufschließen könnten. Die dritte Gruppe umfasst die Staaten, in denen das Einkommen zwischen einem und zwei Dritteln unter dem Einkommen von Portugal/Griechenland liegt, und in der letzten Gruppe sind Länder, in denen das Einkommen höchstens ein Drittel des Einkommens von Portugal/Griechenland beträgt. Milanovic kommt zu dem Ergebnis, dass viele Staaten im Zeitraum von 1960 bis 2000 von einer Gruppe in eine weiter unten stehende Gruppe abgerutscht sind, während nur wenige Staaten in eine höher stehende Gruppe aufsteigen konnten. Gehörten 1960 noch insgesamt 41 Staaten der ersten Gruppe an, darunter 19 nicht-WENAO-Staaten, so waren es im Jahr 2000 nur noch 31, darunter neun aus den nicht etablierten westlichen Ländern. Auch für die weiteren Gruppen stellt er eine deutliche Tendenz zu einer abwärts gerichteten Mobilität fest.¹²⁹ So sind von den Anfangs 22 Staaten

¹²⁵ Vgl. Milanovic, 2007, S. 55.

¹²⁶ Vgl. Milanovic, 2007, S. 58ff.

¹²⁷ Vgl. Milanovic, 2007, S. 59.

¹²⁸ Vgl. Milanovic, 2007, S. 61ff.

¹²⁹ Vgl. Milanovic, 2007, S. 70.

aus der Gruppe der *contenders* im Jahr 2000 nur noch sieben übrig geblieben und auch von der dritten Gruppe gab es eine weitere Verschiebung in die vierte Gruppe. Diese umfasste 1960 25 Länder und wuchs dann im gesamten Zeitraum stetig auf 71 Länder im Jahr 2000 an. Gleichzeitig war es für die Länder der letzten Gruppe fast unmöglich in die dritte Gruppe aufzusteigen. Dies gelang im gesamten Zeitraum nur zwei Ländern, nämlich Botswana und Ägypten. Milanovic kommt daher zu dem Schluss, dass die weltweite Mittelklasse immer kleiner wird und die armen Staaten mittlerweile die Mehrheit in jeder Weltregion (außer der westlichen) stellen.¹³⁰

Walter Müller und Steffen Schindler kritisieren diese Vorgehensweise von Milanovic.¹³¹ Sie behaupten, dass seine Ergebnisse verfälscht seien, da Griechenland im Jahr 1998 ein Einkommen von 44 Prozent des US-Niveaus hatte, während Portugal im Jahr 1960 nur 22 Prozent des damaligen amerikanischen Einkommensniveaus erreichte. Portugal und Griechenland dürften daher nicht als Messbeispiele herangezogen werden, da es für ein Land z.B. 1998 viel schwieriger geworden sei, als reich eingestuft zu werden. Es müsste nun ein weitaus höheres Einkommen vorweisen, und dementsprechend sei es auch einfacher geworden, in die unteren Kategorien abzufallen. Wenn schon, dann müsste man das reichste Land der Welt, die USA, als Referenzgröße nehmen, und analysieren, wie stark sich die übrigen Länder von diesen wegbewegen oder ob es eine Angleichung gibt. Außerdem sei der Zeitpunkt mit dem Jahr 1998 sehr schlecht gewählt, da nicht nur die Staaten des ehemaligen Ostblocks, allen voran Russland, zu diesem Zeitpunkt wirtschaftliche Probleme hatten, sondern auch einige asiatische Länder mitten in der damals stattfindenden Finanzkrise („Asienkrise“) steckten. Zu einem anderen Zeitpunkt würde das Ergebnis daher milder ausfallen.

Doch welche Regionen bzw. Staatengruppen haben bisher am meisten vom weltweiten BIP-Wachstum profitiert? Milanovic behauptet, dass die Position der reichen westlichen Industrienationen in den vergangenen Jahrzehnten weiter gestärkt wurde, während die Gruppe der Staaten, die man im weltweiten Vergleich als Mittelklasse bezeichnen kann, geschrumpft sei und die armen Länder in Afrika, Lateinamerika, im Nahen Osten und in weiten Teilen Asiens weiterhin arm geblieben seien und den Anschluss an die wohlhabenden Staaten verloren hätten. Die einzigen Aufsteiger seien die asiatischen Länder Taiwan, Südkorea,

¹³⁰ Vgl. Milanovic, 2007, S. 68ff.

¹³¹ Vgl. Müller, Walter/Schindler, Steffen: Entleert sich die Mitte wirklich? Einige Überlegungen zur Milanovic-These über die internationale Einkommensungleichheit, In: Bayer/Mordt/Terpe/Winter, 2008, S. 75ff.

Malaysia, Singapur und Hongkong. Die größten Verlierer seien hingegen die Länder des ehemaligen Ostblocks.¹³²

Wenn man sich die Wirtschaftszahlen für die Entwicklungsländer anschaut, wird in der Tat deutlich, dass sich besonders die 1980er Jahre für viele Staaten als sehr schmerzhaft herausstellten. Von 72 untersuchten Entwicklungsländern wiesen im Zeitraum von 1965 bis 1973 insgesamt zehn Länder im Jahresdurchschnitt eine negative Wachstumsrate aus. Während sich diese Zahl zwischen 1973 und 1980 „nur“ auf 17 vergrößerte, erlebten im Zeitraum von 1980 bis 1987 sogar 42 Länder einen Rückgang des Pro-Kopf-Wachstums.¹³³ Dieses negative Wirtschaftswachstum der Mehrheit der Entwicklungsländer fand statt bei gleichzeitigem stetigem Wachstum des Welteinkommens und bei anhaltend hoher Ungleichheit der Einkommensverteilung innerhalb der Länder. Auch wenn man darüber streiten mag, welchen Einfluss die Wirtschaftspolitik der USA und Großbritanniens auf diese Entwicklung hatte, ist es nichtsdestotrotz offensichtlich, dass die Zeit des Thatcherismus und Reagonomics in den 1980er Jahren keine ökonomisch prosperierende Zeit für die Entwicklungsländer darstellte. Auf der anderen Seite könnte man jedoch auch argumentieren, dass der Einfluss der Entwicklungsländer im internationalen Vergleich gerade in den letzten Jahren spürbar zugenommen hat. So hat sich der Anteil der Entwicklungsländer am globalen Bruttosozialprodukt in PPP von 33,7 Prozent 1980 auf 43,4 Prozent im Jahr 2010 erhöht.¹³⁴ Diese Zunahme dürfte jedoch größtenteils dem wirtschaftlichen Aufschwung Chinas und Indiens zuzusprechen sein.

Milanovic zeigt sehr anschaulich wie die verschiedenen Regionen zur internationalen Einkommensungleichheit beitragen. Er nimmt hierfür die Einkommensungleichheit der WENAO-Region als Richtwert und stellt dann die Veränderung der Ungleichheit unter Hinzufügung weiterer Regionen über den Zeitraum von 1950 bis 2000 fest.¹³⁵ Es wird deutlich, dass sich innerhalb des „Clubs der Reichen“ eine Konvergenz der durchschnittlichen Einkommen auch nach 1980 vollzogen hat, während sich die Ungleichheit unter Hinzufügung weiterer Regionen ab diesem Zeitpunkt vergrößerte. In den 1980er Jahren lässt sich die Zunahme der internationalen Ungleichheit besonders aufgrund des „Jahrzehnts der Stagnation“ Lateinamerikas erklären, während sich ab 1990 die Transformationsländer

¹³² Vgl. Milanovic, 2007, S. 78.

¹³³ Vgl. Menzel, 1992, S. 159ff. und S. 202.

¹³⁴ Vgl. Zoellick, Robert B.: The End of the Third World? Modernizing Multilateralism for a Multipolar World, In: Woodrow Wilson Center for International Scholars (Hrsg.), Washington D.C. 2010, S. 2.

¹³⁵ Vgl. Milanovic, 2007, S. 42.

Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion für die weitere Einkommensungleichverteilung verantwortlich zeigen. Die schlechte wirtschaftliche Entwicklung Afrikas spielt dabei natürlich auch noch eine Rolle, das Absinken der beiden *middle income*-Regionen (Lateinamerika und ehemaliger Ostblock) macht jedoch eindeutig den Hauptfaktor der zunehmenden internationalen Ungleichheit seit 1980 aus. Auch innerhalb der einzelnen Regionen ist ein Trend zu mehr Ungleichheit festzustellen. Afrika, Asien und die Region des ehemaligen Ostblocks weisen einen starken Anstieg der Einkommensungleichverteilung zwischen 1960 und 2000 auf, während in Lateinamerika und der Karibik nur ein leichter Anstieg und in der Gruppe der WENAO-Länder sogar ein deutlicher Rückgang der Ungleichheit beobachtet werden kann.¹³⁶ Milanovic zeichnet insgesamt ein Bild, in dem die internationale Einkommensungleichheit seit 1978 weiter zugenommen hat und außer einigen Ländern Asiens keine weitere Region mit den reichen Ländern mithalten kann. Die WENAO-Länder bilden außerdem die einzige Gruppe, die homogen erscheint und innerhalb derer es zu einer Angleichung der Einkommen kommt, während in allen anderen Regionen der Welt eine weitere Divergenz zu beobachten ist.

Um die weltweiten Verschiebungen im wirtschaftlichen Kräfteverhältnis in den beiden vergangenen Dekaden aus einer weiteren Perspektive zu analysieren, werfen wir einen Blick auf die verschiedenen Regionen und messen „den Prozentanteil am gesamten Welt-BIP, der jeweils von einem Prozent der Weltbevölkerung erzielt wird, der in einer bestimmten Weltregion lebt.“¹³⁷ Müller/Schindler teilen hierfür die Welt in zwölf Regionen bzw. Kategorien ein. Im Zeitraum von 1989 bis 2008 hat es in fünf dieser Regionen einen prozentualen Aufstieg gegeben, während der Anteil an der Weltwirtschaft in sieben Regionen rückläufig war. Zu den großen Gewinnern zählen China und die asiatischen „Tigerstaaten“ (Hongkong, Südkorea, Singapur und Taiwan). Außerdem haben sowohl Indien als auch die asiatischen *middle income*-Länder (Indonesien, Malaysia, Philippinen, Sri Lanka, Thailand und Vietnam) merklich hinzugewonnen. Konstant blieben hingegen die Anteile der asiatischen *low income*-Länder (Bangladesch, Kambodscha, Myanmar, Nepal, Pakistan und Laos) als auch der Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas sowie in Zentral- und Osteuropa. Zu den Verlierern zählen die afrikanischen Staaten südlich der Sahara, Lateinamerika und die Karibik, Russland, sowie die Länder der ehemaligen UdSSR, als auch die *high income*-Länder der OECD. Im Zuge dieser Entwicklung kam es zu einer spürbaren Kräfteverschiebung im internationalen Wettbewerb. Der Anteil der OECD-Länder am Welt-

¹³⁶ Vgl. Milanovic S. 48f.

¹³⁷ Müller/Schindler, In: Bayer/Mordt/Terpe/Winter, 2008, S. 82.

BIP (PPP) fiel von 1989 bis 2008 von 57,64 auf 46,59 Prozent, während sich Chinas Anteil von fünf auf knapp 17 Prozent erhöht hat.¹³⁸ Anhand dieser Zahlen könnte man konstatieren, dass es eine Angleichung bzw. Konvergenz auf internationaler Ebene gibt. Besonders aufgrund des wirtschaftlichen Erfolgs einiger Staaten in Asien nimmt die internationale Mittelklasse zu. Auf der anderen Seite muss man festhalten, dass die asiatischen *low income*-Länder nur eine minimale Steigerung und die afrikanischen Länder südlich der Sahara sogar eine spürbare Verschlechterung ihrer Wirtschaftskraft erfahren haben, welche die Kluft zwischen den armen und reichen Ländern auf der Welt vergrößert hat. Außerdem ist durch den prozentualen Rückgang Lateinamerikas und der Karibik, und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, der Anteil der Gruppe der internationalen Mittelklasse am Welt-BIP weiter geschrumpft. Es lässt sich daher schlussfolgern, dass man die vorhandenen Wirtschaftszahlen und weltweiten Kräfteverschiebungen je nach Perspektive sowohl als Beleg für eine sich angleichende internationale Einkommensverteilung als auch für eine sich vergrößernde Einkommensungleichheit interpretieren kann.

Zu welchem Ergebnis man in der internationalen Ungleichheitsanalyse kommt, ist letzten Endes leider immer eine Frage der Gewichtung bzw. der unterschiedlichen Auslegung. Denn wenn man die Einkommensungleichheit zwischen Staaten misst, kommt es sehr stark darauf an, ob man diese anhand ihrer Bevölkerungszahl unterschiedlich gewichtet oder nicht. Sowohl Milanovic als auch Bornschier zeigen die Bedeutung dieser Gewichtung auf.¹³⁹ Milanovic zieht hierfür die Ergebnisse für 140 untersuchte Staaten im Zeitraum von 1950 bis 2000 heran, während Bornschier die Durchschnittseinkommen von 103 Staaten im Zeitraum von 1980 bis 1997 vergleicht. Bei diesen Analysen ist wieder einmal auffallend, welche gewichtige Rolle China in der Ungleichheitsdebatte einnimmt. Wenn man kaufkraftbereinigt jedem Land die gleiche Gewichtung gibt, erkennt man, dass die Ungleichheit der Durchschnittseinkommen rapide zugenommen hat. Wenn man jedoch die einzelnen Gesellschaften je nach Stärke der Bevölkerungen unterschiedlich gewichtet, ist eine Konvergenz festzustellen. Dies liegt in erster Linie an China, das gut ein Fünftel der Weltbevölkerung ausmacht und schon seit Jahrzehnten einen rasanten und anhaltenden wirtschaftlichen Aufstieg erlebt. Würde man China bei dieser Untersuchung nicht mitzählen, würde man wieder eine leichte Divergenz feststellen. Da die Entwicklung Indiens derer in China nacheifert, verstärkt sich dieser Effekt noch einmal leicht, wenn man auch Indien unberücksichtigt ließe. Daraus lassen sich drei Schlussfolgerungen ziehen: Erstens, die

¹³⁸ Vgl. Müller/Schindler, In: Bayer/Mordt/Terpe/Winter, 2008, S. 83f.

¹³⁹ Vgl. Milanovic, 2007, S. 87 und Bornschier, In: Budowski/Nollert, 2010, S. 134f.

Ungleichheit der internationalen Einkommensverteilung nahm in den vergangenen Jahrzehnten leicht, aber konstant, ab. Zweitens, diese Abnahme ist quasi vollständig dem wirtschaftlichen Aufschwung Chinas und Indiens geschuldet. Und drittens, wenn wir die Aufteilung der Welt in Nationalstaaten als souveräne, untereinander gleichberechtigte politische Gebilde vornehmen, die als Souverän die Macht haben, Politiken durchzusetzen, die die Einkommensverteilung des jeweiligen Landes betrifft bzw. verändert, und somit die Nationalstaaten als handlungsfähige Akteure betrachten und sie als Analyseeinheit akzeptieren, dann lautet die Schlussfolgerung, dass die Ungleichheit der internationalen Einkommensverteilung im untersuchten Zeitraum relativ stark und, bei Nichtberücksichtigung Chinas und Indiens, sogar sehr stark zugenommen hat.

2.4.3. Globale Ungleichheit

Neben der nationalen und der zwischenstaatlichen gibt es auch noch eine dritte Analyseebene, auf der man Ungleichheit untersuchen kann: die globale Ebene. Hierzu stellt man sich die Welt für einen Moment als staatenlosen Planeten vor und schaut, wie sich das Einkommen auf alle Erdbewohner verteilt. Eine Reihe von bekannten Ungleichheitsforschern, u.a. Bourgignon, Morrison und Sala-i-Martin, haben diese globale Einkommensverteilung gemessen. Aufgrund unterschiedlich angewandter Messmethoden kamen dabei jedoch immer unterschiedliche Ergebnisse heraus. Diese weisen alle einen Gini-Koeffizienten auf, der im Zeitraum von 1970 bis 2000 zwischen 0,60 und 0,72 liegt, was ein extrem hoher Wert ist. Einige Autoren beobachteten in dieser Zeitperiode eine zunehmende Einkommensspreizung, während andere eine leichte Konvergenz feststellen.¹⁴⁰ Diese Zu- bzw. Abnahmen sind jedoch recht gering, so dass man insgesamt gesehen von einer sehr stabilen und gleich bleibenden globalen Ungleichheit ausgehen kann. Wie schon bei der Analyse der internationalen Ungleichheit spielt auch bei der Untersuchung der globalen Einkommensverteilung – hier muss doch ein Staat genannt werden – China aufgrund seiner enormen Bevölkerungszahl und seinem rapiden Wirtschaftswachstum eine herausragende Bedeutung. Denn obwohl sowohl innerhalb als auch zwischen den Staaten die Ungleichheit zugenommen hat und man somit berechtigterweise von einer zunehmenden weltweiten Einkommensspreizung sprechen kann, ist die Ungleichheit auf der globalen Ebene zwischen allen Erdbewohnern nicht größer geworden. Dies liegt an Chinas wirtschaftlichem Erfolg, der einen bedeutenden Wohlstandsgewinn für Millionen von Menschen ermöglichte. Dieses Ergebnis mag zwar erst

¹⁴⁰ Vgl. Milanovic, 2007, S. 127.

einmal paradox klingen, da wir uns mittlerweile ganz natürlich an die Nationalstaaten als Messgröße bzw. Bemessungsgrundlage gewöhnt haben, aber eine solch neue Betrachtungsweise wäre in einer global gedachten und nicht durch oftmals willkürlich gezogene nationale Grenzen eingeteilten Welt durchaus sinnvoll.

Auch wenn die globale Ungleichheit in den vergangenen Jahrzehnten nicht weiter zugenommen hat, ist unbestritten, dass die globalen ökonomischen Unterschiede gigantisch sind. So haben 90 Prozent der Weltbevölkerung im Jahr 1998 nur etwas weniger als ein Drittel des gesamten Welteinkommens bekommen, während den reichsten zehn Prozent über zwei Drittel zur Verfügung standen.¹⁴¹ Milanovic macht mithilfe einer weiteren Einteilung auch noch auf das fast völlige Fehlen einer internationalen Mittelklasse aufmerksam.¹⁴² Er bezeichnet die Länder, in denen die Bevölkerung ein durchschnittliches Jahreseinkommen zwischen 8.000 und 20.000 US-Dollar (PPP) erzielt als Mittelklasse und kommt zu dem Ergebnis, dass im Jahr 2000 nur ganze vier Prozent der globalen Bevölkerung in Ländern lebten, die in diese Kategorie fielen. 14 Prozent der Weltbevölkerung lebten hingegen in den reichen Ländern, in denen das durchschnittliche kaufkraftbereinigte Jahreseinkommen über 20.000 US-Dollar betrug, während der große „Rest“ der Weltbevölkerung (82 Prozent) in ärmeren Staaten mit einem durchschnittlichen Jahreseinkommen unter 8.000 US-Dollar (PPP) lebten. Dies zeigt zwar, dass der Großteil der Menschen in Ländern lebt, die ein geringes Durchschnittseinkommen aufweisen, allerdings beruht diese Vorgehensweise immer noch auf den Nationalstaaten als Messeinheit. Er misst daher in einem zweiten Schritt für den Zeitraum von 1960 bis 1998 die globale Einkommensverteilung unter Weglassen der nationalen Grenzen und versucht dabei festzustellen, ob in dieser Zeit eine weltweite Entleerung der Mittelklasse und eine damit einhergehende globale Einkommensspreizung stattgefunden hat. Er zieht hierfür recht willkürlich das Durchschnittseinkommen der brasilianischen Bevölkerung, das jenem an der Armutsgrenze der reichen Länder entspricht, als wichtige Referenzgröße heran. Dieses lag im Jahr 1998 bei knapp 4.000 US-Dollar (PPP) pro Jahr. Er stuft daher jede Person, die ein Jahreseinkommen unter 4.000 US-Dollar (PPP) hat, als arm ein, ganz egal in welchem Land diese Person wohnt. Als Obergrenze nimmt er, abermals recht willkürlich gewählt, das Durchschnittseinkommen der portugiesischen Bevölkerung, das im selben Jahr bei ca. 6.000 US-Dollar (PPP) lag. Als Mittelklasse bezeichnet er also all jene Personen, deren Jahreseinkommen zwischen 4.000 und 6.000 US-Dollar (PPP) liegt. Alle Personen darüber stuft er hingegen schon als wohlhabend ein. Nach dieser Kategorisierung

¹⁴¹ Vgl. Milanovic, 2007, S. 107.

¹⁴² Vgl. Milanovic, 2007, S. 128f.

waren im Jahr 1998 77,4 Prozent der Weltbevölkerung arm, 6,7 Prozent gehörten zur globalen Mittelklasse und 15,9 Prozent waren demnach wohlhabend. Interessant dabei ist, dass 96 Millionen Menschen zwar in armen Ländern leben, aber zu der wohlhabenden Gruppe gehören, das entspricht elf Prozent aller Reichen. Auf der anderen Seite leben 92 Millionen Menschen, also fast die gleiche Anzahl, in reichen Ländern, werden aber der armen Gruppe hinzugezählt, was zwei Prozent aller Armen entspricht.¹⁴³ Milanovic behauptet, dass die Mittelklasse in den letzten Jahrzehnten an Boden verloren hat und die Spaltung zwischen armen und reichen Personen auf globaler Ebene somit zugenommen hat.

Müller/Schindler hingegen teilen die Weltbevölkerung nicht in drei, sondern in vier Gruppen auf: die Armen mit einem Jahreseinkommen unter 5.000 US-Dollar (PPP), die zweite Gruppe mit einem Einkommen zwischen 5.000 und 7.999 US-Dollar (PPP), die dritte Gruppe zwischen 8.000 und 19.999 US-Dollar (PPP) und die Reichen mit einem Einkommen über 20.000 US-Dollar (PPP) im Jahr. Außerdem benutzen sie die Jahre 1989, 2000 und 2008 als Referenzgrößen. Dabei stellen sie fest, dass der Anteil der Personen an der Weltbevölkerung, die ein Jahreseinkommen unter 5.000 US-Dollar haben, von 71 Prozent im Jahr 1989 auf 46 Prozent im Jahr 2008 gefallen ist. Der Anteil der Menschen mit einem Einkommen zwischen 5.000 und 7.999 US-Dollar ist dagegen im gleichen Zeitraum von neun auf 30 Prozent gewachsen. Es hat also eine deutliche Verschiebung von der ärmsten Einkommensklasse in die zweite Gruppe gegeben. Der Anteil der dritten Gruppe ist um drei Prozentpunkte leicht gesunken, während die Gruppe der Reichen um sechs Prozentpunkte auf 15 Prozent 2008 zugenommen hat. In absehbarer Zukunft gehen die Autoren von einer noch stärkeren Verschiebung in die Mitte aus.¹⁴⁴ Diese Entwicklung ist jedoch wieder im Wesentlichen dem rapiden Wirtschaftsaufschwung Chinas und Indiens zu verdanken, der viele Millionen Menschen in eine höhere Einkommensklasse befördert hat.

2.5. Simon Kuznets U-Hypothese

Die so genannte Kuznets-Kurve oder U-Hypothese, die nach ihrem Erfinder, dem US-amerikanischen Wirtschaftsnobelpreisträger Simon Smith Kuznets benannt ist und 1958 aufgestellt wurde, besagt, dass die Ungleichheit während der Entwicklung eines Landes zuerst zunimmt und ab einem bestimmten Punkt später wieder abnimmt. Kuznets analysierte die historischen Industrialisierungsprozesse einiger Staaten und kam zu dem Ergebnis, dass eine

¹⁴³ Vgl. Milanovic, 2007, S. 130ff.

¹⁴⁴ Vgl. Müller/Schindler, In: Bayer/Mordt/Terpe/Winter, 2008, S. 78.

traditionelle bzw. agrarische, d.h. nichtindustrialisierte, Gesellschaft mit einer anfänglich relativ gleichen Einkommensstruktur durch den (eventuell) eintretenden und fortschreitenden Industrialisierungsprozess zwangsläufig eine ansteigende Einkommensungleichheit aufweise. Erst ein fortgeschrittener Industrialisierungsgrad ermögliche wieder einen Abbau der Einkommensungleichheit. Die Ungleichheit bzw. die Kuznets-Kurve verlaufe daher wie ein umgedrehtes U, zuerst ansteigend und dann wieder absteigend. Diese U-Hypothese baut dabei auf dem Dualismusmodell des britischen Wirtschaftsnobelpreisträgers Sir William Arthur Lewis auf. Lewis ging davon aus, dass es im traditionellen Agrarsektor ein Überangebot von billigen Arbeitskräften gebe, das im Zuge der fortschreitenden Entwicklung eines Landes schrittweise vom neu entstehenden industriellen urbanen Sektor aufgesogen werde. Diese billigen Arbeitskräfte ermöglichten den industriellen Aufstieg, d.h. die Modernisierung eines Landes. Wenn ab einem bestimmten Modernisierungsgrad das freie Arbeitskräftepotential des ländlichen Sektors abnehme, werde es auch zwangsläufig zu einem Anstieg der Löhne und somit wieder zu einer gleicheren Einkommensverteilung kommen.¹⁴⁵ Gerhard Lenski zufolge ist die Umkehrung der Ungleichheit in einem höheren Entwicklungsstadium jedoch nicht auf das automatische Ansteigen der Löhne, sondern vielmehr auf die mit Entwicklung einhergehende Demokratisierung zurückzuführen, die für mehr innergesellschaftliche Gleichheit Sorge.¹⁴⁶

Aufgrund von Kuznets Ergebnissen nahm man über viele Jahre weitläufig an, dass eine anfänglich wachsende Ungleichheit der Einkommensverteilung positiv zu bewerten sei, da dies zu einer Beschleunigung des Wirtschaftswachstums führe, welches auf lange Sicht ab einem bestimmten Modernisierungsgrad auch den Armen zugute käme. „Entwicklungspolitik war also (...) nicht nur *Wachstums*-, sondern auch *Verteilungspolitik* zugunsten der Bezieher hoher Einkommen.“¹⁴⁷ Kuznets Hypothese lieferte also den ideologischen Unterbau für die Durchsetzung von *trickle-down economics* und die wirtschaftspolitische Begünstigung moderner industrieller Zentren. Dies galt wiederum nicht nur auf der nationalen Ebene, wo man davon ausging, dass die Menschen in traditionellen ländlichen Gebieten durch Ausbreitungs- und Durchsickerungseffekte schlussendlich auch von der Modernisierung profitieren würden, sondern auch auf der internationalen Ebene, wo man vermutete, dass der

¹⁴⁵ Vgl. Lewis, William Arthur: *Economic Development with Unlimited Supplies of Labour*, In: The Manchester School of Economic and Social Studies (Hrsg.), 2, Manchester 1954, S. 139-191. Online abrufbar unter: <ftp://ftp.uic.edu/pub/depts/econ/wpaper/cchis/old%20docs533%20S07/Economic%20Development%20with%20Unlimited%20Supplies%20of%20Labour%20-%20Arthur%20Lewis.pdf> (Zugriff: 12.09.2013).

¹⁴⁶ Vgl. Bornschie, In: Budowski/Nollert, 2010, S. 139.

¹⁴⁷ Menzel, 1992, S. 139.

wirtschaftliche Erfolg eines einzelnen Landes mit zeitlicher Verzögerung die gesamte Region mit nach oben ziehe. Dieses „mit nach oben ziehen“ wird auch als „Fahrstuhl-Effekt“ bezeichnet. Die Hypothese von Kuznets diene sowohl den Eliten des internationalen Wirtschaftssystems als auch den Eliten vieler Entwicklungsländer als Rechtfertigung für die Durchsetzung einer neoliberalen, wirtschafts- bzw. unternehmensfreundlichen Politik. Nach Meinung vieler Kritiker kam diese Politik jedoch wiederum hauptsächlich den jeweiligen Eliten zugute.

Bis heute gibt es divergierende Meinungen über die Validität der Kuznetsschen U-Hypothese. Galbraith z.B. stimmt den Annahmen, die der U-Hypothese von Kuznets zugrunde liegen, im Großen und Ganzen zu.¹⁴⁸ *„Change in (pay) inequality is largely guided by intersectoral transitions in economic activity. (...) The key determinant of economic inequality is the structural composition of the economy itself-as among agriculture, industry, mining, services, finance, and government, for example.“*¹⁴⁹ In der Tat lassen sich einige Indizien finden, die die Kuznetssche Hypothese unterstützen. So weisen die wohlhabenden OECD-Staaten durchschnittlich eine niedrigere Einkommensungleichheit auf als die Schwellen- und Entwicklungsländer. Die einleuchtende These lautet daher, dass ein Land erst wirtschaftlich wachsen müsse, ehe man anschließend den erwirtschafteten Reichtum in Programme zur Armutslinderung ausgeben könne. Länder wie China, Indien oder Bangladesch gehen derzeit diesen Weg. Besonders in China treten die durch das Wirtschaftswachstum entstandenen großen Unterschiede und der zunehmende Stadt-Land-Dualismus deutlich zutage: „Das Durchschnittseinkommen in der Stadt beträgt dort das Dreifache des durchschnittlichen Bauerneinkommens. (...) Durch die Land-Stadt-Wanderung wird deshalb die Einkommensungleichheit noch für lange Zeit zunehmen, obwohl der städtische Sektor insgesamt ein enormes Wirtschaftswachstum aufweist.“¹⁵⁰ Der Theil-Index in China stieg dementsprechend zwischen 1985 und 2004 von 0,15 auf 0,36.¹⁵¹

Des Weiteren hält sich die Hypothese vom so genannten „Mehrsektorenmodell“: Durch den abermaligen Wandel von der industriellen zur postindustriellen Gesellschaft (Dienstleistungs-, Informations- oder Technologiegesellschaft) finde eine weitere Einkommensspreizung im Sinne der Kuznetsschen U-Hypothese statt. In einigen hochmodernen Staaten habe diese

¹⁴⁸ Vgl. Galbraith, 2012, S. 15.

¹⁴⁹ Galbraith, 2012, S. 48.

¹⁵⁰ Bornschie, In: Budowski/Nollert, 2010, S. 141.

¹⁵¹ Vgl. Müller/Schindler, In: Bayer/Mordt/Terpe/Winter, 2008, S. 86f.

Entwicklung bereits stattgefunden. Besonders in den USA ist der enorme Einkommensgewinn einiger weniger neuer Sektoren offensichtlich: „*extravagant gains by those in finance and in the leading sectors of the day: information technology in the 1990s, and the military and mortgage booms of the 2000s.*“¹⁵² Aufgrund dieses abermaligen Modernisierungssprungs habe die Zeit für eine Angleichung der Löhne der Arbeiter gefehlt, so dass sich die U-Form der Einkommensverteilung verlängert habe. Erst wenn die Mehrheit der Gesellschaft im Dienstleistungs- oder Technologiesektor arbeite, könne man mit einer abnehmenden Entwicklung der Einkommensungleichverteilung rechnen.

Auch wenn die U-Hypothese von Simon Kuznets auf den ersten Blick sehr plausibel erscheint, gibt es dennoch berechtigte Zweifel an ihrer Allgemeingültigkeit. Studien, die den Grad der Einkommensungleichheit mit dem Wirtschaftswachstum in Beziehung setzen, haben zu unterschiedlichen Ergebnissen geführt. So wurde in den 1970er Jahren eine leicht negative Beeinflussung des Wachstums bei hoher Ungleichheit festgestellt (besonders für größere Entwicklungsländer, für reiche Länder ergab sich eine positive Beeinflussung), während in den 1990er Jahren eine leicht positive Beeinflussung des Wachstums gemessen wurde.¹⁵³ Bornschiefer verweist jedoch auch noch auf eine Studie von Deininger und Squire, die die U-Hypothese nicht bestätigt.¹⁵⁴ Für 40 von 49 Fällen gebe es keinen Zusammenhang zwischen dem Entwicklungsstand eines Landes und der Ungleichheit. Allerdings muss man dabei hinzufügen, dass Kuznets die Ungleichheit nicht in Korrelation zum Wirtschaftswachstum, sondern nur zum Wechsel ländlicher Arbeitskraft in den Industriesektor gesetzt hat – auch wenn dies natürlich ein nachfolgendes Wirtschaftswachstum implizierte. Kuznets Modell berücksichtigt außerdem nicht die Tatsache, dass beim Übergang der Beschäftigten von einem Sektor in einen anderen eine Marginalisierung eines gewissen Teils der Bevölkerung, wie in den urbanen Zentren in einigen Entwicklungsländern sehr gut zu beobachten ist, stattfindet, infolgedessen es zwangsläufig zu einer weiteren Einkommensungleichverteilung kommt.¹⁵⁵

Es gibt zwar in der Tat eine Reihe von Ländern, die in den 1960er und 1970er Jahren ein relativ hohes Wirtschaftswachstum bei gleichzeitig hohen Gini-Werten aufwiesen. Dazu zählen die Elfenbeinküste, Kenia, Brasilien, Kolumbien oder Mexiko. Diese Beispiele werden manchmal als Bestätigung der U-Hypothese angeführt, auch wenn der kausale

¹⁵² Galbraith, 2012, S. 148f.

¹⁵³ Vgl. Bornschiefer, In: Budowski/Nollert, 2010, S. 140.

¹⁵⁴ Vgl. Bornschiefer, In: Budowski/Nollert, 2010, S. 136f.

¹⁵⁵ Vgl. Bornschiefer, In: Budowski/Nollert, 2010, S. 137f.

Zusammenhang definitiv nicht gegeben ist. Auf der anderen Seite gibt es Staaten wie Südkorea oder Taiwan, die ein noch höheres und nachhaltigeres Wirtschaftswachstum bei gleichzeitig niedriger Ungleichheit vorweisen konnten. Das Wachstum kam dort in der Breite der Bevölkerung an, was die U-Hypothese widerlegt. Taiwan z.B. hatte in den Jahren von 1965 bis 1973 ein Pro-Kopf-Wachstum von 8,9 Prozent, in den Jahren von 1973 bis 1980 betrug das Wachstum 5,2 Prozent und in den Jahren von 1980 bis 1987 belief sich das Wirtschaftswachstum auf 7,2 Prozent. Dabei lag der Gini-Koeffizient 1966 bei 0,38, 1971 bei 0,35, fiel bis 1981 noch weiter bis auf 0,33 und stieg bis 1987 wieder ganz leicht auf 0,35 an.¹⁵⁶ Dies belegt eindeutig, dass hohes Wirtschaftswachstum und eine homogene Einkommensverteilung miteinander kompatibel sind und sich nicht gegenseitig ausschließen müssen. Wenn man noch weiter gehen will, könnte man sogar argumentieren, dass der geringe Grad der Einkommensungleichheit das hohe und nachhaltige Wirtschaftswachstum überhaupt erst ermöglicht hat. Die traditionell verankerte Wirtschaftsform dürfte dabei auch eine gewichtige Rolle gespielt haben. So ist der Bodenbesitz in den asiatischen Reiskulturen traditionell relativ gleich verteilt, während in anderen Ländern der Großgrundbesitz dominiert. Solch ein gesellschaftlich relevanter Faktor beeinflusst zwangsläufig auch das Niveau der Ungleichheit in einem Land.

Doch nicht nur Südkorea und Taiwan sind Beispiele, die die U-Hypothese widerlegen. So weisen z.B. die OECD-Staaten Chile, Mexiko oder die Türkei eine sehr viel höhere Einkommensungleichheit auf als viele Entwicklungs- oder Schwellenländer. Außerdem hat die Einkommensungleichheit in der großen Mehrzahl der europäischen Staaten in den beiden vergangenen Jahrzehnten deutlich zugenommen. Dies ist ein Indikator dafür, dass ein höherer Modernisierungsgrad nicht automatisch zu mehr Gleichheit führt. Und auch beim Übergang von der Industrie- zur hochtechnologisierten Dienstleistungsgesellschaft gibt es große Unterschiede im Maß der Ungleichheit. Während die USA eine relativ hohe Einkommensungleichheit aufweisen, zeigen Beispiele wie Schweden, Norwegen und Dänemark, aber auch größere Volkswirtschaften wie Deutschland, dass der Übergang in ein neues Entwicklungsstadium mit überhaupt keiner oder nur mit einer leichten Zunahme der Einkommensspreizung möglich ist. Es spielen also viele Faktoren eine Rolle bei der Determinierung von sozialer Ungleichheit. Unter anderem kommt sicherlich auch der Stärke von Gewerkschaften bei der Festlegung der Löhne und der Sozialpolitik einer Regierung eine gewichtige Bedeutung zu. Zusammenfassend muss man also festhalten, dass sich sowohl

¹⁵⁶ Vgl. Menzel, 1992, S. 160ff.

Belege für als auch gegen die Kuznetssche U-Hypothese finden lassen. Der endgültige Wahrheitsgehalt der Hypothese ist daher nicht vollends geklärt und bleibt letzten Endes auch von wissenschaftlicher Seite eine Sache der Interpretation.

2.6. Ungleichheit, Wirtschaftswachstum und die Bedeutung der Mittelklasse

„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen, Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Gesell, kurz Unterdrücker und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedes Mal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen.“¹⁵⁷ Dieses berühmt gewordene Zitat von Karl Marx und Friedrich Engels aus dem Kommunistischen Manifest zeigt sehr deutlich, welch großen sozialen Sprengstoff eine zu große Ungleichheit birgt. Wenn Ungleichheit zur offenen Spaltung der Gesellschaft und zu deren Einteilung in deutlich voneinander abgegrenzte Klassen führt, ist der gesellschaftliche Zusammenhang oftmals in Gefahr. Über die Bedeutung der Mittelklasse für die Wahrung des sozialen Friedens innerhalb einer Gesellschaft und die damit verbundene gesamtgesellschaftliche Verteilungsfrage wird von den verschiedenen politischen und sozialen Strömungen sehr kontrovers diskutiert. Dabei scheint die Mittelklasse allgemein eine sehr beliebte Bevölkerungsschicht zu sein. Vor Bundestagswahlen positionieren sich besonders die großen Volksparteien gerne als „Anwalt der Mittelklasse“. Für eine sozialpsychologische Arbeit wäre eine Analyse der Wirkungen einer starken Mittelklasse auf den Gemütszustand der Menschen äußerst spannend, da die Zugehörigkeit zu dieser Mittelklasse nicht nur politische Partizipation, berufliche Gestaltungsmöglichkeiten, familiäre Erfüllung und Behaglichkeit bieten kann, sondern zudem hilft, negative Gefühle wie Neid abzumildern. Die Mittelklasse-Thematik ist daher aus psychologischer Sicht komplex und vielschichtig. Aus wirtschaftspolitikwissenschaftlicher Perspektive gilt die Mittelklasse vor allem in den westlichen Demokratien zumeist als wichtiger Faktor für die Stabilisierung bzw. die andauernde Stabilität des existierenden Systems. Wallerstein spricht explizit davon, dass die Mittelschicht die politische Stabilität, und zwar sowohl innerhalb eines Nationalstaates als auch auf einer globalen Ebene, aufrechterhalte. Des Weiteren wird behauptet, dass die englische Mittelklasse für die Vorherrschaft Englands im 18. und 19. Jahrhundert verantwortlich sei. So bringen es Abhijit

¹⁵⁷ Marx, Karl/Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei. Grundsätze des Kommunismus, Stuttgart 2002, S. 19f.

Banerjee und Esther Duflo zutreffend auf den Punkt, wenn sie schreiben, dass die Mittelklasse oftmals generell als „*backbone of both the market economy and of democracy in most advanced societies*“¹⁵⁸ angesehen wird. Die Mittelklasse nimmt also ganz offensichtlich einen sehr hohen Stellenwert bei Bevölkerung, Politikern und Wissenschaftlern gleichermaßen ein.

Ich werde im weiteren Verlauf zumeist den Begriff Mittelklasse dem Begriff der Mittelschicht vorziehen, weil er dem in der englischen Literatur verwendeten Begriff der *middle class* am nächsten kommt. Obwohl es im Deutschen immer noch einige Unterschiede zwischen dem Klassen- und dem Schichtbegriff gibt, werden jedoch gerade in der neueren Wissenschaft die Unterschiede immer geringer.¹⁵⁹ Ich erlaube mir deshalb im Sinne der Einfachheit auf diese feinen Begriffsunterschiede nicht näher einzugehen und beide Begriffe synonym zu verwenden. Dabei gibt es schon Probleme, die Mittelklasse überhaupt zu definieren. Wer ist die Mittelklasse? Die Mittelklasse eines europäischen Staates ist schließlich eine ganz andere als die Mittelklasse eines afrikanischen Landes. Und gibt es so etwas wie eine globale Mittelklasse? Allein bei der Bestimmung des Begriffes Mittelklasse konnte sich die Wissenschaft bisher nicht einigen. Als Beispiel für die unterschiedliche Herangehensweise möchte ich auf die Autoren Banerjee/Duflo, William Easterly und Nancy Birdsall eingehen, die anhand individuell verschiedener Schwerpunktsetzung versuchen, die Mittelklasse in Entwicklungsländern zu bestimmen.

Banerjee/Duflo ziehen als Messwert für die Bestimmung der Mittelklasse in Entwicklungs- und Schwellenländern die täglichen Pro-Kopf-Ausgaben der Mitglieder eines Haushalts heran, welche im Bereich zwischen zwei und zehn US-Dollar (PPP) liegen. Demnach fällt eine vierköpfige Familie, die insgesamt 41 US-Dollar pro Tag zur Verfügung hat, aus der Mittelklasse heraus und wird bereits zur reichen Oberschicht gezählt. Das Gegenteil trifft auf eine Person zu, der pro Tag weniger als zwei US-Dollar (PPP) zur Verfügung stehen und die somit als arm gilt.¹⁶⁰ Auf globaler Ebene lässt sich diese Einteilung logischerweise nicht durchführen, denn im Vergleich mit den Industriestaaten zählen die Menschen in dieser „zwei-bis-zehn-Dollar-Kategorie“ weiterhin zu den armen Menschen. So galt z.B. in den USA im Jahr 2008 ein Mensch als arm, wenn ihm weniger als 29 US-Dollar (PPP) am Tag zur Verfügung standen. Bei einem Vier-Personen-Haushalt lag dieser Wert bei 14 US-Dollar

¹⁵⁸ Banerjee/Duflo, 2008, S. 3.

¹⁵⁹ Vgl. Hradil, 2001, S. 42.

¹⁶⁰ Vgl. Banerjee/Duflo, 2008, S. 4f.

(PPP) pro Person und Tag.¹⁶¹ Easterly bezeichnet jene Personengruppe als Mittelklasse, die zwischen dem 20. und dem 80. Perzentil der Konsumverteilung liegt, also letztendlich alle, die weder zu den ärmsten 20 Prozent noch zu den reichsten 20 Prozent gehören.¹⁶² Birdsall/Graham/Pettinato definierten dagegen im Jahr 2000 die Mittelklasse als den Teil der Bevölkerung, der zwischen 75 und 125 Prozent des mittleren Pro-Kopf-Einkommens des jeweiligen Landes verdient.¹⁶³ Im Jahr 2010 allerdings definiert Nancy Birdsall die Mittelklasse schon auf eine ganz andere Art und Weise. Demnach gehören der Mittelklasse all diejenigen Personen an, die im Jahr 2005 mehr als zehn US-Dollar (PPP) pro Tag verdienen und gleichzeitig unter dem 95. Perzentil der nationalen Einkommensverteilung liegen. Sie zählt also nur die obersten fünf Prozent zum reichen Bevölkerungsteil.¹⁶⁴

Je nachdem welche Definition man für die Bemessung der Mittelklasse heranzieht, findet man eine unterschiedlich große Anzahl von Menschen, die zu ihr gehören. So gibt es z.B. von den dreizehn untersuchten Ländern der Studie von Banerjee/Duflo nur drei Länder (Panama, Mexiko und Südafrika), in denen eine Person mit einem Konsumvermögen von zehn US-Dollar (PPP) am Tag unterhalb der von Easterly festgelegten 80-Prozentmarke liegt. In allen anderen zehn untersuchten Staaten (Indien, Indonesien, Elfenbeinküste, Pakistan, Peru, Tansania, Ost-Timor, Guatemala, Nicaragua und Papua-Neuguinea) lag eine Person, die zehn US-Dollar (PPP) pro Tag zur Verfügung hatte, über der 80-Prozentmarke und gehörte somit nach Easterlys Definition nicht mehr zur Mittelklasse, sondern zu den reichen 20 Prozent eines Landes. Sowohl Easterlys Definition als auch die von Birdsall/Graham/Pettinato umfassen, wenn man Banerjee/Duflos Definition zum Vergleich anwendet, die Menschen als Mittelklasse, denen zwischen zwei und vier US-Dollar (PPP) täglich zur Verfügung stehen. Banerjee/Duflo wählen ganz bewusst eine umfassendere Definition von Mittelklasse mit der Argumentation, dass eine Person mit bis zu zehn Dollar (PPP) pro Tag nach westlichen Maßstäben bei weitem keine reiche Person ist und man sie deshalb auch nicht dieser Kategorie zuordnen kann.¹⁶⁵ Eine ganz andere Definition von Mittelklasse lässt sich bei Birdsall (2010) feststellen. Personen, die 9 US-Dollar (PPP) pro Tag verdienen und damit in einigen Ländern der Welt normalerweise zu dem recht wohlhabenden Bevölkerungsteil

¹⁶¹ Vgl. Birdsall, 2010, S. 6.

¹⁶² Vgl. <http://www.thebrokeronline.eu/Articles/Putting-inequality-on-the-map/Defining-the-middle-class> (Zugriff: 20.10.2013).

¹⁶³ Vgl. Birdsall, Nancy/Graham, Carol/Pettinato, Stefano: Stuck In The Tunnel: Is Globalization Muddling The Middle Class?, In: The Brookings Institution Center on Social and Economic Dynamics, Working Paper No. 14, Washington D.C. 2000.

¹⁶⁴ Vgl. Birdsall, 2010, S. 4.

¹⁶⁵ Vgl. Banerjee/Duflo, 2008, S. 7ff.

gezählt werden, schaffen nach ihrer Berechnung nicht einmal den Sprung in die Mittelklasse. Auch ihre Auffassung, dass die Hälfte der Personen, die zum oberen Zehntel der Einkommensverteilung eines Landes gehören, zur Mittelklasse gezählt und noch nicht als reich eingestuft werden, scheint abstrus. Wenn man ihrer Definition folgt, besteht die Mittelklasse in einigen armen Ländern aus einem verschwindend kleinen, und im Vergleich zum Rest der Bevölkerung, eigentlich schon reichen Bevölkerungsteil. Und in einigen wenigen Ländern gebe es überhaupt keine Mittelklasse, da jede Person mit einem täglichen Einkommen von zehn US-Dollar (PPP) nach ihrer Kategorisierung zu den reichsten fünf Prozent der Bevölkerung gehört.¹⁶⁶ Auf dem gesamten afrikanischen Kontinent könnte man demnach nur höchstens 20 Millionen Personen der Mittelklasse zurechnen.¹⁶⁷ Wenn Birdsall also von Mittelklasse in Entwicklungsländern spricht, meint sie in einigen Fällen eine Gruppe von Personen, die man bisher zum Teil als die reiche Elite eines Landes angesehen hat. Dennoch hat ihre Definition einen signifikanten Vorteil, den man anerkennen sollte: Durch die Festsetzung des Grenzwerts auf mindestens zehn US-Dollar (PPP) pro Tag macht sie die Bestimmung der Mittelklasse global sehr viel anwendbarer. Selbst eine Person, die zehn US-Dollar (PPP) pro Tag zur Verfügung hat, ist nach westlichen Standards keinesfalls ein Mitglied der Mittelklasse. Wie kann man daher jemanden mit einem Einkommen von beispielsweise drei US-Dollar (PPP) pro Tag der Mittelklasse zuordnen? Innerhalb eines armen Landes mag dies zwar noch halbwegs möglich sein, doch auf globaler Ebene lässt sich diese Zuordnungsweise keinesfalls beibehalten. Und auch auf nationaler Ebene ist die Definition von Banerjee/Duflo kritisch zu bewerten, denn jemand, der nur ganz knapp über der nationalen Armutsgrenze von zwei US-Dollar (PPP) pro Tag liegt, hat zweifelsohne weder ausreichende finanzielle Sicherheit und Stabilität noch hinreichenden Zugang zu Bildung oder einer adäquaten Gesundheitsvorsorge – Attribute, die für eine Mittelklasse kennzeichnend sein sollten. Auf globaler Ebene macht es daher durchaus Sinn, den unteren Grenzwert auf zehn US-Dollar (PPP) pro Tag festzulegen, der obere Grenzwert scheint bei Birdsall dennoch viel zu hoch angesetzt zu sein.

Ebenso wie die Ungleichheitsforschung es vollbracht hat, die Ungleichheit auf globaler Ebene zu messen, scheint es an der Zeit, auch die Forschung über die Mittelklasse auf eine globale Ebene zu heben. Doch ebenso wie bei der Bestimmung der Vermögensverteilung gibt es beim Thema Mittelklasse kein fundiertes globales Datenmaterial. Stattdessen muss man wieder auf einzelne Beispiele zurückgreifen und daraus versuchen, Schlussfolgerungen auf globaler

¹⁶⁶ Vgl. Birdsall, 2010, S. 10f.

¹⁶⁷ Vgl. Birdsall, 2010, S. 14.

Ebene zu ziehen. Dies gelingt mit Studien über Haushalte, die nicht nur angeben, wie viel Einkommen oder Vermögen einem Haushalt zur Verfügung stehen, sondern auch wofür dieses Geld investiert wird. Man könnte für eine solche Studie nach dem gleichen Muster wie Davies/Sandstrom/Shorrocks/Wolff vorgehen, die für die Berechnung der globalen Vermögensverteilung auf die vorhandenen Daten von 38 Staaten zurückgegriffen haben, die wiederum 56 Prozent der Weltbevölkerung und über 80 Prozent des weltweiten Vermögens abdeckten. Durch weitere Berechnungen war es möglich, für 150 Länder die Vermögenswerte herauszufinden. Für die restlichen 79, vornehmlich kleine, Staaten wendeten die Wissenschaftler eine besondere Methode an: Sie haben für jedes Land ein Pro-Kopf-Vermögen und -Einkommen bestimmt, welche den Ergebnissen der umliegenden Staaten in der Region entsprachen.¹⁶⁸ Auch wenn diese Methode nicht zu hundert Prozent exakt ist, bietet sie doch die bestmögliche Berechnung der weltweiten Vermögensverteilung und in jedem Fall die bessere Alternative als ein kompletter Ausfall der Studie. Mit der gleichen Methode könnte man also auch den Pro-Kopf-Konsum weltweit, und mithilfe Easterlys oder Birdsall/Graham/Pettinatos Definition schließlich eine globale Mittelklasse so exakt wie möglich berechnen.

Doch wer gehört basierend auf den zur Verfügung stehenden Daten derzeit zur globalen Mittelklasse und welche Entwicklung wird in der Zukunft erwartet? Mario Pezzini, der Direktor des *OECD Development Centre*, geht im Moment von ca. 1,8 Milliarden Menschen aus, die der globalen Mittelklasse angehören.¹⁶⁹ Davon leben 664 Millionen in Europa, 525 Millionen in Asien und 338 Millionen in Nordamerika. Außerdem geht er davon aus, dass sich diese globale Mittelklasse auf 3,2 Milliarden im Jahr 2020 und in einem weiteren Schritt sogar auf 4,9 Milliarden im Jahr 2030 vergrößern wird. Der Großteil wird dabei aus Asien kommen, dessen Bevölkerung im Jahr 2030 zwei Drittel der gesamten globalen Mittelklasse-Bevölkerung stellen wird, verglichen mit 28 Prozent im Jahr 2009 ein enormer Anstieg. Den mit Abstand größten Anteil an dieser Entwicklung haben China und Indien. Hinzu kommen noch einige andere Länder wie Thailand, Malaysia und Indonesien, aber auch Brasilien und Südafrika. Martin Ravallion, australischer Ökonom und ehemaliger Leiter der Forschungsabteilung der Weltbank, hat gezeigt, dass in den Entwicklungsländern im Zeitraum von 1990 bis 2002 etwa eine Milliarde Menschen über die Grenze von zwei US-Dollar (PPP)

¹⁶⁸ Vgl. Davies/Sandstrom/Shorrocks/Wolff, 2007, S. 3.

¹⁶⁹ Vgl. Pezzini, Mario: An emerging middle class, In: OECD Development Centre (Hrsg.), Paris 2012. Online abrufbar unter: <http://www.oecdobserver.org/news/fullstory.php/aid/3681/> (Zugriff: 16.09.2013).

pro Tag gesprungen sind, die Hälfte davon in China.¹⁷⁰ Nach der Definition von Banerjee/Duflo gehören diese nun zur Mittelklasse, wobei man mit dieser Beschreibung sehr vorsichtig umgehen muss, da die große Mehrzahl dieser Milliarde Menschen nur ganz knapp über der zwei-Dollar-Marke liegt und sich daher immer noch sehr nahe an der internationalen Armutsgrenze befindet. Wenn man hingegen die Definition von Birdsall anwendet, gehören von den knapp sechs Milliarden Menschen, die in den Entwicklungsländern leben, nur ungefähr 200 Millionen zur Mittelklasse.¹⁷¹ Trotz dieser sehr geringen Zahl geht sie davon aus, dass die Mittelklasse im Zeitraum von 1990 bis 2005 gewachsen ist, am stärksten in den urbanen Regionen Chinas. In den städtischen Gebieten Argentiniens, in Venezuela und in Marokko ist die Mittelklasse jedoch geschrumpft. Dasselbe gilt für die OECD-Staaten Schweden und die USA.¹⁷² Egal wie man die Mittelklasse letzten Endes definiert, kann man jedoch für die vergangenen beiden Jahrzehnte insgesamt eine Zunahme der globalen Mittelklasse konstatieren.

Wie sieht die Entwicklung der Mittelklasse innerhalb eines reichen OECD-Staates aus? Exemplarisch soll hier die Bundesrepublik Deutschland als Beispiel herangezogen werden: Das in Köln angesiedelte Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik hat im Jahr 2011 im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales auf der Grundlage des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), welches wiederum im Auftrag des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) alle zwei Jahre durchgeführt und erstellt wird, eine detaillierte Untersuchung über die Entwicklung der Mittelschicht in Deutschland angefertigt.¹⁷³ Dabei steht vor allem die Entwicklung ab 1993, also nach der Wiedervereinigung, im Fokus der Betrachtung, da erst ab diesem Zeitpunkt konsistentes Datenmaterial für Gesamtdeutschland vorhanden ist. Ebenso wie auf globaler Ebene und für die Entwicklungsländer gibt es auch bei diesem Beispiel eines hoch entwickelten Landes Unklarheiten über die genaue Definition von Mittelschicht. Während das SOEP die Bevölkerung mit einem Einkommen zwischen 70 und 150 Prozent des Medianeinkommens als Mittelschicht bezeichnet, schlagen die Autoren des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik vor, die Grenzen bei 60 und 200 Prozent des Medianeinkommens zu

¹⁷⁰ Vgl. Ravallion, Martin: The Developing World's Bulging (but Vulnerable) Middle Class, In: World Development (Hrsg.), Vol. 38, No. 4, 2009, S. 447ff.

¹⁷¹ Vgl. Birdsall, 2010, S. 15.

¹⁷² Vgl. Birdsall, 2010, S. 11.

¹⁷³ Vgl. Otto-Blume-Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik e.V.: Forschungsprojekt Überprüfung der These einer „schrumpfenden Mittelschicht“ in Deutschland, In: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Lebenslagen in Deutschland. Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung, Köln/Bonn 2011.

ziehen. Die Ergebnisse der Untersuchung sind äußerst komplex, und die Schlussfolgerungen fallen je nach Berücksichtigung weiterer Faktoren und der Betrachtungsweise unterschiedlich aus. Wenn man sich allein auf die Analyse der Einkommensentwicklung stützt, muss man feststellen, dass die Größe der Mittelschicht in den 1990er Jahren zu-, ab 2003 jedoch wieder merklich abgenommen hat. Insgesamt lässt sich sagen, dass die Mittelschicht noch relativ stabil ist, „während die eigentliche Zunahme in den Extremen von Armut und Reichtum zu beobachten ist.“¹⁷⁴ Sowohl der Anteil unter der 50-Prozent Marke als auch der Anteil über der 200-Prozent Marke sind gewachsen, während die Anteile der unteren Mitte (70 bis 110 Prozent) übergreifend gesunken sind. Auffallend ist, dass diese Veränderungen erst ab der Jahrtausendwende deutlich zutage treten, während in den vorherigen 15 Jahren die Verteilung der Anteile sehr stabil geblieben ist. In einer weiteren Studie wird bestätigt, dass der Anteil der Bevölkerung, die zur Mittelschicht gezählt wird (70 bis 150 Prozent des Medianeinkommens), von 67 Prozent im Jahr 2000 auf 62 Prozent im Jahr 2009 gefallen ist. Gleichzeitig ist der Anteil der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen von 18 auf 22 Prozent gestiegen.¹⁷⁵ Kritik an diesen Studien hob besonders die eindimensionale Fokussierung auf das Einkommen hervor. Der Begriff Mittelschicht sei mehrdimensional und so müsse man neben dem Einkommen auch den Bildungsgrad, die Vermögenslage und die berufliche Position berücksichtigen. Denn das subjektive Empfinden, der Mittelschicht anzugehören, spiele ebenfalls eine Rolle. Außerdem müsse man auf die Entwicklung ab 1993 schauen, um langfristige Trends feststellen zu können. Dann könne man nämlich erkennen, dass sich der Anteil der Mittelschicht an der Bevölkerung zwischen 60 und 67 Prozent hin und her bewege.¹⁷⁶ Die Einkommensschere geht in der Tat erst ab der Jahrtausendwende deutlich auseinander. Das Armutsrisiko hat in einer Dekade, von 1999 bis 2009, um 38 Prozent zugenommen, während auch der Anteil der Personen mit einem Nettoäquivalenzeinkommen über 200 Prozent des Medianeinkommens merkbar gewachsen ist. Allerdings relativiert sich die Schwere des Auseinanderdriftens wiederum, wenn man schon die Entwicklung ab 1993 berücksichtigt: „Betrachtet man den gesamten Zeitraum von 1993 bis 2009, so hat die Mittelschicht (je nach Definition) um 2 bis 3 Prozentpunkte abgenommen und ist – bei einer weiteren Abgrenzung von 60% bis 200% – seit 2003 etwa konstant geblieben.“¹⁷⁷

¹⁷⁴ Otto-Blume-Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik e.V., 2011, S. 3.

¹⁷⁵ Vgl. Otto-Blume-Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik e.V., 2011, S. 4f.

¹⁷⁶ Vgl. Otto-Blume-Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik e.V., 2011, S. 6f.

¹⁷⁷ Otto-Blume-Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik e.V., 2011, S. 16.

Es wird allgemein angenommen, dass eine große und stabile Mittelklasse gut für die politische Stabilität eines Landes ist.¹⁷⁸ So wird der Mittelklasse zuerkannt, für die Einsetzung und Bewahrung einer rechenschaftsablegenden Regierung, für die Bewahrung der Rechtsstaatlichkeit und mittels Steuerabgaben für die Bereitstellung öffentlicher Güter wie z.B. Bildung verantwortlich zu sein. Politisch unterstütze die Mittelklasse besonders progressiv-moderate demokratische Parteien und Sorge somit für politische Stabilität und inneren Ausgleich. Ein Indikator für das Maß an Zufriedenheit und die damit einhergehende Unterstützung der Regierung durch die Bevölkerung ist das Vorkommen von Streiks. Streiks können Ausdruck einer Konfliktsituation sein. Daher ist es interessant zu sehen, ob es in Ländern mit einer größeren Mittelklasse seltener zu Streiks kommt als in anderen. Streikstatistiken befördern jedoch sehr vielschichtige Daten zutage und unterstützen keinen eindeutigen Trend: „Im Zeitraum 2000 bis 2007 wurden in Frankreich mehr als 2.000 Konflikte gezählt, in Dänemark über 800 und in Spanien über 700. In Österreich, der Schweiz, Norwegen und Ungarn waren es hingegen nur maximal zehn Arbeitskämpfe.“¹⁷⁹ Hierdurch wird offensichtlich, dass die Größe der Mittelklasse nicht dafür herangezogen werden kann, die großen Unterschiede der Streikhäufigkeit in strukturell ähnlichen Ländern wie z.B. Dänemark und Norwegen zu erklären. Es ist jedoch auffallend, dass es gerade in jüngster Zeit in wirtschaftlich aufstrebenden Ländern mit einer erstarkenden Mittelklasse vermehrt zu medienwirksamen Protesten gekommen ist. Nicht nur der so genannte „Arabische Frühling“, der seit Dezember 2010 die islamische Staatenwelt gehörig durcheinander wirbelt, sondern auch die zum Teil gewaltsamen Demonstrationen in Brasilien, Chile und der Türkei sind ein Indiz für eine größer und selbstbewusster werdende Mittelklasse, die aufgrund enorm gestiegener Erwartungen und Ansprüche, deutliche Verbesserungen ihrer konkreten Lebensumstände und die Bereitstellung öffentlicher Leistungen von ihren Regierungen fordert. Besonders in Schwellenländern ist die Mittelklasse immer noch verwundbar, sowohl wirtschaftlich als auch in den Bereichen Gesundheit und Bildung, weshalb die Forderungen nach verbesserten staatlichen Leistungen zunehmen und mit Nachdruck geäußert werden. Die massiven Studentenproteste in Chile 2011 zeigten, dass der alleinige Zugang zu Bildung nicht mehr ausreichend war. Vielmehr forderte man nun günstigere und bessere Bildung. Und die Proteste in Brasilien im vergangenen Jahr richteten sich vor allem gegen die hohen Preise im öffentlichen Nahverkehr. Die Regierungen waren daraufhin gezwungen, auf die gestiegene Erwartungshaltung der Mittelklasse und ihre

¹⁷⁸ Vgl. Birdsall, 2010, S. 8 und Pezzini, 2012.

¹⁷⁹ Lesch, Hagen: Erfassung und Entwicklung von Streiks in OECD-Ländern, In: Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.), Köln 2009, S. 7.

Forderungen einzugehen: „*As the demand for public services is soaring, the capacity of the government to respond to these demands is expanding too, but at a slower rate.*“¹⁸⁰ Dieses neue Selbstbewusstsein bietet zwangsläufig Konfliktpotential zwischen Bevölkerung und Regierung, was die Vermutung aufstellen lässt, dass die Mittelklasse in aufstrebenden Ländern eher zu politischen Turbulenzen als zu politischer Stabilität führt. Für demokratisch gefestigte reiche Länder und starre autokratische Regime lassen sich jedoch keine Belege für diese These finden. In reichen Ländern erwächst das Konfliktpotential zwischen Mittelklasse und Regierung eher aus dem für die Mittelklasse entweder realen, oder nur gefühlten bzw. gefürchteten, Absinken des Lebensstandards. Die Hintergründe für Protest, der aus der Mittelklasse kommt, können also vielfältig sein. Eindeutig ist jedoch, dass Bewegungen innerhalb der gesellschaftlichen Sozialstruktur, gleichgültig ob dies Auf- oder Abwärtsbewegungen einer bestimmten Gesellschaftsschicht sind, leicht zu Protesten bzw. Demonstrationen führen, wenn auch mit ganz unterschiedlicher Ausprägung. Diese Proteste können negativ verlaufen, wenn sie von Gewalt begleitet werden. Im Großen und Ganzen kann man Proteste jedoch auch als sehr positiv bewerten, da sie Ausdruck der demokratischen Willensbildung und der freien Meinungsäußerung sind, und gleichzeitig den Handlungsbedarf für die Politik offen legen, der von dieser zumeist mit einiger Verzögerung wahrgenommen wird und sich dann erst nach solchen Protestaktionen in Reformen niederschlägt.

Nun stellt sich die Frage, ob sich eine große Mittelklasse positiv auf das Wirtschaftswachstum auswirkt und ob man deshalb bei der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern den Schwerpunkt auf die Stärkung der Mittelschicht an Stelle einer direkten Armutsbekämpfung legen sollte, denn im Sinne von *trickle-down-economics* käme die Stärkung der Mittelklasse auch den ganz Armen zugute. Die Mittelklasse wird oft als Motor des inländischen Konsums, folglich als äußerst wichtige wirtschaftliche Gruppe innerhalb einer Gesellschaft angesehen. Sie tätigt nicht nur Investitionen in eine bessere Gesundheitsversorgung und eine gute Ausbildung, sondern gibt auch mehr Geld für gastronomische Genüsse, eigene Immobilien und teure Elektronikgeräte aus.¹⁸¹ Außerdem wirkt die Mittelklasse aufgrund ihrer Möglichkeiten, aktiv in den politischen Entscheidungsprozess einzugreifen, dafür, dass eine breit ausgerichtete Wirtschaftspolitik betrieben wird, die der großen Mehrheit der Bevölkerung zugute kommt. William Easterly, amerikanischer Wirtschaftsprofessor an der *New York University*, spricht von einem *middle class consensus* als bestimmendem Faktor,

¹⁸⁰ Pezzini, 2012.

¹⁸¹ Vgl. Banerjee/Duflo, 2008, S. 10.

der die Entwicklungsunterschiede zwischen den Ländern erkläre.¹⁸² Easterly definiert einen solchen *middle class consensus* als bezeichnend für die Situation einer Nation, in der es weder große Klassenunterschiede noch ethnische Unterschiede gibt. Gleichheit und Homogenität sind also die beiden Voraussetzungen für ein durchschnittlich höheres Wirtschaftswachstum, denn: *“among the most common polarizing forces are differences between classes and differences between ethnic groups. (...) societies that are not polarized are able to reach a consensus on public goods and overall economic development.”*¹⁸³ Easterly gibt einen kurzen Überblick über die Forschung zur Bedeutung der Mittelklasse für die ökonomische Entwicklung eines Landes: *“A large theoretical literature (...) links a small middle class – or other measures of inequality -- to low growth and low human capital accumulation.”*¹⁸⁴ Und weiter: *“A number of empirical cross-country studies find high inequality linked to poor growth outcomes.”*¹⁸⁵ Dieses schwache Wirtschaftswachstum kann verschiedene Ursachen haben. Zum einen wird davon ausgegangen, dass bei einem hohen Ungleichheitsgrad der arme Teil der Bevölkerung vom Wirtschaftskreislauf praktisch ausgeschlossen bleibt, da der Zugang zu Krediten hochgradig eingeschränkt ist. Andere Wissenschaftler legen den Fokus auf die politische Instabilität, die oftmals eine Folge von hoher Ungleichheit sei und in deren Verlauf das Wirtschaftswachstum leide. Easterly listet des Weiteren einige Studien auf, die den Zusammenhang zwischen ethnischer Heterogenität und schlechter öffentlicher Verwaltung bzw. schwacher öffentlicher Investitionen in Bildung aufzeigen.¹⁸⁶ Insgesamt kommt er zu dem Schluss, dass es einen positiven Zusammenhang zwischen einem geringen Maß an Ungleichheit, großer ethnischer Homogenität und dem hohen Entwicklungsgrad eines Landes gibt: *„relatively homogenous middle-class societies have more income and growth, they have more human capital and infrastructure accumulation, they have better national economic policies, more democracy, less political instability, more “modern” sectoral structure, and more urbanization.”*¹⁸⁷ Dies darf jedoch keinesfalls als Aufruf zu ethnischen Säuberungen verstanden werden. Vielmehr muss man den Dialog zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen gezielt stärker fördern und gleichzeitig den Aufbau einer effektiven öffentlichen Verwaltung vorantreiben. Denn Easterly hat gezeigt, dass sich die negativen Effekte ethnisch motivierter Konflikte durch gut funktionierende Institutionen beseitigen

¹⁸² Vgl. Easterly, 2001, S. 2ff.

¹⁸³ Easterly, 2001, S. 3.

¹⁸⁴ Easterly, 2001, S. 3.

¹⁸⁵ Easterly, 2001, S. 4.

¹⁸⁶ Vgl. Easterly, 2001, S. 4. (Vgl. *„an ethnically distinct group in power is reluctant to invest in public services for the other ethnic groups for fear that the other ethnic groups will be enabled to displace the first group from power.”* (...) *“lower public support for higher education in states with more religious - ethnic heterogeneity.”* (...) *“ethnic diversity predicts poor quality of government services.”*).

¹⁸⁷ Easterly, 2001, S. 22.

lassen.¹⁸⁸ Der Aufbau und die Unterstützung von *good governance* scheinen daher in der Entwicklungszusammenarbeit von besonderer Bedeutung zu sein.

Nancy Birdsall, eine angesehene Wissenschaftlerin aus den Kreisen des Washingtoner Establishments und Vorsitzende des *Center for Global Development*, argumentiert, dass die Mittelklasse in Entwicklungsländern für den Aufbau von *good governance* verantwortlich sei und man sich deshalb ganz im Sinne von *trickle-down-economics* auf die Unterstützung der Mittelklasse konzentrieren solle.¹⁸⁹ Sie behauptet, dass seit Beginn der 1990er Jahre, ihrer Meinung nach auf fragwürdigen Annahmen basierend, verstärkt auf *pro-poor growth* gesetzt wurde, also die Bekämpfung der extremen Armut im Zentrum der Entwicklungspolitik stand. Z.B. wurde mehr in den Ausbau des Grundschulwesens als in die Hochschulbildung investiert. Birdsall argumentiert jedoch, dass man langfristiges bzw. nachhaltiges Wirtschaftswachstum nur erreichen könne, wenn man sich verstärkt auf die Unterstützung der Mittelklasse in Entwicklungsländern konzentriere. Denn eine starke Mittelklasse würde Korruption und ethnische Konflikte eindämmen, stabile politische und ökonomische Institutionen fördern, die wiederum für Recht und Ordnung sorgen, und sei außerdem resistenter gegenüber exogenen Schocks (z.B. Naturkatastrophen, Weltwirtschaftskrise). Wirtschaftswachstum, das sich auf die große Mehrheit einer Gesellschaft stützt, sei nachhaltiger, und sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus politischen Gründen zu unterstützen. Die Armen würden davon genauso profitieren, da eine starke Mittelklasse das Bildungswesen und das Gesundheits- und Sozialversicherungssystem für alle durch ihre Steuerabgaben finanziere. Birdsall sagt jedoch nicht, mit welchen Methoden Staaten eine Vergrößerung ihrer Mittelklasse herbeiführen können. Anstatt die Armen aktiv zu unterstützen und sie somit in die nächst höhere Einkommensstufe, also die Mittelklasse, zu heben, setzt sie auf eine bevorzugte Behandlung der Mittelklasse, welche sich über Umwege auch für die Armen positiv auswirke. Sie setzt also zu hundert Prozent auf den *trickle-down*-Effekt, das Durchsickern des Wohlstands von oben nach unten.

Auch wenn Abhijit Banerjee und Esther Duflo, Wirtschaftswissenschaftler am *Massachusetts Institute of Technology*, am unternehmerischen Geist der Mittelklasse zweifeln und aufgrund der Ergebnisse ihrer Feldstudien in Indien davon ausgehen, dass eine Person, die der Mittelklasse angehört, lieber eine reguläre gut bezahlte Arbeit ausübt als unternehmerisch

¹⁸⁸ Vgl. Easterly, 2001, S. 22.

¹⁸⁹ Vgl. Birdsall, 2010, S. 1-36.

tätig zu werden¹⁹⁰, scheint man sich weitläufig darin einig zu sein, dass eine robuste Mittelklasse sowohl der politischen Stabilität bzw. dem sozialen Frieden als auch dem wirtschaftlichen Wachstum zuträglich ist. Aus wirtschaftlicher Sicht wurden drei allgemeine Attribute der Mittelschicht zugeordnet, die das Wirtschaftswachstum ankurbeln: 1) aus ihr treten neue Unternehmer hervor, die somit Arbeitsplätze schaffen. 2) die von ihr vertretenen Werte spielen eine zentrale Rolle für die unternehmerische Klasse. 3) sie spielt eine wichtige Rolle als Konsument, da sie hochwertige Konsumgüter kauft, wodurch wiederum Investitionen in Produktion und Marketing angekurbelt werden, was letztendlich zu steigenden Einkommen für alle führt.¹⁹¹ Aus makroökonomischer Perspektive heraus ist es daher wichtig, Personen aus der Armut in die Mittelklasse zu hieven, weil dadurch die Sparquote erhöht wird und mehr Geld für höherwertigen Konsum und Investitionen, anstatt nur zum Abdecken der überlebenswichtigen Grundbedürfnisse, übrig bleibt. In den ländlichen Gebieten Guatemalas geben z.B. die Menschen, die in extremer Armut leben und mit weniger als einem US-Dollar pro Tag auskommen müssen, 65 Prozent ihres Budgets für Nahrungsmittel aus. Der weitaus größte Teil des vorhandenen Einkommens wird also für das reine Überleben ausgegeben. Bei der Bevölkerungsgruppe, die zwischen sechs und zehn US-Dollar pro Tag zur Verfügung hat, sinkt dieser Wert auf 13,5 Prozent.¹⁹² Banerjee/Duflo zeigen außerdem, dass der Anteil, den die obere Mittelklasse für Gesundheit, Bildung, Entertainment und die Wohnsituation ausgibt, prozentual zunimmt. Die Menschen der Mittelschicht haben also im Vergleich mit den Armen die Möglichkeit, anteilig deutlich weniger Geld für Nahrungsmittel und umso mehr für anderweitige Konsumgüter oder Investitionen auszugeben, was für das allgemeine Wirtschaftswachstum eines Landes wiederum von Vorteil ist.

Da als Gefährdung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt oftmals auch das Auseinanderdriften der Gehälter von Managern und Belegschaft angeführt wird, gehört die Debatte um die Begrenzung der Managergehälter ebenfalls zur Mittelschicht-Thematik. Während diese von Manchen nur als Neid-Debatte abgetan wird, geht es Anderen um die Frage nach sozialer Gerechtigkeit. Die Debatte um die angemessene Bezahlung von Top-Managern wird dabei erst seit relativ kurzem immer aggressiver geführt. Grund hierfür könnte sowohl der rasante Anstieg der Top-Gehälter als auch die gestiegene Transparenz der Vorstandsvergütungen in den letzten Jahren sein. In den USA verdient ein Vorstandschef im

¹⁹⁰ Vgl. Banerjee/Duflo, 2008, S. 3-28.

¹⁹¹ Vgl. Banerjee/Duflo, 2008, S. 3f.

¹⁹² Vgl. Banerjee/Duflo, 2008, S. 7.

Durchschnitt 277 Mal mehr als sein Mitarbeiter. Im Jahr 1965 lag diese Zahl noch bei 20. Daraufhin hat die amerikanische Börsenaufsicht SEC nun beschlossen, dass alle US-Unternehmen, die an der Börse notiert sind, in Zukunft die Gehälter der Chefs im Vergleich zu seinen Mitarbeitern offen legen müssen. Insgesamt bleiben die Vereinigten Staaten aber bei weitem das managerfreundlichste Land der Welt. Die durchschnittliche Gesamtvergütung der 200 Top-Vorstandsvorsitzenden belief sich im Jahr 2012 auf 15,1 Millionen US-Dollar, was umgerechnet 11,2 Millionen Euro entspricht. Im Vergleich dazu wird die europäische Top-Einkommensriege geradezu schlecht bezahlt. So beläuft sich die durchschnittliche Vergütung der deutschen Top-Manager auf „nur“ 4,3 Millionen Euro. Das Vorstandsgehalt ist in Deutschland damit jedoch immer noch durchschnittlich 49 mal höher als das der eigenen Mitarbeiter, 1987 war es nur das 14-Fache.¹⁹³ In Österreich ist die Entwicklung eine ähnliche. Hier hat ein ATX-Manager „im Jahr 2008 im Durchschnitt mehr als 1,3 Mio € und damit das 48-fache (2000: 20-fache) eines Arbeitnehmers in diesen Unternehmen verdient.“¹⁹⁴ Im Jahr 2000 lag die durchschnittliche Vorstandsvergütung noch bei 520.000 Euro, so dass es in den folgenden acht Jahren also zu einer Steigerung von 151 Prozent kam.¹⁹⁵ In den USA fiel die Zunahme der Vorstandsvergütung in den letzten Jahren noch viel extremer aus. So wurden die Gehälter der Topmanager zwischen 1990 und 1998 um 480 Prozent erhöht, von 1997 bis 2003 folgte eine erneute Steigerung um 278 Prozent. In Deutschland verhielt sich die Steigerungstendenz für eine gewisse Zeit noch etwas moderater. Hier wurden die Vorstandsgehälter der 30 DAX-Gesellschaften zwischen 1997 und 2002 „nur“ um 65 Prozent erhöht.¹⁹⁶ In den vergangenen Jahren hat diese Steigerung jedoch noch einmal an Fahrt hinzugewonnen. Allein im Jahr 2011 stiegen die Bezüge der DAX-Vorstände um 22 Prozent, während die Vergütung der MDAX-Vorstände um 18 Prozent zunahm.¹⁹⁷ Gleichzeitig erhalten die Top-Manager von ihren Unternehmen auch noch riesige Summen als Rentenzahlungen. Selbst der wegen Steuerhinterziehung verurteilte ehemalige Vorsitzende der Deutschen Post, Klaus Zumwinkel, erhielt nach seinem Abgang noch 20 Millionen Euro als Betriebsrente.¹⁹⁸ Doch für Schlagzeilen sorgen nicht nur prominente Fälle von Steuerhinterziehung wie im Fall von Klaus Zumwinkel oder Uli Hoeneß, sondern auch der so

¹⁹³ Vgl. Kaiser, Tina: US-Manager verdienen 277 Mal mehr als Mitarbeiter, In: DIE WELT (Hrsg.), Berlin 2013. Online abrufbar unter: <http://www.welt.de/wirtschaft/article120192177/US-Manager-verdienen-277-Mal-mehr-als-Mitarbeiter.html> (Zugriff: 20.09.2013).

¹⁹⁴ Wieser, Christina: Managergehälter im Umbruch: Neue Spielregeln für die Vorstandsvergütung, In: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (Hrsg.): Die Krise und die Konsequenzen. Wirtschaftspolitik – Verteilungsfragen – Finanzmarktregulierung, Wien 2010, S. 37.

¹⁹⁵ Vgl. Wieser, 2010, S. 37.

¹⁹⁶ Vgl. Wehler, 2013, S. 78f.

¹⁹⁷ Vgl. <http://www.dsw-info.de/Vorstandsverguetungsstudie-201.1796.0.html> (Zugriff: 17.10.2013).

¹⁹⁸ Vgl. Wehler, 2013, S. 81.

genannte „goldene Handschlag“, eine oftmals horrend hohe Abfindung, mit der ansonsten unkündbare Top-Manager, trotz Fehlverhaltens, zum freiwilligen Rücktritt bewegt werden. Paradoxerweise kam es im gleichen Zeitraum, in dem sich die Manager ihre eigenen Gehälter selbst deutlich angehoben haben, zu einer Stagnation der Löhne für Arbeiter. So haben z.B. die Reallöhne in Deutschland in den vergangenen acht Jahren nicht zugenommen. Diese wachsende Kluft zwischen jährlich in die Höhe schnellenden Vorstandsbezügen auf der einen und stagnierenden Arbeiterlöhnen auf der anderen Seite bietet den Raum bzw. die Angriffsfläche für sozialen Sprengstoff innerhalb einer Gesellschaft. Zur Begrenzung von Managergehältern fehlt es jedoch größtenteils noch an den entsprechenden Gesetzen, das Meiste geschieht hier aus dem Freiwilligkeitsprinzip heraus. In Deutschland wurde das „Gesetz zur Verbesserung der Kontrolle der Vorstandsvergütung und zur Änderung weiterer aktienrechtlicher Vorschriften“ (VorstKoG) zwei Tage vor der vergangenen Bundestagswahl im September 2013 vom Bundesrat in den Vermittlungsausschuss verwiesen und damit, aufgrund des Endes der Wahlperiode, praktisch für nichtig erklärt. Angeregt hatte die Debatte eine Volksabstimmung in der Schweiz aus dem Frühjahr desselben Jahres. Hier wurde mit großer Mehrheit beschlossen, dass nun die Hauptversammlung an Stelle der Verwaltungsräte jedes Jahr über die Bezüge der Vorstandsriege entscheidet. Außerdem sollen Sonderzahlungen am Anfang und am Ende einer Tätigkeit verboten werden. Dieser Entwicklung möchte nun auch die Europäische Union folgen, weshalb sie eine Gesetzesinitiative nach Schweizer Vorbild plant.¹⁹⁹ Dies kann als Vorzeichen eines bedeutenden Politikwandels aufgefasst werden, der das Gehaltsgefüge maßgeblich verändern und zu einer Reduzierung der Einkommensungleichheit auf europäischer Ebene führen kann.

3. Schluss

3.1. Entwicklungstheorien in Zeiten zunehmender Globalisierung

Da die großen Entwicklungstheorien schon einige Jahrzehnte alt sind, stellt sich die Frage, inwieweit sich heutzutage noch Anzeichen für die Gültigkeit dieser Theorien finden lassen und welche Rolle insbesondere der Einfluss des *Washington Consensus* dabei spielt. Wenn man die Tageszeitung aufblättert, könnte man meinen, dass sich die erste wirklich große Theorie – die Modernisierungstheorie – bewahrheitet hat. Überall findet man Artikel und Expertenmeinungen, die von den neuen Wirtschaftswunderländern, den *newly emerging*

¹⁹⁹ <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/managergehaelter122.html> (Zugriff: 09.08.2013).

economies, berichten. Und in der Tat spricht vieles dafür, dass die vormals uneingeschränkte ökonomische Vormachtstellung der Vereinigten Staaten (und Europas) nicht mehr vorhanden ist. Nicht nur die Gruppe der Staaten, die unter dem Kürzel BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) griffig zusammengefasst werden, gewinnen immer mehr an Einfluss auf der globalen wirtschaftlichen und politischen Bühne, sondern in deren Schatten befinden sich noch etwa 20 weitere Staaten, die gegenüber den etablierten Ländern an Bedeutung aufholen. Mit Blick auf Asien, insbesondere China, spricht man in der akademischen Welt schon von einem „*Global Rebalancing*“.²⁰⁰ Selbst die Weltwirtschaftskrise konnte der chinesischen Wirtschaft nichts anhaben. So lag das BIP-Wachstum zwischen 2008 und 2011 bei etwa neun bis zehn Prozent.²⁰¹ Allerdings mit rückläufiger Tendenz, denn im Jahr 2012 belief sich Chinas Wachstum auf 7,7 Prozent und ist damit das geringste Wachstum seit 1999.²⁰² Indien erfährt eine ähnliche Entwicklung. Hier wuchs die Wirtschaft in den vergangenen zehn Jahren nur ein einziges Mal nicht um über fünf Prozentpunkte. In den Jahren 2007 und 2010 wurden sogar zehn Prozent Wachstum erreicht.²⁰³ In Russland hat sich die Wachstumsrate seit 2009 auf nun rund 4 Prozent jährlich abgeschwächt. Und auch einige Länder in Lateinamerika und Afrika erleben in den letzten Jahren Wachstumsraten, von denen die westliche Welt nur träumen kann. Im Jahr 2012 schaffte Sierra Leone ein Wirtschaftswachstum von 21 Prozent, der Niger 14 Prozent, Liberia neun Prozent, Panama, Ghana, die Elfenbeinküste, Ruanda und Eritrea brachten es auf acht Prozent.²⁰⁴ Während sich das Wachstum in Brasilien seit 2010 deutlich abgeschwächt hat, bewegt sich Südafrikas Wirtschaftswachstum auf einem sehr konstanten Niveau bei rund drei Prozent.²⁰⁵ Insgesamt sollen die Länder in Asien (ohne Japan), Osteuropa und Lateinamerika „in den kommenden fünf Jahren für rund 70 Prozent des weltweiten Wachstums der Vermögenswerte verantwortlich“²⁰⁶ sein. Es scheint sich daher ein weltweiter Entwicklungsschub abzuzeichnen, mit Ausnahme einiger Leid geplagter Staaten, die aufgrund diverser Faktoren den Anschluss an diese Entwicklung zu verpassen scheinen.

²⁰⁰ Vgl. Pieterse, Jan Nederveen: *Global Rebalancing: Crisis and the East-South Turn*, In: *Development and Change* (Hrsg.), 42(1), Oxford 2011, S. 22-48.

²⁰¹ Vgl. <http://de.statista.com/statistik/faktenbuch/356/a/laender/china/wirtschaft-in-china/> (Zugriff: 02.11.2013).

²⁰² Vgl. <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/china-wachstum100.html> (Zugriff: 02.11.2013).

²⁰³ Vgl. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/14564/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-in-indien/> (Zugriff: 02.11.2013).

²⁰⁴ Vgl. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/197050/umfrage/ranking-der-20-laender-mit-dem-groessten-wachstum-des-bruttoinlandsprodukts/> (Zugriff: 02.11.2013).

²⁰⁵ Vgl. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/14570/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-bip-in-suedafrika/> (Zugriff: 02.11.2013).

²⁰⁶ <http://www.welt.de/finanzen/verbraucher/article116668249/Aktienboom-macht-Ultra-Reiche-noch-reicher.html> (Zugriff: 17.10.2013).

Doch nicht nur wirtschaftlich scheinen gewaltige Kräfteverschiebungen im Gange zu sein, sondern auch auf wirtschaftsideologischer Ebene treten Veränderungen zutage. So wird vielerorts nicht mehr nur das so oft gepriesene, auf Privatisierung und Liberalisierung setzende westliche Wirtschaftsmodell als Vorbild gesehen. An seine Stelle tritt vermehrt das „asiatische Modell“, welches eine langsame und schrittweise Öffnung der Märkte propagiert. Besonders seit den verheerenden weltweiten Folgen der Weltwirtschaftskrise, die die allgemeinen strukturellen Schwächen des derzeitigen internationalen Wirtschaftssystems angloamerikanischen Zuschnitts und dessen Anfälligkeit für Krisen offenbart hat, befindet sich auch die vom *Washington Consensus* verschriebene Wirtschaftspolitik in der Krise. Die Entwicklungsländer schauen nun auch andernorts nach Lösungsvorschlägen und präsentieren sich in der Entwicklungsdebatte weitaus selbstbewusster: „*For decades the Washington consensus lorded over the developing world; now the lecturing has changed direction and emerging societies ‘talk back’.*“²⁰⁷ Gleichzeitig konkurrieren die Entwicklungs- und Schwellenländer nicht nur mit den OECD-Staaten, sondern auch untereinander. So haben z.B. die chinesischen Kleidungsexporte einen verheerenden Einfluss auf die Textilindustrien in Bangladesch, Kenia oder Südafrika. Damit verändert sich auch die Machtkonstellation innerhalb der Gruppe der Entwicklungsländer und führt zur Herausbildung regionaler Machtzentren.²⁰⁸

Die beschriebene Umverteilung wirtschaftlicher Macht drückt sich des Weiteren auch in der Entwicklung der Bevölkerungszahlen aus. Die internationalen Machtverhältnisse können sich dementsprechend weiter zu Gunsten der heutigen Entwicklungsländer verschieben. Schätzungen der Vereinten Nationen gehen davon aus, dass die Weltbevölkerung bis zum Jahr 2100 auf 10,9 Milliarden anwachsen wird.²⁰⁹ Das Bevölkerungswachstum wird dabei jedoch sehr ungleich verteilt werden. So wird Deutschland z.B. um ein Drittel seiner Bevölkerung schrumpfen, für Gesamteuropa wird ein Rückgang von 14 Prozent prognostiziert. Gleichzeitig wird sich die afrikanische Bevölkerung bis zur Jahrhundertwende auf 4,2 Milliarden mehr als vervierfachen. Besonders stark ist hier das Bevölkerungswachstum in Nigeria, wo alleine etwa 740 Millionen mehr Menschen (und damit mehr als in Gesamteuropa) leben sollen. Hohes Bevölkerungswachstum wird im Allgemeinen mit einem niedrigen Entwicklungsstandard gleichgesetzt. Allerdings hat es z.B.

²⁰⁷ Pieterse, 2011, S. 42.

²⁰⁸ Vgl. Pieterse, 2011, S. 41.

²⁰⁹ Vgl. Ehrenstein, Claudia: Europa stirbt aus, Afrika entscheidet die Zukunft, In: DIE WELT (Hrsg.), Berlin 2012. Online abrufbar unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article117105234/Europa-stirbt-aus-Afrika-entscheidet-die-Zukunft.html> (Zugriff: 02.11.2013).

auch in Europa im Zuge der Industrialisierung, der massenhaften Einführung bzw. Bereitstellung verbesserter Medizin, moderner ärztlicher Behandlungsmethoden und einer damit einhergehenden Verringerung der Geburtensterblichkeit und Erhöhung der Lebenserwartung eine starke Zunahme der Bevölkerungszahlen gegeben. Hohes Bevölkerungswachstum kann somit auch ein Anzeichen für einen Entwicklungsschub darstellen. Es verlangsamt sich erst wieder ab einem gewissen Entwicklungsgrad. Nigeria könnte in diesem Szenario einen ähnlichen wirtschaftlichen Weg einschlagen wie China und Indien, gestützt auf ein billiges und unerschöpflich erscheinendes Arbeitskräftepotential. Eine Entwicklung, die solchermaßen die Entwicklung eines reicheren Landes „nachholend“ kopiert, könnte dementsprechend als Bestätigung der Modernisierungstheorie gedeutet werden.

Ebenso wie es Anzeichen für einen Modernisierungsschub in vielen Teilen der Welt gibt, so gibt es auch einige Indizien für bestehende und sich verstärkende Abhängigkeiten zwischen den reichen und den armen Ländern. Ein Beispiel hierfür ist die auf der „Uruguay-Runde“ beschlossene Stärkung des geistigen Eigentums, wodurch das „Zentrum“ seine wirtschaftliche Macht erhält bzw. auf Kosten der Armen weiter ausbaut. So werden z.B. nationale Pharmakonzerne in Entwicklungsländern daran gehindert, Medikamente eines westlichen Pharmaunternehmens zu kopieren und diese für den Bruchteil des Original-Preises auf den Märkten der Entwicklungsländer anzubieten. Auf diese Weise kommen wir in die absurde Situation, dass arme Menschen nicht behandelt werden und nicht selten auch sterben, weil sie sich ein lebenswichtiges Medikament des westlichen Pharmakonzerns nicht leisten können, obwohl ein erschwingliches und ebenso wirksames Medikament im Grunde zur Verfügung stünde. Dies zeigt, dass die Interessen westlicher Produzenten auch in internationalen Verhandlungsrunden im Vordergrund stehen und zum klaren Nachteil für viele Menschen der armen Länder werden können.²¹⁰ Das Gleiche gilt für den gesamten Bereich der Agrarindustrie. Während die westlichen Länder von den Entwicklungsländern den Abbau von Handelsbarrieren bzw. das Öffnen der einheimischen Märkte forderten, blieben die Schranken für Agrarprodukte aus den Entwicklungsländern für viele Jahre weiterhin bestehen. Durch gleichzeitige hohe Subventionen, die an den Agrarsektor gezahlt werden, wird der Export von Agrarprodukten für Entwicklungsländer praktisch unmöglich gemacht. Allein im Jahr 2011 subventionierte die Europäische Union den Agrarsektor mit ca. 57 Milliarden Euro.²¹¹ Die

²¹⁰ Vgl. Stiglitz, 2002, S. 7f.

²¹¹ Vgl. <http://www.brandeins.de/lesen/hintergrund/eu-agrarsubventionen-2011-wer-bekommt-wie-viel.html> (Zugriff: 08.10.2013).

Grundstruktur der Handelsbeziehungen (*terms of trade*) zwischen reichen und armen Ländern ist daher relativ gleich geblieben. Aus den Entwicklungsländern werden weiterhin größtenteils Primärgüter und Rohstoffe in die Industriestaaten exportiert, während teure Endprodukte und Luxusgüter importiert werden. Dies hat einen ständigen Ressourcenabfluss von den armen in die reichen Länder zur Folge. Internationale Verhandlungsrunden wie in Uruguay sind oftmals Ausdruck einseitiger Machtverhältnisse. Während z.B. die USA die Ergebnisse der Uruguay-Runde feierten, zeigte eine Studie der Weltbank, dass die Region Afrikas südlich der Sahara, die ärmste Region der Welt, einen mehr als zweiprozentigen Rückgang des Einkommens als direkte Folge des Handelsabkommens hinnehmen musste.²¹² Folglich werden die internationale Ungleichheit durch Handelsabkommen oftmals vergrößert und bestehende Abhängigkeiten verfestigt.

Die negativen Folgen, die sich aus der Politik des *Washington Consensus* für die Entwicklungsländer ergeben, wurden von Joseph Stiglitz sehr eindringlich dargelegt. Er beschreibt ausführlich wie besonders der Internationale Währungsfonds und sein Drängen auf schnelle Liberalisierung und Privatisierung viele Länder in die Krise geführt oder die bestehende Krise noch verlängert hat. So hat z.B. die vom IWF unterstützte überhastete Einführung der Marktwirtschaft in Russland zu ungeahnter Armut und der Herausbildung oligarchischer Strukturen geführt, während China den selbst bestimmten Weg einer schrittweisen Liberalisierung gegangen ist und damit viel mehr Erfolg hatte: „*While in 1990 China's gross domestic product (GDP) was 60 percent that of Russia, by the end of the decade the numbers had been reversed. While Russia saw an unprecedented increase in poverty, China saw an unprecedented decrease*“.²¹³ In anderen Regionen Lateinamerikas und Asiens führte der Abbau der Kapitalverkehrskontrollen zu Spekulationsblasen, die die heimischen Währungen und Bankensysteme schwächten. Für die nationalen Firmen gab es im freien Wettbewerb keine Chance gegen die großen internationalen Unternehmen zu bestehen. Viele kleine Limonadenhersteller etwa wurden durch den Einfall von Coca Cola und Pepsi in die nationalen Märkte verdrängt. Dasselbe geschieht auf dem Bankensektor, wo große amerikanische Banken in die nationalen Märkte eindringen. Zwar kann ein solcher Vorgang zur Beruhigung des gesamten Bankensektors führen, allerdings werden die Gewinne in Form von Zinsen zumeist wieder ins Ausland abgeführt und nicht wieder vor Ort investiert. Außerdem leihen ausländische Banken Geld zu günstigeren Konditionen an multinationale Unternehmen oder auch große inländische Firmen, während es kleine und mittlere

²¹² Vgl. Stiglitz, 2002, S. 61.

²¹³ Stiglitz, 2002, S. 6.

Unternehmen zunehmend schwieriger haben an frisches Kapital zu kommen.²¹⁴ Demnach macht nur eine langsame und wohl durchdachte Liberalisierung Sinn. Die vom IWF forcierte Liberalisierung des internationalen Kapitalmarkts sieht Stiglitz sogar als Hauptgrund für die verheerende Asienkrise 1997/98: „*excessively rapid financial and capital market liberalization was probably the single most important cause of the crisis.*“²¹⁵ Gleichzeitig greifen die Strukturanpassungsmaßnahmen, die in Not geratene Entwicklungsländer als Gegenleistung für internationale Hilfskredite durchführen müssen, in die nationale Souveränität des jeweiligen Landes ein. Dies stellt wahrscheinlich den höchsten Grad der Abhängigkeit eines Entwicklungslandes von der reichen Staatengemeinschaft dar.

Joachim Becker und Andrés Musacchio behaupten anhand des Beispiels der Argentinienkrise von 1998 bis 2002, dass Länder an der Semiperipherie Probleme hätten, an Auslandskredite zu kommen, solange sich die Länder im Zentrum im Aufschwung befinden. Erst wenn es im Zentrum eine Stagnation gebe, hielte man Ausschau nach alternativen Anlagemöglichkeiten in anderen Märkten, um Gewinne zu erzielen. Dieses Verhalten international tätiger Investoren und Spekulanten habe erst die Bedingung geschaffen, die zu Argentinien steigenden Auslandsschulden führte. Des Weiteren sind die Zinssätze für Länder wie Argentinien deutlich höher als die für die globalen Finanzzentren, in guten Zeiten liegen sie um vier Prozent höher, in Krisenzeiten beträgt der Unterschied oft mehr als zehn Prozent, was praktisch einer Kreditunwürdigkeit gleichkommt.²¹⁶ Dieses Ergebnis untermauert die These von einer stärker werdenden Abhängigkeit der Entwicklungs- und Schwellenländer.

Doch es waren oftmals nicht die Jahre der Wirtschaftskrise, in denen sich die Abhängigkeit der armen Länder verstärkte, sondern sie hatte vielmehr mit ideologischen Veränderungen und dem damit einhergehenden Wandel der internationalen Wirtschaftsdoktrin zu tun. Reagan und Thatcher vertraten eindeutig eine neoliberale bzw. monetaristische Politik, die den IWF und die Weltbank dazu veranlasste, ihre Politik gegenüber den Nehmerländern zu ändern. Die Weltbank ging in dieser Zeit dazu über, in den armen Ländern nicht nur einzelne Projekte zu unterstützen, sondern die Durchführung der Strukturanpassungsmaßnahmen zu fordern, die nur im Zusammenspiel mit dem IWF erfolgen konnte. Seitdem spielt der IWF eine andauernde Rolle in armen Ländern und untergräbt oftmals deren Souveränität. Dabei hat sich

²¹⁴ Vgl. Stiglitz, 2002, S. 68f.

²¹⁵ Stiglitz, 2002, S. 89.

²¹⁶ Becker, Joachim/Musacchio, Andrés: Argentinien: Wiederholungen der Verschuldungsgeschichte, In: Becker, Joachim/Heinz, Ronald/Imhof, Karen/Küblböck, Karin/Manzenreiter, Wolfram (Hrsg.): Geld Macht Krise. Finanzmärkte und die neoliberale Herrschaft, Wien 2003, S. 75ff.

der IWF nicht nur eigenhändig Kompetenzen angeeignet, die ihm bei seiner Gründung niemals zugedacht waren, sondern auch seine ihm zu Grunde liegende ideologische Wirtschaftsdoktrin hat sich um 180 Grad gewandelt. Von einer keynesianisch geprägten, expansionistischen und antizyklischen Wirtschaftspolitik ausgehend änderte sich die Doktrin dahingehend, dass man nur noch den Ländern Gelder zur Verfügung stellt, die das Defizit reduzieren und Steuern und Zinsraten erhöhen, die zu einer allgemeinen Kontraktion der Wirtschaft führen. Gleichzeitig wurden die Möglichkeit eines Marktversagens und die Rolle der Regierung bei der Schaffung von Arbeitsplätzen durch den totalen Glauben an den freien Markt abgelöst.²¹⁷ Dies führte sogar dazu, dass der IWF einige Staaten drängte, Subventionen z.B. für Essen oder Kerosin abzubauen, um die Staatseinnahmen zu erhöhen, allerdings ohne dabei die sozialen Folgen zu bedenken. Exzessive Sparmaßnahmen führten in vielen Ländern zu sehr hoher Arbeitslosigkeit, die wiederum zu landesweiten Protesten, Ausschreitungen oder Regierungsumstürzen führte, wodurch das Land lahm gelegt wurde und sich die Rezession noch weiter verschlimmerte. Der Entwicklungsprozess eines Landes wird durch eine solche Politik nicht nur verlangsamt, sondern teilweise sogar ganz zerstört – was besonders häufig in Afrika geschah.²¹⁸ In Anbetracht dessen muss man feststellen, dass die starken Wirtschaftsmächte eine Doppelmoral betreiben: In Zeiten der Krise vergrößern sie selbst das Staatsdefizit und betreiben eine keynesianische Wirtschaftspolitik, während sie von anderen in Not geratenen Staaten gerade in Krisenzeiten einen ausgeglichenen Haushalt verlangen und sie zu Sparmaßnahmen zwingen, die die Krise und das Leid der Menschen noch weiter verstärken. Obwohl z.B. das U.S.-Finanzministerium in den 1990er Jahren für eine expansive Fiskalpolitik in Zeiten der Krise auf heimischem Boden eintrat, forderte es plötzlich mit dem IWF in der Asienkrise eine äußerst restriktive Fiskalpolitik von den ostasiatischen Regierungen, was die Krise in diesen Ländern noch verschlimmerte.²¹⁹ Es kommt daher unweigerlich der Verdacht auf, dass die USA nur darauf bedacht waren, die Rückzahlung der Kredite an die internationalen Gläubiger, darunter auffallend viele private amerikanische Firmen, sicherzustellen. Dementsprechend hat die Rückzahlung an ausländische Gläubiger auch Priorität für den IWF.

Wie verfestigt die internationale Machtkonstellation und die Abhängigkeit eines großen Erdteils von einigen wenigen wirtschaftlich starken Ländern ist, zeigt sich außerdem an der bereits erwähnten nicht repräsentativen Stimmverteilung im IWF, wo die USA alleine ein

²¹⁷ Vgl. Stiglitz, 2002, S. 12ff.

²¹⁸ Vgl. Stiglitz, 2002, S. 77f.

²¹⁹ Vgl. Stiglitz, 2002, S. 106.

effektives Vetorecht besitzen und somit Entscheidungen mit großer Tragweite blockieren können. Nicht ohne Grund verhindert der IWF auch sehr wirkungsvoll die Errichtung einer Konkurrenzinstitution: Im Jahr 1997 bot Japan 100 Milliarden Dollar an, um einen asiatischen Währungsfonds ins Leben zu rufen, der ein wichtiger Faktor zur Abschwächung der Asienkrise hätte werden können. Das U.S.-Finanzministerium als wichtigster Gesellschafter des IWF war jedoch gegen diesen Vorschlag, woraufhin sich der IWF dessen Meinung anschloss: „*While the IMF was a strong advocate of competition in markets, it did not want competition in its own domain, and the Asian Monetary Fund would provide that*“.²²⁰ Dies ist ein eindeutiger Beleg dafür, dass die reichen Staaten, allen voran die USA, die wirtschaftliche Vormachtstellung und auch zukünftige alleinige Entscheidungsgewalt in weltwirtschaftspolitischen Fragen ganz offen beabsichtigen und man die Etablierung einer konkurrierenden Organisation verhindern möchte. Allein die Tatsache, dass es schon über viele Jahre hinweg eine G-7 bzw. G-8 gibt, und dass diese erst im Zuge der Weltwirtschaftskrise von 2008 bedeutungsmäßig von der G-20 verdrängt wird, verdeutlicht, wie sehr die wirtschaftsstarken Länder dieser Erde sich als ein „Club“ sehen, der sich gegenüber den anderen Ländern abgrenzt und die Vereinten Nationen als zentrales Beschlussorgan zu umgehen versucht. Diese gesamten oben genannten Entwicklungen, die unter der Ägide von Reagan und Thatcher zur vollen Entfaltung kamen und die wirtschaftliche Abhängigkeit vieler Entwicklungsländer vom Westen verstärkte, könnte man als Bestätigung der Dependenztheorie ansehen.

Die Dependenztheorie hätte man bis vor nicht allzu langer Zeit als ausreichende und logische Erklärung für die existierenden Ungleichheiten auf der Welt heranziehen können. Doch mittlerweile hat es auf der Welt eine klare Umschichtung von Macht, finanziellen Ressourcen und Einflussmöglichkeiten gegeben. Besonders die so genannten asiatischen Tigerstaaten, doch allen voran China und die weiteren BRICS-Staaten, höhlen das alte Machtgefüge aus. Wenn man nun die Abhängigkeiten auf dieser Welt analysieren möchte, muss man mehr Gewicht auf die regionalen Abhängigkeiten legen. Es gibt mittlerweile viele *global player* und daher auch mehrere Ebenen der Dependenz. Viele der armen Länder in Afrika z.B. erhalten nun nicht mehr Kredite aus Washington, sondern aus Peking, Brasilia oder sogar Pretoria. Abhängigkeiten existieren daher immer noch und behindern viele positive Entwicklungen, jedoch sind sie seit dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende der Blockeinteilung der Welt um einiges vielschichtiger und komplizierter geworden. Um etwaige

²²⁰ Stiglitz, 2002, S. 112.

Abhängigkeiten auszuschließen bzw. vorzubeugen, plädieren manche Globalisierungskritiker für eine Abkoppelung armer Länder vom Weltmarkt, um sich den Zwängen des internationalen Wirtschaftssystems zu entziehen und den Weg für eine eigenständige Entwicklung mit regionaler Kooperation frei zu machen. Dabei muss man die Grenzen dieser Vorschläge deutlich erkennen: Mittlerweile sind fast alle Staaten dieser Erde in so starkem Maße miteinander verflochten und in den Weltmarkt integriert, dass eine Abkoppelung mit unvorhersehbaren Risiken verbunden wäre. Für Länder, die sich dem Weltmarkt öffnen, gilt es jedoch, diese Öffnung trotz Drucks von außen nicht zu schnell und überhastet vorzunehmen. Wie Stiglitz anschaulich herausgearbeitet hat, müssen zuerst ausreichende gesetzliche Regelungen und Kontrollmechanismen innerhalb eines Entwicklungslandes geschaffen werden, damit sich eine Liberalisierung positiv auf das Entwicklungsland auswirken kann. Die unterschiedlichen Entwicklungen von China und Russland seit 1990 sind dafür der beste Beweis.

Wenn man davon ausgeht, dass Abhängigkeiten zwischen Staaten unausweichlich bestehen, stellt sich zunächst folgende Frage: Welcher Staat auf dieser Erde ist von der Entwicklung der anderen Staaten völlig unabhängig? Ist Europa nicht genauso von der wirtschaftlichen Entwicklung der USA abhängig wie der Rest der Welt? Abhängigkeiten sind wohl immer gegeben, sie lassen sich nur nach ihrem Grad und der Art und Weise unterscheiden. Griechenland ist derzeit stärker als gewöhnlich abhängig von den Entscheidungen, die in Brüssel getroffen werden. Saudi-Arabien ist abhängig vom Ölpreis. Und Deutschland ist abhängig von der Nachfrage nach seinen Exportgütern. Gleichzeitig kann man beobachten wie die USA und Europa immer stärker von den neu aufstrebenden Wirtschaftsmächten abhängig sind. So ist z.B. China heute der größte Kreditgeber für die USA. Es wird also deutlich, dass Dependenz immer noch bestehen, jedoch verlaufen diese nicht wie in der ehemals vorherrschenden Theorie vom globalen Süden nach dem Norden, sondern vielmehr kunterbunt kreuz und quer über die ganze Welt verteilt. Die Verstrickungen und wirtschaftlichen Handelsbeziehungen sind so vielfältig geworden, und die gesamten Interaktionen zwischen Staaten auf wirtschaftlicher, politischer, kultureller und sozialer Ebene haben so stark zugenommen, dass man die These einer klaren Dependenz zwischen dem so dargestellten Kern und einer angeblich existierenden Peripherie nicht mehr aufrechterhalten kann. Anfang der 1990er Jahre, als die USA als einzig verbliebene Supermacht auf der Welt auftrat, hätte man vielleicht noch mehr Anhaltspunkte zur Unterstützung der Dependenztheorie anführen können, heutzutage muss man sie jedoch ganz eindeutig

zurückweisen, da sie offensichtlich nicht hinreichend zur Erklärung der unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen verschiedener Länder und Regionen dient.

Wie schon an anderer Stelle darauf hingewiesen wurde, kann man auch in diesem Zusammenhang vom Ende der Dritten Welt sprechen. Seit dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch der Sowjetunion macht eine Unterteilung in Erste, Zweite und Dritte Welt keinen Sinn mehr. Ich lehne den Begriff Dritte Welt grundsätzlich auch deshalb ab, weil mit ihm im Sinne eines Rankings von eins bis drei eine abwertende, rückständige Konnotation verbunden ist. Genauso hat die Unterteilung in Zentrum, Semiperipherie und Peripherie, die für gewöhnlich von Dependenztheoretikern vorgenommen wird, den Beigeschmack, ganze Länder und Regionen schlicht als unwichtig einzustufen. Dies macht auch deshalb keinen Sinn mehr, weil heutzutage die reichsten Länder des Gebiets, das einmal der Peripherie zugerechnet worden war, wie z.B. Brasilien oder Südafrika, reicher sind als die armen Länder des so genannten Zentrums (z.B. Griechenland oder Portugal). Die Unterteilung in Industrie- bzw. Hochtechnologieländer, Schwellenländer und Entwicklungsländer finde ich dagegen neutraler und deshalb angemessener.

Zusammenfassend kann man festhalten, dass sowohl die Dependenz- als auch die Modernisierungstheorie die historische Entwicklung und die derzeitigen unterschiedlichen Entwicklungsniveaus der Staaten dieser Welt nur unzureichend erklären können. Theorien, die darauf abzielen, die Entwicklung ganzer Staaten zu erklären, wiesen bisher immer irgendwelche Fehler auf. Der Prozess der Entwicklung einzelner Staaten, Regionen und der Welt ist nun einmal so komplex und mit vielen verschiedenen und nebeneinander stattfindenden Prozessen verwoben, dass es bisher faktisch unmöglich geblieben ist, eine einfache Erklärung bzw. eine haltbare Theorie zur Beschreibung solcher Prozesse zu entwickeln. Ich schließe mich daher Ulrich Menzels These vom „Scheitern der großen Theorie“ vollends an.

3.2. Zusammenfassung und Fazit der Ungleichheitsforschung

„Politik ist die Kunst, von den Reichen das Geld und von den Armen die Stimmen zu erhalten, beides unter dem Vorwand, die einen vor den anderen schützen zu wollen“.²²¹ So lautet das Zitat eines anonymen Urhebers, in dem sich das sehr komplizierte Zusammenspiel

²²¹ Vgl. <http://reich-sein.eu/politik-und-geld/> (Zugriff: 17.10.2013).

zwischen Geld, unterschiedlichen Bevölkerungsschichten und der Politik widerspiegelt. Dabei steht eines schon fest: Die öffentliche Debatte über das richtige Maß an Ungleichheit wird niemals aufhören. Auf der einen Seite möchten liberale Positionen so wenig Regulierung und Umverteilung wie möglich, während linke und sozialdemokratische Parteien eine stärkere Marktregulierung und mehr Lohnungleichheit fordern. Es ist daher eine andauernde Aufgabe der Politik, diese gegensätzlichen Meinungen auszubalancieren und zu einem beiderseitigen Kompromiss zu führen, der von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert wird. Im Kern geht es hierbei um die Frage: Was ist eine „gerechte“ Ungleichheit? Im Zuge des technologischen Fortschritts und der Globalisierung ist auch die internationale und globale Ungleichheit immer stärker in den Fokus gerückt. Jeden Tag kann man die Schreckensbilder der Armut in den Entwicklungsländern daheim vor dem Fernseher anschauen. Dies hat ein ganz neues Bewusstsein für die Entwicklungsprobleme vieler Länder und die Unterschiede der Lebensformen und Ungleichheiten geschaffen. So hat sich das Interesse der Ungleichheitsforschung von den lokalen und nationalen auf die internationalen und globalen Ungleichheiten hin ausgedehnt. Wenn man dabei den Staat als wichtigen Einfluss nehmenden Faktor in der Ungleichheitsbestimmung akzeptiert, kommt man zu dem Ergebnis, dass sich die Polarisierung der Einkommensverhältnisse sowohl auf nationaler Ebene innerhalb der Gesellschaften als auch auf internationaler Ebene zwischen den Staaten in den letzten Jahrzehnten verstärkt hat. Gleichzeitig ist die Ungleichheit auf globaler Ebene unverändert massiv geblieben. Während auf der einen Seite Konsumgesellschaften stehen, die den Sprung vom Industrie- zum Dienstleistungsstaat, in denen die Informations- und Technologiesektoren den Ton angeben, geschafft haben, befindet sich immer noch die große Mehrzahl der Staaten, die gerade erst den Industrialisierungsprozess eingeleitet haben, auf der anderen Seite. Während in den einen Ländern hochwertige Konsumgüter entwickelt und dementsprechend hohe Löhne gezahlt werden, werden in den anderen Ländern vorwiegend Massenprodukte hergestellt und niedrige Löhne bezahlt. Die Globalisierung ist an dieser Entwicklung aufgrund des intensivierten internationalen Handels- und Warenaustausches und den sich öffnenden Märkten maßgeblich beteiligt. Dabei ist dieser Globalisierungsprozess insgesamt nicht zwangsläufig negativ zu sehen, da sowohl die reichen als auch die armen Länder von diesem Prozess profitieren (können) – siehe die doch deutliche Verringerung der weltweiten Armut. Die Frage ist nur, ob die einen davon stärker profitieren als die anderen. Dabei ist nicht automatisch davon auszugehen, dass nur die reichen Länder von der Globalisierung verstärkt profitieren. China und Indien sind wahrscheinlich noch größere Profiteure des gesamten Globalisierungsprozesses, da sie nun weltweit Abnehmer für ihre massenhaft angefertigten

Produkte finden. In Afrika südlich der Sahara hat dagegen die absolute Armut in der Dekade der 1990er leicht zugenommen. So lebten 1990 44,5 Prozent und 2001 46,4 Prozent der Menschen auf diesem Teil der Erde in absoluter Armut.²²² Wie sich der Aufstieg Chinas und Indiens auf die anderen Entwicklungs- und Schwellenländer auswirkt, muss noch weiter untersucht werden. Auf der einen Seite kann es aufgrund des gestiegenen Konkurrenzdrucks zu Entwicklungsrückschlägen, vor allem bei kleineren Entwicklungsländern, kommen. Auf der anderen Seite investiert gerade China mittlerweile weltweit in vielen Ländern, sowohl in Afrika als auch in Lateinamerika, und trägt somit zu einer weiteren Entwicklung solcher Länder bei.

Wie einige Studien (besonders Milanovic) gezeigt haben, steigt die internationale Ungleichheit erst ab den 1980er Jahren rapide an. Dies hat vor allem zwei Gründe: 1.) Die von Reagan und Thatcher propagierte neoliberale Wirtschafts- und Handelspolitik führte dazu, dass einige westliche Länder ihren Wohlstand vermehrten, während die Mehrzahl der übrigen Staaten, mit wenigen Ausnahmen, wirtschaftlich abgehängt wurden. Inwieweit sich Reagans und Thatchers Politik im Detail auf die wachsende internationale Einkommensspreizung ausgewirkt hat, lässt sich hier nur schwer beantworten. Es gilt jedoch als sicher, dass ihre Politik zu dieser Spreizung beigetragen hat. 2.) Das Aufkommen und die immer größer werdende Bedeutung der Internet- und Telekommunikationsbranche und der Wechsel eines Teils der Beschäftigten in diese neu entstehenden Wirtschaftszweige, in denen höhere Löhne gezahlt werden, führte zu einer weiteren Spaltung der Einkommen. Dies kann zumindest bis jetzt als Bestätigung des Mehrsektorenmodells gewertet werden.

Eine Gruppe von Ökonomen, angefangen mit Kuznets, ist der Frage nachgegangen, ob sich soziale Ungleichheit positiv oder negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes auswirkt. Dabei fielen (und fallen) die Ergebnisse jedoch sehr unterschiedlich aus: Manche meinen, dass größere Gleichheit wirtschaftliches Wachstum fördere und man daher, besonders in der Bildung, breit angelegte Programme auch zur Unterstützung der Armen durchführen solle. Andere sind der Auffassung, dass nur durch größere Einsparungen, die in Folge zu neuen Investitionen führten, Wachstum erreicht werden kann, wobei allerdings das Kapital in wenigen Händen bleibt. Für beide Positionen lassen sich Studien und Nachweise finden, die diese belegen, so dass es bisher zu keinem Konsens innerhalb der Disziplin

²²² Vgl. Kreckel, In: Bayer/Mordt/Terpe/Winter, 2008, S. 55.

gekommen ist.²²³ Klar ist jedoch, dass Wirtschaftswachstum nicht zwangsläufig mit einer größer werdenden Einkommensspreizung einher gehen muss. Doch welcher Faktor übt dann den stärksten Einfluss auf die nationale Einkommensungleichheit aus? Das vorherrschende politische System spielt hierbei sicherlich eine wichtige Rolle. So bestätigt Bornschie, dass „unter demokratischen Bedingungen (...) die Ungleichheit in einem Weltsample von Gesellschaften geringer“ und somit Demokratie „der Angleichung der Lebensverhältnisse förderlich“²²⁴ ist. Galbraith weist jedoch darauf hin, dass dies nur für eine Untergruppe von Demokratien gelte, nämlich für Demokratien mit sozialer bzw. wohlfahrtsstaatlicher Ausprägung. Außerdem ist die Sozialdemokratie nicht die einzige Staatsform, die eine geringere innergesellschaftliche Ungleichheit hervorbringt. Das Gleiche galt für kommunistische Regime während ihrer Blütephase und auch für islamische Republiken.²²⁵ Es kommt daher wohl weniger auf die jeweilige Staatsform an, sondern auf die politische Kultur eines Landes und die tatsächlich durchgesetzte politische Linie. So verwundert es nicht, dass „bis etwa 1990 die deutschen «Superreichen» wegen der geringen Erbschaftssteuer sogar vor den amerikanischen «Super Rich» lagen, ehe deren vehementer Vorstoß seit der Reaganschen Wende in der Wirtschaftspolitik sie unanfechtbar an die Spitze trug.“²²⁶ Dies zeigt, inwieweit die Wirtschaftspolitik der Regierungen entscheidenden Einfluss auf die Einkommensverteilung des jeweiligen Landes ausübt. Dies gilt jedoch erst einmal nur für schon wohlhabende Staaten. Jegliche Versuche von Regierungen, sich aus dieser Verantwortung herauszureden, erscheinen demnach zwecklos. Wenn eine Regierung die Einkommensungleichheit wirklich reduzieren möchte, ist sie dazu auch in der Lage. In Entwicklungsländern sieht die Situation jedoch etwas anders aus. Entwicklungsländer haben weitaus weniger Möglichkeiten, sich gegen Globalisierungsprozesse und Einflüsse von außen zur Wehr zu setzen, die die nationale Ungleichheit negativ beeinflussen.²²⁷

Es gibt also verschiedene Faktoren, die eine große Wirkung auf die Einkommensverteilung eines Landes und zwischen den Staaten haben. Dabei sind drei ganz besonders hervorzuheben: die Globalisierung, die Technologisierung und der Grad der politischen Gegensteuerung.²²⁸ Die Globalisierung brachte seit den 1980er Jahren verstärkt Konzerne hervor, die nicht mehr nur national, sondern transnational operieren. Analysen machen

²²³ Vgl. Galbraith, 2012, S. 5f.

²²⁴ Bornschie, In: Budowski/Nollert, 2010, S. 139.

²²⁵ Vgl. Galbraith, 2012, S. 15f.

²²⁶ Wehler, 2013, S. 70.

²²⁷ Vgl. Galbraith, 2012, S. 15.

²²⁸ Vgl. Bornschie, In: Budowski/Nollert, 2010, S. 143ff.

deutlich, dass die Präsenz von transnationalen Unternehmen in einem Land die Einkommensungleichheit vergrößert.²²⁹ Nach Kuznets Erklärung findet hier ein Übergang der Arbeiter des nationalen Sektors in das transnationale Segment statt, wodurch die Ungleichheit zunimmt. Durch die zunehmende Technologisierung, die zeitgleich mit der Globalisierung stattfindet, wächst die Einkommensungleichheit zwischen den hoch und den weniger Qualifizierten rasch an. Dieses Phänomen, das auf dem Mehrsektorenmodell beruht, betrifft vor allem die hochentwickelten Länder. Es ist jedoch immer noch anzunehmen, dass die Ungleichheit sinkt, sobald die Hälfte der Beschäftigten von dem neuen Sektor absorbiert wurde. Ob der Technologiesektor allerdings überhaupt diese Kapazitäten für eine weitere Beschäftigtenaufnahme hat, muss bezweifelt werden. Wenn dem nicht so ist, würde die Ungleichheit jedenfalls rechnerisch nicht wieder sinken. In einem solchen Fall wäre nun die politische Gegensteuerung gefragt. Untersuchungen haben gezeigt, dass die soziale Ungleichheit in den angelsächsischen Ländern seit der rigorosen Implementierung neoliberaler Wirtschaftspolitik und einem damit einhergehenden Abbau des Sozialstaats in den 1970er und 1980er Jahren im Vergleich zu den Wirtschaftsländern mit stärker ausgebauten sozialen Absicherungssystemen stark zugenommen hat. Bei der Frage welche Faktoren den größten Einfluss auf die Ungleichheitsentwicklung haben, verweist Bornschieer auf eine Studie von Alderson und Nielsen aus dem Jahr 2002, die insgesamt 16 reiche Demokratien im Zeitraum von 1967 bis 1992 untersucht haben.²³⁰ Dabei kam heraus, dass der Sektor-Dualismus den größten Einfluss auf die Zunahme von Ungleichheit ausübt. An zweiter Stelle kommt die Globalisierung durch die Schaffung des transnationalen Arbeitsbereichs. Einen weitaus geringeren Einfluss haben die Lohndiskriminierung der Frauen und die Unterschiede der Bildungsniveaus. Dagegen hat die politische Gegensteuerung einen großen Einfluss auf die Abnahme von Ungleichheit. Neben Sozialleistungen und dem Steuersystem hat vor allem die Gewerkschaftsdichte die größte Bedeutung für eine geringere Einkommensungleichheit. Da weder die Umkehrung der Globalisierung noch der Übergang der Beschäftigten von einem Sektor in einen anderen, produktiveren Sektor beabsichtigt ist und die Ungleichheit infolgedessen zwangsläufig zunimmt, wird klar, „dass dem Politischen eine zentrale Rolle bei der Steuerung der Ungleichheit und der sozialen Schichtung in der Marktgesellschaft zukommt.“²³¹

²²⁹ Bornschieer, Volker: Zur Entwicklung der sozialen Ungleichheit im Weltsystem: Fakten, offene Fragen und erste Antworten, In: Bayer/Mordt/Terpe/Winter, 2008, S. 120.

²³⁰ Vgl. Bornschieer, In: Budowski/Nollert, 2010, S. 145f.

²³¹ Bornschieer, In: Budowski/Nollert, 2010, S. 147.

Über das Steuersystem hätte jeder, zumindest westliche, Staat im Grunde die Macht, die Ungleichgewichte innerhalb der Gesellschaft auszugleichen. Von der Einführung einer Vermögenssteuer bis zur Anhebung des Spitzensteuersatzes, der Erbschaftssteuer und der Gewinnsteuer bzw. Kapitalertragssteuer stehen dem Staat genügend Instrumente zur Verfügung, um die Reichen einer Gesellschaft stärker in die Pflicht zu nehmen. Die Kapitalertragssteuer liegt jedoch z.B. in Deutschland bei derzeit 25 Prozent, während die normalen Arbeitseinkommen teilweise mit über 40 Prozent besteuert werden. Dadurch wird die Ungleichheit innerhalb der Gesellschaft weiter zementiert. Die Vermögenssteuer wurde 1995 komplett abgeschafft. Die Gewinn-, Vermögens- und Lohnsteuer lagen Anfang der 1980er Jahre allesamt noch bei rund 28 Prozent, seitdem wurde die Lohnsteuer angehoben, während die Gewinnsteuer auf 15 Prozent gesenkt wurde.²³² Es wird daher klar, wer die steuerlichen Lasten des Staates trägt: „Die Lohn-, Umsatz- und Verbrauchssteuern ergeben achtzig Prozent des gesamten Steueraufkommens, die Unternehmens- und Gewinnsteuer nunmehr zwölf Prozent.“²³³ Es ist also zu einer politisch gewollten Ungleichbelastung zwischen den Kapitalbesitzern und den Arbeitnehmern gekommen. Gleichzeitig wird das in Steueroasen abgewanderte Kapital auf mehr als 180 Milliarden Euro geschätzt. Auch wenn nun sogar von oberster Stelle, z.B. vom Bundestagspräsidenten und somit der zweitranghöchsten Person des deutschen Staates Norbert Lammert, öffentlich deutliches Missfallen an der Einkommensentwicklung der Topmanager geäußert und zu große innergesellschaftliche Einkommensunterschiede festgestellt werden²³⁴, hat sich an der Gesetzeslage bisher nur sehr wenig bis gar nichts geändert.

Dass sich in den wohlhabenden Staaten in den letzten Jahren sehr wenig in Richtung Einkommensausgleich getan hat, hängt auch damit zusammen, dass die empfundene bzw. gefühlte Wahrnehmung der Bevölkerung sehr stark von der Realität abweichen kann. Die existierende Ungleichverteilung der Einkommen ist nämlich in den meisten Fällen weitaus größer als von der Bevölkerung angenommen bzw. wahrgenommen. Daraus resultiert auch, dass einer starken Mittelklasse zwar eine große Bedeutung für die Wahrung des sozialen Friedens und des gesellschaftlichen Zusammenhalts zugeschrieben wird, sich jedoch empirisch nicht leicht feststellen lässt, ob das Schrumpfen der Mittelklasse automatisch zu Konflikten innerhalb einer Gesellschaft führt. Albert Hirschman gibt mit seiner als „Tunneleffekt“ beschriebenen Theorie eine anschauliche Erklärung für dieses Phänomen:

²³² Vgl. Wehler, 2013, S. 79f.

²³³ Wehler, 2013, S. 80.

²³⁴ Vgl. Wehler, 2013, S. 82f.

Eine Fahrzeugkolonne fährt in zwei Spuren auf einen einspurigen Tunnel zu, so dass mal die eine Schlange, dann wieder die andere Kolonne ein Stück weit vorwärts kommt. Dabei fahren die Autos der einen Spur schneller als die Pkws, die sich in der anderen Schlange befinden. Doch solange alle weiter nach vorne kommen, wenn auch letzten Endes mit unterschiedlichem Tempo, sehen die Menschen keinen Anlass zu protestieren. Dies geht einher mit einer „Vertröstung auf die Zukunft“: Solange das Wirtschaftswachstum anhält und es gleichzeitig den Anschein hat, dass die Gesellschaft soziale Mobilität ermöglicht, wartet man noch auf die mögliche goldene Zukunft. Diese Mentalität ist besonders in den USA sehr stark verbreitet, wo die berühmte „Tellerwäscher-zum-Millionär“-Geschichte Eingang in das kollektive Bewusstsein genommen hat, was den Eliten des Landes wiederum als willkommene Rechtfertigungsgrundlage gegen eine staatlich gestützte Minderung der Einkommensungleichheit dient und gleichzeitig das Nichtvorhandensein einer spürbaren Protestbewegung erklärt. Denn trotz einer für europäische Verhältnisse sehr großen Ungleichheit und äußerst prekärer Lebensverhältnisse für einen relativ großen Bevölkerungsanteil, hat es dort noch keine wirklich gesellschaftlich relevante Protestbewegung gegeben. Selbst die schlagzeilenträchtige Occupy-Wall-Street Bewegung hat es nicht geschafft, landesweite Proteste hervorzurufen und löste sich dementsprechend relativ schnell wieder auf. Die breite Masse der Bevölkerung wurde auf jeden Fall nicht erreicht. Die subjektive Wahrnehmung der Einkommensungerechtigkeit steht daher nur in schwachem Zusammenhang mit der objektiven Einkommensungleichheit.²³⁵ Gleichzeitig gibt es auch noch eine Wahrnehmungslücke zwischen der Bevölkerung und den Politikern bzw. eine divergierende Wahrnehmung und Beurteilung von Gerechtigkeit. So förderten zwei Studien der Bertelsmann Stiftung, eine repräsentative Umfrage unter deutschen Parlamentariern im Herbst 2006, und eine Umfrage unter 2000 wahlberechtigten Bürgern im Spätsommer 2007, bemerkenswerte Ergebnisse zutage. Demnach beurteilen die Parlamentarier „die Verteilungsgerechtigkeit der Vermögen und Einkommen in Deutschland deutlich anders als die Bevölkerung. Während die Parlamentarier mehrheitlich davon überzeugt sind, dass Einkommen und Vermögen in Deutschland im Großen und Ganzen gerecht verteilt sind, empfinden nur noch 15 Prozent der Bevölkerung die Einkommens- und Vermögensverteilung im Lande als gerecht. Die Mehrheit der Bevölkerung beurteilt die Verteilung in Deutschland dagegen als ungerecht.“²³⁶ Gleichzeitig ist eine „große Mehrheit der Bürger für mehr staatliche Eingriffe und Umverteilung: Zwei Drittel der Bevölkerung (66

²³⁵ Vgl. Bornschie, In: Budowski/Nollert, 2010, S. 141f.

²³⁶ <http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0711140C-3140931B/bst/hs.xsl/89624.htm> (Zugriff: 04.08.2013).

Prozent) sprechen sich dafür aus, dass der Staat für mehr soziale Gerechtigkeit in Deutschland stärker als bisher eingreifen und umverteilen sollte.“²³⁷ Die Lücke zwischen der Wahrnehmung der Parlamentarier und der Wahrnehmung der Bürger hinsichtlich sozialer Gerechtigkeit ist ein Grund dafür, warum sich in den Parlamenten der Wille zur Reduzierung der Ungleichheit bisher noch nicht durchgesetzt hat. Es ist daher Aufgabe der Wissenschaft und weiterer Verbände und Lobbygruppen, diese Wahrnehmungslücke zu schließen. Durch das Schließen dieser Lücke und dementsprechend veränderter nachfolgender Politikausübung ließe sich auch gegen soziale Proteste vorbeugen. Bei entsprechender Bereitschaft lassen sich Proteste, wie z.B. in Brasilien, von einer beweglichen Demokratie aber auch positiv aufnehmen und können tatsächlich zu einer Änderung der Politik führen, ohne sofort gewalttätige Umstürze und Regierungswechsel einzuleiten. Die Wahlsiege der linksorientierten Parteien in Lateinamerika verdeutlichen, dass ein demokratisches System auch die Wahrnehmung großer Ungleichheit seitens einer Mehrzahl der Bevölkerung kanalisieren und das innergesellschaftliche Konfliktpotential auf diese Weise verringern kann. Flexible und gefestigte Demokratien scheinen daher konfliktresistenter zu sein, unabhängig davon wie groß die Ungleichheit ist.

Dass die politische Gegensteuerung gegen die wachsende Ungleichheit wichtig ist, zeigt sich, wenn man eine Prognose über die zukünftige Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse wagt. Denn soziale Ungleichheiten sind jetzt schon stark zementiert und behindern die soziale Aufstiegsmobilität. In Deutschland z.B. ist aufgrund einer relativ niedrigen Erbschaftssteuer gewährleistet, dass die Reichen reich bleiben. Von 2000 bis 2010 wurden hier zwei Billionen Euro vererbt. Es wird geschätzt, dass in der folgenden Dekade von 2010 bis 2020 diese Zahl bei ca. 3,2 Billionen Euro liegen wird.²³⁸ Dieser enorme Wohlstand bleibt somit zu einem großen Teil in den Händen der Reichen. Der *Global Wealth Report*, der von der *Boston Consulting Group* erstellt wird, geht weltweit von einer noch stärkeren Konzentration des Reichtums aus: Wer über Wertpapiere und Bargeld zwischen fünf und 100 Millionen Dollar verfügt, kann sich bis 2017 auf jährliche Wachstumsraten von 8,0 Prozent einstellen. Und diejenigen, die mehr als 100 Millionen Dollar haben, können ihr Vermögen jährlich sogar um 9,2 Prozent erhöhen. Zum Vergleich: Die

²³⁷ Vehrkamp, Robert B./Kleinstеuber, Andreas, In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Soziale Gerechtigkeit 2007 – Ergebnisse einer repräsentativen Bürgerumfrage, Gütersloh 2007, S. 5. Online abrufbar unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_23333_23334_2.pdf (Zugriff: 04.08.2013).

²³⁸ Vgl. Wehler, 2013, S. 76.

Wachstumsschätzungen für das Gesamtvermögen weltweit liegen bei einer jährlichen Rate von 4,8 Prozent.²³⁹

Eine Prognose über die zukünftige Entwicklung der verschiedenen Weltregionen fördert keine allzu spektakulären Ergebnisse zutage. Eine anhand des verfügbaren Einkommens in Dezile aufgeteilte Weltbevölkerung wird bei einer anhaltend starken wirtschaftlichen Entwicklung von China und Indien zwar eine spürbare Verschiebung großer Bevölkerungsanteile von den unteren in die oberen Dezile erfahren, was somit einen positiven Effekt auf die gesamte globale Wohlfahrt haben wird, allerdings muss davon ausgegangen werden, dass die Menschen in Afrika, *low-income* Asien-Pazifik und die große Mehrzahl der Menschen in Lateinamerika durch den Wohlstandsgewinn in Indien die unteren Dezile der Einkommensverteilung sogar noch stärker dominieren werden als bisher. Die ehemaligen osteuropäischen Transformationsländer könnten demgegenüber den Anschluss an Nordamerika, große Teile Europas und die reichen Länder Asiens schaffen.²⁴⁰

Für die Entwicklungshilfe bedeutet das konkret, dass die Industrieländer ihre Prioritäten an mancher Stelle anders setzen und zielgerichteter die extrem armen Länder unterstützen sollten. Bisher wurden die Bedürfnisse der Armen in der Entwicklungspolitik des Öfteren vernachlässigt und stattdessen traditionellen Verflechtungen und möglicher politischer Einflussnahme zuviel Beachtung geschenkt. Es wurde festgestellt, dass besonders die großen Geber der bilateralen Entwicklungshilfe wie z.B. die Europäische Union, die USA und in geringerem Ausmaß auch Deutschland und Frankreich, ihre Hilfen nicht vorwiegend den am wenigsten entwickelten Ländern zukommen lassen, sondern ein beachtlicher Teil auch an reiche oder *middle income* Länder gezahlt wird. Doch auch bei den kleineren Staaten spielen strategische Gesichtspunkte und politische Interessen bei der Vergabe von Entwicklungsgeldern eine Rolle. So hilft z.B. Griechenland vor allem Ländern des Balkans und im östlichen Mittelmeerraum, Portugal seinen ehemaligen Kolonien, und Spanien engagiert sich besonders stark in Lateinamerika. Dabei würden Entwicklungsgelder in den allerärmsten Staaten eine größere Wirkung erzielen, da die inländischen Preisniveaus dort noch einmal um einiges geringer sind als z.B. in *middle income* Ländern.²⁴¹

²³⁹ <http://www.welt.de/finanzen/verbraucher/article116668249/Aktienboom-macht-Ultra-Reiche-noch-reicher.html> (Zugriff: 17.10.2013).

²⁴⁰ Vgl. Davies/Sandstrom/Shorrocks/Wolff, 2007, S. 18f.

²⁴¹ Vgl. Milanovic, 2007, S. 152.

Wenn man ernstzunehmende Anstrengungen zur globalen Ungleichheitsreduzierung anstrebt, muss man auch Änderungen des internationalen Wirtschaftssystems in Auge fassen. Die internationalen Institutionen, allen voran der Internationale Währungsfonds und die Weltbank, werden immer noch von den reichen westlichen Nationen dominiert. Die Stimmrechte im IWF sind dabei sogar noch ungleicher verteilt als die Einkommen.²⁴² Während der Gini-Koeffizient der internationalen Ungleichheit im Jahr 2000 bei 0,54 lag, betrug der Gini der Stimmrechtverteilung im IWF 0,61. Die ärmsten 40 Prozent der Weltbevölkerung verfügten über genau zehn Prozent der Einkommen, besaßen aber weniger als zehn Prozent der Stimmrechte im IWF. Auf der anderen Seite kontrollierten die reichsten zehn Prozent 40 Prozent des Welteinkommens und besaßen dabei 43 Prozent der Stimmrechte im IWF. China scheint dabei der größte Verlierer zu sein. Mit 22 Prozent der Weltbevölkerung und 14 Prozent des Welteinkommens besitzt es trotzdem nur drei Prozent der Stimmrechte im IWF. Daraus lässt sich schließen, dass die Demokratisierung auf internationaler Ebene noch einen weiten Weg zu gehen hat. Diese Demokratisierung muss jedoch vorangetrieben werden, um bestimmte Politiken, z.B. hinsichtlich des internationalen Patentrechts oder der Abschottung des Landwirtschaftssektors, im Sinne der Armutsbekämpfung und Chancengleichheit durchzusetzen.

Dass die Einkommensverteilung innerhalb der wohlhabenden Gesellschaften direkte Auswirkungen auf die armen Länder hat, lässt sich an einem anderen Beispiel verdeutlichen. So wurde festgestellt, dass Länder, in denen die Einkommensungleichverteilung geringer ausfällt, von ihrem Bruttoinlandsprodukt prozentual mehr Geld in die Entwicklungszusammenarbeit ausgeben als Länder mit einer hohen Einkommensungleichheit. Es scheint, dass Länder, in denen prozentual mehr für wohlfahrtsstaatliche Leistungen ausgegeben wird, bereitwilliger sind, auch international für mehr soziale Absicherung und Armutsbekämpfung einzutreten.²⁴³ Anders ausgedrückt: Wer Zuhause Empathie empfindet, entwickelt diese auch für Menschen in anderen Ländern.

Es ist klar, dass nationale Regierungen weder den technischen Wandel noch die sich immer weiter ausbreitenden Globalisierungsprozesse aufhalten können bzw. sich diesen nicht entziehen können. Dies wäre auch sicherlich nicht wünschenswert. Von daher bleiben den Regierungen eigentlich nur folgende Mittel und Wege, um die weitere Einkommensungleichheit einzudämmen: wohlfahrtsstaatliche Umverteilung durch

²⁴² Vgl. Milanovic, 2007, S. 150.

²⁴³ Vgl. Milanovic, 2007, S. 153f.

Transferzahlungen, Veränderungen am Steuersystem, rechtliche Stärkung der Gewerkschaften, Kündigungsschutzbestimmungen, Erhöhung des BAFÖG-Satzes, des Arbeitslosen- und Wohngeldes und insgesamt ein Ausbau der Sozialversicherungssysteme. Ein besonderer Schwerpunkt muss dabei auf den Bildungsbereich gelegt werden, wo man Maßnahmen durchführen muss, um mehr Menschen in höher qualifizierte Arbeit zu bringen und auf diesem Wege eine automatische Lohnangleichung zu erreichen. Dies liegt ganz im Sinne von *Sens Capability Approach*. Sen schafft es außerdem, den angeblich ewigen und wie in Stein gemeißelten Gegensatz zwischen den beiden Konzepten von „Freiheit“ und „Gleichheit“²⁴⁴ miteinander zu versöhnen: *„Liberty is among the possible fields of application of equality, and equality is among the possible patterns of distribution of liberty.“*²⁴⁵ Freiheit ist demnach ein mögliches Anwendungsfeld von Gleichheit, was mit den von ihm propagierten gleichen Verwirklichungschancen der Menschen einhergeht. Dass dabei nicht jeder Mensch die gleichen Grundvoraussetzungen und Talente hat und schon aus diesem Grunde nicht gleich ist, ist klar und auch überhaupt nicht gewollt. Ungleichheiten zwischen Menschen werden als völlig selbstverständlich angesehen, nur die Chancen sollten für alle gleich sein. Und: *“If income gaps get wide enough, they can lead to less equality of opportunity, especially in education. Social mobility in America, contrary to conventional wisdom, is lower than in most European countries.”*²⁴⁶

Neben den Bildungschancen liegt der Fokus der Ungleichheitsforschung vor allem auf der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder. Hier wurde eindeutig festgestellt, dass Wirtschaftswachstum auch ohne ein signifikantes Ansteigen der Ungleichheit innerhalb eines Landes möglich ist. Beste Beispiele dafür sind die sehr erfolgreichen asiatischen Staaten. Hierfür muss man jedoch eine Politik betreiben, die die armen Teile der Bevölkerung in den Wirtschaftskreislauf mit einschließt und sie befähigt, an diesem Kreislauf aktiv teilzunehmen. Dies kann man entweder durch Arbeits- und Ausbildungsprogramme (beschäftigungsorientiert) oder durch soziale Leistungen und Transferzahlungen (armutsorientiert) tun. Indem man Investitionen tätigt, die nicht nur eine ausreichende Ernährung sicherstellt, sondern auch dauerhafte Gesundheit gewährleistet und darüber hinaus die Bildungssituation verbessert, kann man auch die Arbeitsproduktivität dieser Menschen steigern, wodurch das Wirtschaftswachstum insgesamt gefördert wird. Während also

²⁴⁴ Vgl. Bornschie, In: Budowski/Nollert, 2010, S. 129.

²⁴⁵ Sen, Amartya: *Inequality Reexamined*, Oxford 1992, In: Roberts, J. Timmons/Hite, Amy Bellone (Hrsg.): *The Globalization and Development Reader. Perspectives on Development and Global Change*, Oxford 2007, S. 379.

²⁴⁶ <http://www.economist.com/node/21564556> (Zugriff: 19.09.2013).

bewiesen wurde, dass sich eine staatlich durchgeführte Einkommensangleichung nicht unbedingt negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirken muss, wurde an anderer Stelle auch nachgewiesen, „dass Gesellschaften mit höherer Einkommensungleichheit im Großen und Ganzen mehr Beschäftigung hervorbringen.“²⁴⁷ Diese Feststellung dient natürlich als hervorragende Rechtfertigung für die Durchsetzung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik.

Abschließend möchte ich einige Thesen aufstellen und Grundsätze und Lehren aus der Ungleichheitsforschung zusammenfassen: 1. Wirtschaftliche Auf- und Abstiege sind für jedes Land und jede Region immer möglich, das Weltsystem ist nicht starr und unveränderbar. 2. Die systemischen Rahmenbedingungen z.B. in Form des *Washington Consensus* spielen eine bedeutende Rolle für den wirtschaftlichen Erfolg eines Landes. 3. Nicht ausdifferenzierte Lösungen bzw. Rezepte des IWF haben in der Regel nicht den gewünschten Erfolg erzielt, stattdessen braucht es komplexe und vor allem situationsbezogene Lösungsansätze. 4. Die soziale Ungleichheit vergrößert oder verkleinert sich nicht nur im Vergleich der reichen mit den armen Ländern, sondern kann genauso gut innerhalb der Gruppe der reichen oder nur innerhalb der Gruppe der armen Staaten zu- bzw. abnehmen. 5. Es gibt keinen wissenschaftlich festgelegten Wert für einen Ungleichheitsgrad, der allgemein als gerecht angesehen wird. Vielmehr muss jede Nation, und die Weltgemeinschaft als Ganzes, für sich selbst bestimmen, welches Maß an Ungleichheit als gerecht gelten soll. Hier liegt es am informierten Bevölkerungsteil, das Bewusstsein der anderen Bevölkerungsteile über das Maß an Ungleichheit zu schärfen, um gegebenenfalls Veränderungen herbeizuführen. 6. Kuznets U-Hypothese stellt sich in manchen Fällen als richtig, in anderen wiederum als falsch heraus. Sie besitzt daher keine Allgemeingültigkeit und darf während des Entwicklungsprozesses eines Landes nicht als Erklärungsmodell für eine zu- oder abnehmende Ungleichheit herangezogen werden. 7. Staatliche Politik spielt eine zentrale Rolle bei der Entstehung und Vertiefung sowie bei der Gegensteuerung gegen soziale Ungleichheit.

²⁴⁷ Hradil, In: Bayer/Mordt/Terpe/Winter, 2008, S. 150.

3.3. Glücksforschung – legitimer Paradigmenwechsel im entwicklungstheoretischen Diskurs?

*“Economic growth alone does not automatically translate into human development progress.”*²⁴⁸ So steht es im aktuellen Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen. Dies bedeutet eine Abkehr von der Fokussierung auf das Wirtschaftswachstum als einzigem Indikator für die Messung des Entwicklungsstandes einer Gesellschaft. Was der Begriff „Entwicklung“ dabei genau bedeutet, kann sehr unterschiedlich gesehen werden. Einige Autoren wie Ivan Illich sehen eine Entwicklung westlicher Prägung z.B. recht negativ: „Heute verpassen reiche Nationen den armen Nationen aus Wohlwollen eine Zwangsjacke aus Verkehrsstaub, Krankenhausaufenthalten und Klassenzimmern und nennen das nach internationalem Übereinkommen „Entwicklung“. Die Reichen (...) dieser Welt versuchen, ihre zweifelhaften Segnungen mit anderen zu teilen, indem sie der Dritten Welt ihre abgepackten Lösungen aufzwingen.“²⁴⁹ Diese recht radikale anti-westliche Ansicht spiegelt allerdings nicht die Mehrheitsmeinung wider. Wenn man sich die westliche Entwicklungspolitik der vergangenen Jahrzehnte ansieht, erkennt man, dass es sehr viele verschiedene Ideologien, häufige Paradigmenwechsel und Richtungsänderungen im entwicklungstheoretischen Diskurs gegeben hat. Manches Mal wurde auf Freihandel und Liberalisierung gesetzt, ein anderes Mal bevorzugte man eine Abkoppelung vom Weltmarkt und eine Importsubstitutionspolitik. Manchmal wurden bei der Verteilungsfrage die Eliten der Entwicklungsländer unterstützt, ein anderes Mal wiederum rückten die Armen in den Mittelpunkt der Bemühungen, wirtschaftliches Wachstum zu erzeugen. Dabei lassen sich sowohl für die eine, als auch für die andere Seite Beispiele anführen und plausible Argumente finden, die im Grunde, ganz im Sinne von Ulrich Menzel, nur eines beweisen: Die großen Theorien im Bereich der Entwicklungspolitik sind allesamt zu undifferenziert und daher letztendlich gescheitert. Es gibt nun einmal weder einen homogenen Süden noch einen homogenen Norden, genauso wenig wie es eine homogene Gruppe von Industriestaaten und eine homogene Gruppe von Entwicklungsländern gibt. Das Gleiche lässt sich in Bezug auf die verschiedenen Religionen und Kulturkreise, die Samuel Huntington gerne in sieben homogene Gruppierungen eingeteilt sieht, feststellen. Auch wenn man zu Analysezwecken notgedrungen eine gewisse Einteilung vornehmen muss, ist die Welt viel zu kompliziert und

²⁴⁸ United Nations Development Programme (Hrsg.): Human Development Report 2013. The Rise of the South: Human Progress in a Diverse World, New York 2013, S. 4. Online abrufbar unter: http://hdr.undp.org/en/media/HDR_2013_EN_complete.pdf (Zugriff: 14.10.2013).

²⁴⁹ Illich, Ivan: Die „entwickelten“ Länder übertrumpfen (1969), In: Fischer/Hödl/Sievers (Hrsg.), 2008, S. 236.

komplex als dass wir sie in allgemein gültige Schemata und Kategorien einteilen könnten. Wenn auch eine bestimmte Art der Entwicklungspolitik einem Land zu wirtschaftlichem Aufschwung verholfen hat, kann dieselbe Politik in einem anderen Land zu einer Stagnation oder sogar Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage führen. Man muss daher in jeder Region, in jedem Land und sogar in jeder Stadt sorgfältig die Gegebenheiten vor Ort betrachten und anhand dessen zu einer auf die jeweiligen Umstände abgestimmten, geeigneten Politikformulierung kommen.

Seit Amartya Sens bahnbrechenden Arbeiten und der Einführung des *Capability Approach* Anfang der 1990er Jahre hat sich keine neue innovative Strategie als dominante Strömung innerhalb der entwicklungspolitischen Debatte mehr herauskristallisiert bzw. durchsetzen können. Als Weiterentwicklung von Sens Überlegungen, die immer noch die aktuellste Form in der Debatte über die richtige Entwicklungspolitik darstellen, möchte ich im Folgenden einen neuen Ansatz skizzieren, der zwar von der Forschung bereits aufgefasst und auch immer stärker berücksichtigt wird, aber noch zu keinem durchschlagenden Paradigmenwechsel im entwicklungstheoretischen Diskurs geführt hat. Dieses letzte Kapitel soll daher einen kleinen Ausblick darauf geben, wie man die Diskussion über das richtige Maß an sozialer Ungleichheit mit dem neomodischen Begriff der „nachhaltigen Entwicklung“ und Sens *Capability Approach* in einer neuen, so genannten „Glücksformel“ zusammenfassen und die verschiedenen Ansätze erfolgreich in diesen integrieren, und gleichzeitig menschliche Entwicklung fernab von reinem BIP-Wachstum messbar machen kann.

Die Schlagzeile „Spaß ist deutschen Azubis wichtiger als Geld“²⁵⁰ passt in das Bild, das besonders von Jugendlichen in den westlichen, hedonistischen „Spaßgesellschaften“ oftmals gezeichnet wird. Doch genauso wie Spaß und sorgenfreier Konsum für viele Menschen im Vordergrund stehen, gibt es auch eine große Anzahl von Menschen, die sich für nachhaltige und umweltschonende Lebensformen und Gesellschaften und spirituelle Lebenserfüllung einsetzen. Die bisher vorherrschende kapitalistische Wirtschaftsdoktrin der Konkurrenz aller gegen alle, die Förderung des Egoismus und individuellen Selbstinteresses, wird heute von vielen Menschen abgelehnt. Stattdessen wird wieder versucht, dem Allgemeinwohl mehr Bedeutung beizumessen. Inwieweit man eine moralische bzw. ethische Ökonomie erschaffen kann, bleibt dabei fraglich. Das Ziel der Wirtschaft sollte aber immer noch sein, die

²⁵⁰ Hegmann, Gerhard/Siems, Dorothea: Spaß ist deutschen Azubis wichtiger als Geld, In: DIE WELT (Hrsg.), Berlin 2013. Online abrufbar unter: <http://www.welt.de/wirtschaft/article119822178/Spaas-ist-deutschen-Azubis-wichtiger-als-Geld.html> (Zugriff: 11.09.2013).

Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Der weit bekannte Spruch „Die Wirtschaft ist für die Menschen da und nicht die Menschen für die Wirtschaft“ wird weltweit von der großen Mehrheit der Bevölkerungen unterstützt. Ob Kibbuzim in Israel, Tauschlokale in Wien, Globalisierungsgegner, linksanarchische alternative Kommunen und Lebensgemeinschaften, dem Immobilienmarkt entzogene selbstorganisierte Hausprojekte wie das „Mietshäuser Syndikat“, das auch von Studenten betriebene so genannte „Containern“ (u.a. als Protest gegen die „Wegwerfgesellschaft“), die Ausbreitung des Buddhismus und der Zulauf zu spirituellen Strömungen wie z.B. der Kabbala – dies alles sind Anzeichen und Indikatoren dafür, dass es gerade in den reichen Staaten der westlichen Welt viele Menschen gibt, die mit dem derzeitigen kapitalistischen System offensichtlich nicht zufrieden sind und sich nach anderen Werten und einer anderen Art des Zusammenlebens sehnen. Da dieser Exkurs zur Thematik jedoch keine psychologische Abhandlung sein und nicht in eine allgemeine Diskussion über die geistige Entwicklung der Menschheit ausarten soll, möchte ich nur auf eine ganz konkrete neuere Erscheinung eingehen, die weltweit immer mehr Zuspruch erhält und neue Vorschläge zur Messung des gesellschaftlichen Fortschritts aufzeigt: die Glücksforschung.

Die Forschung zum Wohlbefinden der Menschen hat erst am Ende des 20. Jahrhunderts rasant an Beliebtheit gewonnen. Die Messung der Lebenszufriedenheit basiert dabei zumeist auf Selbstangaben. So wird üblicherweise eine bestimmte repräsentative Gruppe von Personen nach ihren Lebensumständen und ihrer allgemeinen Zufriedenheit befragt. Doch dabei gibt es vielerorts Unterschiede in der Fragestellung. So wird z.B. im Rahmen des Eurobarometer-Programms, das von der Europäischen Kommission in Auftrag gegeben wird und zweimal jährlich die Meinungen der Menschen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union einfängt, gefragt: *“On the whole, are you satisfied, fairly satisfied, not very satisfied or not at all satisfied with the life you lead?”*, während im alle zwei Jahre durchgeführten US-amerikanischen *General Social Survey* die Fragestellung wie folgt lautet: *“Taken all together, how would you say things are these days – would you say that you are very happy, pretty happy, or not too happy?”*²⁵¹ Wir sehen hier, dass nicht nur die Wortwahl eine andere ist, sondern auch die Anzahl der möglichen Antworten zwischen den beiden Umfragen divergiert. So gibt es mehrere Umfragen, Indexe oder Datenbanken, die mitunter recht unterschiedliche Resultate erzielen. Die wohl bekanntesten sind der *Happy Planet Index*, die *World Database of Happiness* und der *Better Life Index*. Der *Happy Planet Index* wurde 2006 ins Leben

²⁵¹ Frey, Bruno S./Stutzer, Alois: The Economics of Happiness, In: World Economics, Vol. 3, No. 1, January-March 2002, S. 3.

gerufen, während der von der OECD veröffentlichte *Better Life Index* sogar erst im Jahr 2011 zusammengestellt wurde. Dies zeigt, dass die gesamte Forschung zum subjektiven Wohlbefinden noch sehr jung ist, auch wenn es mittlerweile eine Vielzahl von Studien zu diesem Thema gibt. Viele Studien haben jedoch eine unterschiedliche Schwerpunktsetzung und Herangehensweise, und verwenden voneinander abweichende Messmethoden. Eine internationale Festlegung bzw. Vereinheitlichung der Messstandards hat es noch nicht gegeben. Im Englischen werden abwechselnd die Begriffe *happiness*, *subjective well-being* und *life satisfaction* verwendet. Im Deutschen spricht man von Lebenszufriedenheit, subjektivem Wohlbefinden und Glück, wobei die unterschiedlichen Begriffe in der Regel substantiell das Gleiche ausdrücken sollen.

Der *European Social Survey* misst seit 2001 die Lebenszufriedenheit in 30 europäischen Staaten, inner- und außerhalb der Europäischen Union.²⁵² Dabei wird einmal nach *happiness* („Taken all things together, how happy would you say you are?“) und ein anderes Mal nach *life satisfaction* („All things considered, how satisfied are you with your life as a whole nowadays?“) gefragt. Die Antwortmöglichkeiten liegen zwischen 0 (extrem unglücklich/unzufrieden) und 10 (extrem glücklich/zufrieden). Während einige Studien eine sehr große Übereinstimmung zwischen *happiness* und *life satisfaction* aufgezeigt haben, stellten andere Studien fest, dass es einen psychologischen Unterschied zwischen diesen beiden Konzepten/Termini gibt und je nach Wortwahl der Fragestellung die Antworten zu bestimmten Variablen (z.B. im Zusammenhang mit Geld) zu einem gewissen Grad unterschiedlich ausfallen können.²⁵³

Wie stark ist nun der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Lebenszufriedenheit? „German billionaire kills himself.“²⁵⁴ So lautete am 6. Januar 2009 die Schlagzeile eines Artikels, der von der BBC veröffentlicht wurde. Der Milliardär, der den Freitod wählte, war der 74-jährige Adolf Merckle. Sein Vermögen zu der Zeit wurde auf insgesamt 9,2 Milliarden Dollar geschätzt, was ihm den 94. Rang auf der vom Forbes Magazin erhobenen Liste der reichsten Menschen der Welt einbrachte. Merckle nahm sich das Leben, nachdem er ca. eine halbe Milliarde Dollar in der Finanzkrise verloren hatte. An diesem Beispiel wird deutlich, dass der Level des subjektiven Wohlbefindens in Verbindung

²⁵² Vgl. <http://www.europeansocialsurvey.org/> (Zugriff: 11.09.2013).

²⁵³ Vgl. Betz, William/Simpson, Nicole B.: The effects of international migration on the well-being of native populations in Europe, In: IZA Journal of Migration (Hrsg.), 2:12, Bonn 2013. Online abrufbar unter: <http://www.izajom.com/content/2/1/12> (Zugriff: 11.09.2013).

²⁵⁴ <http://news.bbc.co.uk/2/hi/business/7814257.stm> (Zugriff: 06.07.2013).

mit der eigenen wirtschaftlichen Lage in den meisten Fällen nicht objektiv festzustellen ist und sehr viel mit Psychologie zu tun hat. Der altbekannte Spruch „Reichtum macht auch nicht glücklich“ scheint auf subjektiver Ebene wahr zu sein. Und in der Tat ist herausgefunden worden, dass Wirtschaftswachstum und die Akkumulation von Vermögen und Reichtum in den reichen Staaten der Erde keinen signifikanten Anstieg der Lebenszufriedenheit mit sich gebracht hat. Der amerikanische Ökonom Richard Easterlin hat zum Beispiel festgestellt, dass das Pro-Kopf-Einkommen aller Amerikaner zwischen 1946 und 1970 um ungefähr 60 Prozent zugenommen hat, das subjektive Wohlbefinden im gleichen Zeitraum jedoch nicht gestiegen ist.²⁵⁵ Über einen noch längeren Zeitraum gesehen ist sogar eine leichte Abnahme der Lebenszufriedenheit festzustellen. Während die Durchschnittseinkommen von 11.000 US-Dollar im Jahr 1946 um ca. 150 Prozent auf 27.000 US-Dollar im Jahr 1990 gestiegen sind, hat das subjektive Wohlbefinden in der gleichen Zeit leicht abgenommen. Um dieses Ergebnis weiter zu prüfen, hat Easterlin in den 1990er Jahren Daten von neun europäischen Staaten ausgewertet und kam zu der gleichen Schlussfolgerung: Selbst erhebliche Einkommenszuwächse führen zu keiner erkennbaren Zunahme des subjektiven Wohlbefindens. Das so genannte Easterlin-Paradox zeigt also, dass steigendes Einkommen nicht zwangsläufig mit steigender Lebenszufriedenheit einhergeht. Auf der anderen Seite stimmen die meisten „Glücksforscher“ aber auch darin überein, dass reiche Länder in der Regel glücklichere Menschen hervorbringen als arme Länder. Jedoch gibt es auch hierbei eine bedeutende Tatsache hervorzuheben: Der britische Wirtschaftswissenschaftler Richard Layard hat nämlich gezeigt, dass von allen Ländern, die ein Pro-Kopf-Einkommen von 15.000 US-Dollar oder mehr aufweisen, die Menschen in den reicheren Ländern nicht unbedingt glücklicher sind als diejenigen in den ärmeren Ländern.²⁵⁶ Der generelle Trend bestätigt sich also nur, wenn man die Länder über der 15.000 US-Dollar-Grenze mit denen unterhalb dieser Grenze vergleicht. Der Grad der Lebenszufriedenheit scheint also stärker mit den Einkommenszuwächsen in armen Ländern zu korrelieren, als mit einer weiteren Reichtumsanhäufung in den ohnehin schon reichen Ländern. Es scheint demnach einen gewissen ökonomischen Sättigungsgrad zu geben.

Das Easterlin-Paradox deutet darauf hin, dass die Stellung einer Person im sozialen Gefüge, die Stellung innerhalb der Gesellschaft in der sie lebt, ihr Glücksempfinden zu einem großen

²⁵⁵ Easterlin, Richard A.: Does Economic Growth Improve the Human Lot? Some Empirical Evidence, In: David, P. A./Reder, M. W.: Nations and Households in Economic Growth: Essays in Honor of Moses Abramowitz, New York 1974, S. 118.

²⁵⁶ Layard, Richard: Rethinking Public Economics: The Implications of Rivalry and Habit; In: Bruni L./Porta P.L. (Hrsg.): Economics and Happiness: Framing the Analysis, New York/Oxford 2005, S. 147-169.

Teil mitbestimmt. Der Vergleich mit wirtschaftlich überlegenen Individuen der Gesellschaft verhindert somit ein höheres Wohlbefinden trotz steigendem Einkommen und einem damit verbundenen angenehmeren Lebensstil. Das Gleiche gilt jedoch nicht nur innerhalb einer Stadt oder eines Landes, sondern auch global. Ein überdurchschnittlich reicher Mensch in einem armen Land weiß, dass er sich im globalen Vergleich immer noch in der unteren Hälfte der Einkommensskala befindet, was wiederum die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass diese Person mit ihrer Situation und ihren Möglichkeiten unzufrieden ist. Eine große Mittelschicht auf nationaler, internationaler und globaler Ebene hätte daher den großen Vorteil, dass negative Gefühle wie z.B. Neid und der Vergleich mit einem besser gestellten sozialen Umfeld nicht mehr so häufig vorkommen, wodurch sich das Wohlbefinden des Einzelnen verbessern würde.

Andere Studien untermauern die Erkenntnis, dass das relative Einkommen in der Determinierung des Glücksempfindens eine größere Rolle spielt als das absolute Einkommen.²⁵⁷ Daraus sind, ähnlich wie zu Easterlins Erkenntnissen, zwei Schlussfolgerungen zu ziehen: Erstens, die Lebenszufriedenheit nimmt mit steigendem Einkommen eine Zeitlang tendenziell zu, und zweitens, hat das Durchschnittseinkommen einen gewissen Wert erreicht, kann man keine Zunahme der Lebenszufriedenheit mehr feststellen. Es scheint also ab einem gewissen Grad eine Sättigung zu geben nach dem Motto: Wenn man sich eine Mikrowelle leisten kann, wird man durch den Kauf einer zweiten Mikrowelle nicht mehr glücklicher. Eine ähnliche Entwicklung ist in Bezug auf die Lebenserwartung auszumachen. Sie steigt zwar in den ärmeren Ländern zu Beginn der wirtschaftlichen Entwicklung an, sobald diese Länder aber einen gewissen Einkommensgrad erreicht haben, gibt es keine besondere Erhöhung der Lebenserwartung mehr. Am Beispiel der Gruppe der wohlhabenden Länder kann man erkennen, dass keine Verlängerung der Lebenserwartung mehr eintritt, wenn die Bevölkerung eines reichen Staates noch reicher wird. Wilkinson/Pickett schließen daraus, dass ab einem Pro-Kopf-Einkommen von ca. 25.000 US-Dollar im Jahr weder bei der Lebenserwartung noch bei der Lebenszufriedenheit signifikante Veränderungen festzustellen sind.²⁵⁸ Um es mit den Worten von Wilkinson/Pickett zusammenfassend auf den Punkt zu bringen: „Ob wir Gesundheit, Glücklichkeit oder andere Aspekte des Wohlergehens betrachten, es zeichnet sich ein deutliches Ergebnis ab: In den ärmeren Ländern ist wirtschaftliche Prosperität nach wie vor

²⁵⁷ Vgl. Ball, Richard/Chernova, Kateryna: Absolute Income, Relative Income, and Happiness, Soc Indic Res, 88, 2008, S. 497-529.

²⁵⁸ Vgl. Wilkinson/Pickett, 2009, S. 22.

ein sehr wichtiger Faktor für die Befindlichkeit der Menschen, hier wirkt sich jede Steigerung des materiellen Lebensstandards deutlich auf die objektiven Aspekte (z.B. Lebenserwartung) und die subjektiven Aspekte (z.B. Glücklichein) des Wohlergehens aus. Sobald aber eine Nation den Status eines entwickelten und reichen Landes erreicht, haben weitere Einkommenssteigerungen immer weniger Relevanz.²⁵⁹

Walt Whitman Rostow hatte sich schon im Jahr 1960 Gedanken über die Entwicklung nach dem Konsumzeitalter gemacht und konstatiert, „dass sich zumindest die Amerikaner im letzten Jahrzehnt so verhalten haben, als mache sich ab einem bestimmten Punkt ein sinkender Grenznutzen für dauerhafte Konsumgüter bemerkbar.“²⁶⁰ Weiter stellt er fest, dass die Amerikaner sich aufgrund der wirtschaftlichen Sicherheit, die das System ihnen biete, „höheren Wert darauf legten, größere Familien zu haben, als in konventioneller Weise ihr Realeinkommen zu erhöhen.“ Auch wenn der Trend in den wohlhabenden Staaten schon seit einigen Jahren hin zu kleineren Familien geht, wird in Rostows Aussage schon der später formulierte Postmaterialismus angedeutet. Ronald Inglehart hat in den 1990er Jahren die These vertreten, „dass gesellschaftliche Modernisierung zu postmaterialistischen Einstellungen führt.“²⁶¹ Ingleharts Postmaterialismus-Theorie geht davon aus, dass materielle Güter eine geringere Bedeutung für die Menschen haben, sobald die Grundbedürfnisse gedeckt sind. Wenn man sich keine Sorgen mehr über das tägliche Überleben machen muss und man sich finanziell stabil und sicher fühlt, legt man weniger Wert auf weitere Anhäufung materieller Güter als vielmehr auf den Zugewinn von anderen nichtmateriellen Gütern wie z.B. politische Mitbestimmungsrechte, Gesundheit, Freiheit, Glück, Umweltschutz und Bildung.

Als weiterer interessanter Aspekt im internationalen Vergleich der Lebenszufriedenheit ist der Unterschied zwischen den verschiedenen Weltregionen bemerkenswert. Während z.B. das Bruttoinlandsprodukt der Staaten des ehemaligen Ostblocks mit den Ländern Lateinamerikas vergleichbar ist, beschreiben sich die Menschen in den lateinamerikanischen Staaten als deutlich glücklicher: *“Across the Latin American countries, 45% of the population described themselves as very happy, and 42% rated themselves as very satisfied with their lives as a whole. In the excommunist countries, only 12% described themselves as very happy, and only*

²⁵⁹ Wilkinson/Pickett, 2009, S. 24.

²⁶⁰ Rostow, In: Fischer/Hödl/Sievers, 2008, S. 50.

²⁶¹ Hadler, Markus: Soziale Ungleichheit im internationalen Vergleich. Ihre Wahrnehmung, ihre Auswirkung und ihre Determinanten, Wien 2007, S. 19.

14% were very satisfied. Though their economic levels are fairly similar, Latin Americans were three to four times as likely to have high levels of SWB.”²⁶² Dies verdeutlicht, dass das Einkommen nur ein Faktor unter vielen in der Bestimmung der Lebenszufriedenheit ist. Gesundheit, Bildungsgrad, kultureller Hintergrund, kollektive Geschichtserinnerung, Nationalstolz, das Wetter oder die allgemeine Mentalität spielen ebenfalls eine gewichtige Rolle.

Die Form des politischen Systems kann ebenfalls Auswirkungen auf das Wohlbefinden der Menschen haben. In der Analyse treffen wir jedoch zwangsläufig auf Probleme bezüglich der Definition von Demokratie und autoritären Regierungssystemen, da diese ganz verschiedene Ausprägungen haben können und es daher schwierig ist, sie eindeutig einer Kategorie zuzuordnen. Andreas Schedler schreibt hierzu: *„Most regimes today are neither clearly democratic nor fully authoritarian. They inhabit the wide and foggy zone between liberal democracy and closed authoritarianism.*”²⁶³ So können z.B. Staaten, die faire Wahlen abhalten und – da sie damit die wesentliche Anforderung an eine Demokratie erfüllen – als demokratisch eingestuft werden, bei der Institutionalisierung weiterer demokratischer Aspekte wie z.B. der Rechtsstaatlichkeit oder der politischen Rechenschaftspflicht versagen. Es bleibt jedoch festzuhalten, dass in Demokratien allgemein zufriedенere Menschen leben als in restriktiven Systemen. Der Schweizer Ökonom Bruno Frey hat alle schweizerischen Kantone über einen Zeitraum von zwei Jahren (1992-1994) analysiert und dabei das Wohlbefinden der Menschen miteinander verglichen. Obwohl er konstatiert, dass es schwierig sei, genau zu erklären inwieweit demokratische Institutionen zur Lebenszufriedenheit der Menschen beitragen, da sehr viele Faktoren darin involviert sind, schlussfolgert er, dass *„increased possibilities to directly participate in public decision-making via popular referenda and a decentralised state significantly contribute to happiness.*”²⁶⁴

Doch worin besteht nun der Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Lebenszufriedenheit? *“No society can surely be flourishing and happy, of which by far the greater part of the numbers are poor and miserable.*”²⁶⁵ Dieses Zitat von Adam Smith verdeutlicht, dass es einen tieferen Zusammenhang zwischen Ungleichheit, menschlicher Entwicklung und damit

²⁶² Inglehart, Ronald/Foa, Roberto/Petersen, Christopher/Welzel, Christian: Development, Freedom, and Rising Happiness. A Global Perspective (1981-2007), In: Perspectives on Psychological Science (Hrsg.), Vol. 3, No. 4, 2008, S. 268.

²⁶³ Schedler, Andreas: Elections Without Democracy. The Menu Of Manipulation, In: Journal of Democracy (Hrsg.), Vol. 13, No. 2, 2002, S. 37.

²⁶⁴ Frey/Stutzer, 2002, S. 14.

²⁶⁵ Todaro, Michael P./Smith, Stephen C.: Economic Development, 11. Auflage, Boston 2012, S. 202.

einhergehender Lebenszufriedenheit gibt. Eine umfassende Analyse der Konsequenzen von rein materiellem Wohlstandsstreben und den Folgen von Ungleichheit haben Richard Wilkinson und Kate Pickett geleistet. Sie zeigen die Kosten einer zu ungleichen Verteilung von Einkommen für die gesamte Gesellschaft auf. So haben sie insgesamt neun Kategorien herausgefiltert, auf die sich ein hohes Maß an Ungleichheit negativ auswirkt. Diese lauten: „Niveau des Vertrauens, psychische Erkrankungen sowie Alkohol- und Drogensucht, Lebenserwartung und Säuglingssterblichkeit, Fettleibigkeit, schulische Leistungen der Kinder, Teenager-Schwangerschaften, Selbstmorde, Zahl der Gefängnisstrafen, soziale Mobilität.“²⁶⁶ Anhand der von ihnen ermittelten Ergebnisse wird deutlich, dass die Kosten einer hohen Ungleichheit ganz erheblich sind und sie sich eindeutig negativ auf das Wohlbefinden der gesamten Bevölkerung auswirkt. Des Weiteren argumentieren sie, dass weiteres Wirtschaftswachstum keinen gesellschaftlichen Fortschritt mehr bringe und stattdessen Ängste, Depressionen und andere soziale Probleme zunehmen würden. Ihr Fazit lautet daher: „Wenn wir mehr echte Lebensqualität wollen, dann dürfen wir nicht länger nur nach Wirtschaftswachstum und Wohlstand streben, sondern müssen uns Gedanken um die Verbesserung des psychischen und sozialen Wohlergehens unserer Gesellschaft insgesamt machen.“²⁶⁷

Dass ungleiche Arbeitssituationen unterschiedlich starke Auswirkungen auf die Gesundheit von Menschen haben, wurde mittlerweile belegt: „Arbeitende mit niedrigem beruflichem Status weisen etwa doppelt so häufig (und zudem schwerere) gesundheitliche Beeinträchtigungen als Höhergestellte auf.“²⁶⁸ „Es sind vor allem inhaltsarme, monotone Arbeiten mit geringem Handlungs- und Entscheidungsspielraum, aber auch Arbeiten mit intensivem und fremdbestimmten Arbeitstempo, die häufig psychische Probleme, wie Depressivität, psychosomatische Erkrankungen und Persönlichkeitsstörungen nach sich ziehen. Bei ungelernten Arbeitern kamen schwere *psychische Krankheiten* 3,8 mal so oft vor wie bei qualifizierten Arbeitern; untere Angestellte und Beamte waren 3,2 mal so oft von solchen Krankheiten betroffen wie leitende Angestellte und Beamte; ungelernte Arbeiter hatten sogar 12,2 mal so oft schwere psychische Erkrankungen wie leitende Angestellte und Beamte.“²⁶⁹

²⁶⁶ Wilkinson/Pickett, 2009, S. 33.

²⁶⁷ Wilkinson/Pickett, 2009, S. 18.

²⁶⁸ Hradil, 2001, S. 308.

²⁶⁹ Hradil, 2001, S. 309.

Verschiedene wissenschaftliche Studien haben gezeigt, dass ein hohes Maß an Ungleichheit weithin als ungerecht angesehen wird. Selbst in den Vereinigten Staaten, wo häufig Rechtfertigungen für den hohen Grad der Vermögensspreizung ausgesprochen werden, möchte die Mehrzahl der Menschen tatsächlich eine gleichere Verteilung des Vermögens.²⁷⁰ Extreme Armut aber ist bei der Bestimmung des subjektiven Wohlbefindens der gewichtigste Faktor. Dort wo der Zugang zu ausreichend Lebensmittel, sauberem Wasser, Gesundheitsfürsorge, Unterkunft, Kleidung und Bildung nicht gegeben ist, ist die Zufriedenheit mit dem eigenen Leben unausweichlich sehr gering. Daher sollte der Fokus darauf gelegt werden, die Grundbedürfnisse der Menschen zu decken. Dies wäre ganz im Sinne von Amartya Sens *Capability Approach*.²⁷¹

Ein weiterer Aspekt, den man bei der ständigen Jagd nach mehr Wirtschaftswachstum berücksichtigen muss, sind die Auswirkungen auf die Umwelt. Der *Club of Rome*, der mit seinem Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ 1972 weltweit Schlagzeilen gemacht hat, wies damals zum ersten Mal äußerst medienwirksam auf die Umweltbelastungen hin und argumentierte, dass die Ressourcen der Erde bei anhaltender Ressourcenplünderung bald aufgebraucht seien und infolgedessen weitere Kriege drohten. Auch wenn die Ergebnisse des *Club of Rome* mancherorts als alarmistisch und aufmerksamkeitsheischend angesehen und stark angezweifelt wurden, hat der Club es doch geschafft, das Bewusstsein der Menschen bezüglich ihrer Einstellungen gegenüber der Umwelt zu schärfen. Erst kürzlich wurde der neue Bericht vom *Club of Rome* mit dem Titel „Der geplünderte Planet – Die Zukunft des Menschen im Zeitalter schwindender Ressourcen“ veröffentlicht. Und in der Tat werden die Ressourcen unaufhaltsam knapper. Seit einigen Jahren schon wird von der Umweltorganisation *Global Footprint Network* der jährliche Stichtag berechnet, an dem die Ressourcen aufgebraucht worden sind, die die Menschheit in diesem Jahr verbrauchen dürfte, um nachhaltig zu leben.²⁷² 2013 wurde dieser so genannte *earth overshoot day* bereits am 20. August erreicht. 1990 noch hatte die Nachfrage nach Ressourcen die Kapazität des Planeten zur Reproduktion dieser Ressourcen erst am 7. Dezember überstiegen. Alle Ressourcen, die ab diesem Tag bis zum Ende des Jahres verbraucht werden, gehen zu Lasten zukünftiger Generationen. Auch wenn es im Zuge der Veröffentlichung des kontrovers diskutierten Bestsellers *The Skeptical Environment* des dänischen Wissenschaftlers Bjørn Lomborg zu

²⁷⁰ Vgl. <http://www.nytimes.com/roomfordebate/2011/03/21/rising-wealth-inequality-should-we-care/living-beyond-your-means-when-youre-not-rich> (Zugriff: 06.07.2013).

²⁷¹ Atkinson, Anthony B.: The Contributions of Amartya Sen to Welfare Economics, In: Scandinavian Journal of Economics (Hrsg.), 101(2), Oxford 1999, S. 178.

²⁷² Vgl. http://www.footprintnetwork.org/en/index.php/GFN/page/earth_overshoot_day/ (Zugriff: 09.12.2013).

einer viel beachteten akademischen Debatte über die wahren Auswirkungen des Klimawandels und der Ressourcenplünderung und zu einer Diskussion über den effizientesten Einsatz finanzieller Mittel im Kampf gegen die Folgen des Klimawandels gekommen ist, wird doch allgemein davon ausgegangen, dass eine nachhaltige Lebensweise positive Auswirkungen auf das Wohlbefinden der Menschen hat.

Doch wo steht die Glücksforschung heute? Welche Regierungen haben die Ergebnisse der Glücksforschung aufgenommen? Wofür gibt es überhaupt eine Glücksforschung? Und was bedeuten die Ergebnisse dieser Forschung für uns persönlich und für die Gesellschaft? Die Legitimation dieses relativ neuen Forschungsfeldes ist jedenfalls nur gegeben, wenn sich daraus auch konkrete Handlungsanweisungen bzw. -vorschläge für die Politik herleiten lassen. Wir können beobachten, dass es weltweit einen allgemeinen Trend zu einer stärkeren Gewichtung der Lebenszufriedenheit der Bevölkerungen gibt. Angetrieben wurde diese Entwicklung von verschiedenen Ländern, am bekanntesten ist jedoch das Beispiel von Bhutan. Das kleine Königreich Bhutan, eine konstitutionelle Monarchie zwischen Indien und China, hat eine eigene Philosophie basierend auf dem so genannten „Bruttonationalglück“ entwickelt, die als Richtschnur für politisches Handeln gilt: *“Accordingly, Bhutan has followed a unique development process that strives to balance spiritual and material advancement through four pillars: sustainable and equitable economic growth and development, preservation and sustainable use of the environment, preservation and promotion of cultural heritage, and good governance.”*²⁷³ Thailand hat nun ebenfalls einen „Glücksindex“ eingeführt und Ecuador und Bolivien haben das Konzept des „guten Lebens“ in ihre neuen Verfassungen geschrieben. Ende 2010 wurde der Plan der britischen Regierung unter David Cameron publik, das psychologische Wohlbefinden der Bevölkerung zu messen. Dies wäre das erste Mal, dass ein Industrieland das Wohlbefinden seiner Bevölkerung von offizieller Seite messen würde. Wenn die Ergebnisse einer solchen Messung tatsächlich eine Rolle in der Politikformulierung spielen würden, käme dies einem bedeutenden Wandel gleich und könnte die Ziele der Politik weltweit verändern. Nachdem die beiden Nobelpreisträger Sen und Stiglitz als leitende Personen der *Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress* im Auftrag der französischen Regierung unter Nicolas Sarkozy im Jahr 2009 einen Bericht veröffentlichten, in dem sie für einen

²⁷³ World Bank: Country Assistance Strategy for the Kingdom of Bhutan for the Period FY06-FY09, Bhutan 2005, S. 2. Online abrufbar unter: http://www-wds.worldbank.org/servlet/WDSCContentServer/WDSP/IB/2006/01/13/000160016_20060113100548/Rendered/PDF/33704.pdf (Zugriff: 13.12.2013).

mehrdimensionalen Ansatz bei der Messung des Wohlstands und sozialen Fortschritts plädierten²⁷⁴, haben weitere Länder wie z.B. Australien, China und Kanada sich dafür entschieden, ähnliche Initiativen zu unterstützen.²⁷⁵ Auch der Deutsche Bundestag beschäftigte sich in der vergangenen Legislaturperiode zwei Jahre lang in der eigens dafür eingerichteten Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ erstmalig mit alternativen Messmethoden.²⁷⁶ Global kam der große Anstoß von den Vereinten Nationen: Im Juli 2011 verabschiedete die Generalversammlung eine historische Resolution, in der die Mitgliedstaaten dazu aufgefordert wurden, die Lebenszufriedenheit ihrer Bevölkerungen zu messen und die Ergebnisse dieser Messungen in ihre jeweilige Politik mit einfließen zu lassen.²⁷⁷ Im April 2012 fanden die ersten Gespräche auf höchster Ebene zum Thema Lebensqualität unter dem Vorsitz des Premierministers von Bhutan statt. Gleichzeitig wurde der erste *World Happiness Report* veröffentlicht. Man kann also zusammenfassend konstatieren, dass die Problematik der Fokussierung auf reines Wirtschaftswachstum weltweit erkannt und die Thematik mittlerweile in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist.

Über viele Jahrzehnte hinweg galt die Devise: Entwicklung gleich Wirtschaftswachstum. Da laut der Theorie Wirtschaftswachstum nur durch Investitionen und Investitionen nur durch Kapitalakkumulation möglich ist, unterstützte man sogar die Umverteilung zu Gunsten reicher Eliten, weil man davon ausging, dass diese ihren Reichtum wieder reinvestieren und das Wirtschaftswachstum somit insgesamt ankurbeln würden. Die Konsequenz daraus bedeutete, dass die westlichen Industrienationen aufgrund dieser Ideologie nicht nur eine dramatische Ungleichheit innerhalb der Entwicklungsländer unterstützten, sondern sogar autoritäre bzw. diktatorische Unrechtsregime tolerierten. Die Losung lautete: zuerst Wachstum und dann Umverteilung, zuerst Industrialisierung und dann Demokratisierung. Zwar ist die politische Großwetterlage des Kalten Krieges zu berücksichtigen, aufgrund dessen viele Diktaturen als Gegenleistung für ihre politisch-ideologische Treue unterstützt wurden, dennoch spielten die

²⁷⁴ Vgl. Stiglitz, Joseph E./Sen, Amartya/Fitoussi, Jean-Paul: Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress, Paris 2009. Online abrufbar unter: http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/documents/rapport_anglais.pdf (Zugriff: 15.12.2013).

²⁷⁵ Vgl. <http://www.guardian.co.uk/lifeandstyle/2010/nov/14/happiness-index-britain-national-mood> (Zugriff: 13.12.2013).

²⁷⁶ Vgl. Suermann, Florian: „Wir sind schon nicht ganz so überschwänglich“, In: Die Welt, Berlin 2012, S. 8. Online abrufbar unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article108444944/Wir-sind-schon-nicht-ganz-so-ueberschwaenglich.html> (Zugriff: 18.12.2013).

²⁷⁷ Vgl. Helliwell, John F./Layard, Richard/Sachs, Jeffrey: World Happiness Report, New York 2013, S. 3. Online abrufbar unter: http://unsdsn.org/wp-content/uploads/2014/02/WorldHappinessReport2013_online.pdf (Zugriff: 15.12.2013).

vorherrschenden Wirtschaftstheorien bei der Formulierung der Entwicklungsstrategien auch eine wichtige Rolle. Heutzutage ist die Lage dagegen viel unübersichtlicher. In der vernetzten, globalisierten Welt lassen sich einzelne Theorien sehr viel schwieriger aufrecht erhalten und verschiedene Denkrichtungen und politische Strömungen haben ihre jeweils eigenen Plattformen und Anhängerschaften. Viele Länder folgen nicht mehr der Politik des *Washington Consensus* und haben eine neue Entwicklung angestoßen. Dabei muss man mit einbeziehen, dass wirtschaftliches Wachstum immer noch eine ganz entscheidende Rolle bei der Armutsbekämpfung spielt. Die Generierung von Wirtschaftswachstum bleibt daher für arme Staaten von besonderer Bedeutung. Und auch in den wohlhabenden Ländern wird die wirtschaftliche Entwicklung nicht stehen bleiben. Die neuen Medien und die enormen Zuwachsraten der Informations- und Telekommunikationsbranche zeigen, dass Innovationen immer noch ganz neue beeindruckende Entwicklungen anstoßen und Wirtschaftswachstum hervorbringen können. Es wird also niemals Stillstand geben. Die Frage dabei ist nur, ob sich während des Rennens um einen halben Prozentpunkt mehr an Wirtschaftswachstum auch ein Mehr an geistiger Leere in den Menschen ausbreiten würde oder nicht. Dabei soll das Rad der Zeit überhaupt nicht zurück gedreht werden. Vielmehr geht es darum, eine gute Balance zwischen Wirtschaftswachstum und einer sowohl körperlich als auch geistig gesunden Lebensweise für die Menschen zu finden.

Ich plädiere in meiner Arbeit für die Anwendung der neuen Glücksformel, da sie die umfassendste Messform des menschlichen und gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses darstellt. Selbst Amartya Sens *Capability Approach* ist darin erfasst, denn ein Mensch, der mehr Freiheiten und Verwirklichungschancen besitzt, ist in der Regel auch zufriedener bzw. glücklicher mit seinem Leben. Der Zusammenhang zwischen den Verwirklichungschancen und der Lebenszufriedenheit sollte von der Forschung jedoch noch stärker beleuchtet werden. Ab dem Zeitpunkt, in dem ein positiver Zusammenhang zwischen diesen beiden bewiesen ist, hat auch die Glücksformel legitime Berechtigung als Indikator für gesellschaftlichen Fortschritt. Es zeigt sich allerdings schon eine sehr starke Korrelation zwischen den Werten des *Human Development Index* und den Werten des subjektiven Wohlbefindens. Die Bevölkerung eines Landes, welches einen hohen Wert des *Human Development Index* aufweist, gibt gleichzeitig in Umfragen, die die Lebenszufriedenheit messen, einen höheren Wert an.²⁷⁸

²⁷⁸ Vgl. Helliwell/Layard/Sachs, 2013, S. 145.

Bevor sich die Glücksformel weltweit durchsetzen kann, muss sich aber wahrscheinlich erst einmal eine standardisierte Methode zur Messung von Zufriedenheit etablieren. Einige kulturell bedingte Unterschiede – z.B. geben Menschen aus lateinamerikanischen Ländern für gewöhnlich hohe Zufriedenheitswerte an – dürfen dabei nicht als Ausdruck einer Verzerrung gelten, da das eigene Empfinden von Wohlbefinden, ob durch objektive Indikatoren belegbar oder nicht, für das persönliche Glücksempfinden die alles entscheidende Rolle spielt. Es muss also erlaubt bzw. vom Glücksindikator akzeptiert sein, dass jemand, der nach westlichen Standards zwar arm ist und objektiv gesehen nicht glücklich „sein sollte“, sich tatsächlich aber glücklicher fühlt als z.B. ein reicher Banker in einem wohlhabenden demokratischen Land. Ein einfacher Bauer z.B. in Bolivien kann demnach aus anderen Quellen heraus (Sonne, Arbeit im Freien, Leben in der Natur, große Familie, starke soziale Bindung mit den Nachbarn) ein höheres Zufriedenheitsgefühl erlangen. Zwei österreichische Studien haben z.B. nachgewiesen, dass Wasserfälle das Immunsystem der Menschen, die sich längere Zeit in ihrer Nähe befinden, erheblich stärken und eine stresslindernde Wirkung haben.²⁷⁹ Unter Vermeidung einer Bewertung müssen diese anderen Faktoren als mindestens genauso wichtig und legitim angesehen werden wie eben materieller Wohlstand.

Ungleichheit in extremer Form ist ein wichtiger Faktor, der Freiheiten und Verwirklichungschancen von Menschen eingrenzt. Ein zu hohes Maß an Ungleichheit würde auch in einer Glücksformel Berücksichtigung finden. Denn wenn die Kluft zwischen arm und reich zu sehr auseinander geht, muss man damit rechnen, dass sich der ärmere Teil der Bevölkerung vom System benachteiligt fühlt und deshalb auch nicht mehr so zufrieden bzw. glücklich ist. Die Kosten großer sozialer Ungleichheit, die Wilkinson und Pickett mit drastischen Überschriften wie „Seelische Gesundheit und Drogenkonsum“ oder „Fettleibigkeit: Mit der Ungleichheit wachsen die Pfunde“ anschaulich beschreiben, wären auch in einer Glücksmessung enthalten. Ein Glücksindikator würde daher alle derzeit existierenden verschiedenen Ansätze und Überlegungen bündeln. Genauso wären Minderheiten nicht ausgeschlossen. Ein Land kann nämlich derzeit ein hohes BIP-Wachstum aufweisen und gleichzeitig eine Minderheit von der Teilhabe ausschließen oder diese anderweitig rechtlich diskriminieren. Wenn nun aber die Lebenszufriedenheit anstelle des BIP-Wachstums gemessen würde, müsste eine Regierung auch auf die Bedürfnisse der Minderheit eingehen, da diese bei einer Befragung des Wohlbefindens ansonsten höchstwahrscheinlich sehr niedrige Werte angeben und damit den gesamten Durchschnitt

²⁷⁹ Vgl. <http://diepresse.com/home/gesundheit/624201/Wasserfall-lindert-Stress-staerkt-Abwehrkraft> (Zugriff: 15.12.2013).

eines Landes nach unten ziehen würde. Außerdem sollte man die gesammelten Glückswerte nicht nur national, sondern auch regional und lokal analysieren, um eben solche Besonderheiten angemessen darstellen und berücksichtigen zu können.

Man darf annehmen, dass Lebenszufriedenheit mit Lebensqualität gleichzusetzen ist. Die Hauptaufgabe von Politik und Wirtschaft muss sein, die Lebensqualität und damit auch die Zufriedenheit der Menschen zu erhöhen bzw. zu gewährleisten. Man kann natürlich darüber streiten, ob Zufriedenheit das oberste Ziel sein soll, ob der Sinn des Lebens tatsächlich die Zufriedenheit ist. Dieser Gedanke hat besonders deshalb eine negative Konnotation, weil viele Menschen fälschlicherweise Glück mit Spaß im rein hedonistischen Sinne gleichsetzen und mit den Reizen der modernen Welt (Drogen, Alkohol, Konsum) in Verbindung bringen. Dabei ist hier überhaupt keine Wertung vorzunehmen. Wenn z.B. ein reicher Millionärssohn jeden Tag einkaufen geht und sich ansonsten mit Golf spielen und Aktienkursen beschäftigt, dazu auch noch angibt, dass er glücklich ist, dann ist dies von spirituell Sinn suchenden Menschen nicht zu verurteilen oder mit Skepsis zu betrachten. Man könnte zwar argwöhnen, dass dieser typische „Konsummensch“ sich nur mit viel genussbetonter Beschäftigung von seinem seelischen Elend ablenkt. Doch diese Bewertung ist letzten Endes nicht von der Glücksforschung vorzunehmen. Wenn dieser „Konsummensch“ selbst davon überzeugt ist ein glücklicher Mensch zu sein, muss diese Selbstaussage so akzeptiert werden. So lange jede Person die Freiheit besitzt, den Weg einzuschlagen, der sie ihres Erachtens glücklich machen wird, ist die Grundvoraussetzung für ein glückliches Leben geschaffen. Denn so wie ein religiöser Mensch das Recht hat, seine Glückseligkeit im Glauben zu suchen, so hat ein Sportler das Recht, dies im Fitnessstudio zu tun, ein Reisender am Strand, ein Feinschmecker im Restaurant, ein Hippie im Zelt, ein Hedgefonds-Manager an der Wall Street und ein „Konsummensch“ im Kaufhaus. Die psychologischen Gründe, die hinter der Bewertung der eigenen Lebenszufriedenheit stehen, sind dabei äußerst interessant, dürfen aber nicht dazu führen, die Selbstaussage der verschiedenen Personen anzuzweifeln bzw. nicht anzuerkennen oder sie anders einzustufen. Es darf also nicht gewichtet werden, wie bewusst ein Mensch seine berufliche Tätigkeit oder seine Weltanschauung für die Determinierung seiner Zufriedenheit wahrnimmt. Denn der Staat hat nicht darüber zu urteilen welcher Weg der richtige ist. So lange jeder Mensch glücklich ist, und sei es auch nur in seiner Einbildung, sollte dies positiv bewertet werden. Allerdings ist eine natürliche Dynamik in der Glücksformel impliziert. Denn wenn z.B. eine Person erst im hohen Alter realisiert, dass sie im Grunde nicht glücklich ist und sich die meiste Zeit ihres Lebens etwas Falsches eingebildet

hat, werden ab diesem Zeitpunkt auch ihre Zufriedenheitswerte rapide sinken, was sich im Umkehrschluss wiederum auf die gesamte Statistik negativ auswirken wird. Es wird deutlich, dass es viele verschiedene Analyseebenen in der Frage der Determinierung der Lebenszufriedenheit gibt. Diese unterschiedlichen Dimensionen sind genau zu beleuchten, um daraus wiederum politische Konsequenzen ziehen zu können.

Ein ebenfalls interessanter Beitrag zur politischen Glücksforschung wird von Eric X. Li geliefert, einem Wirtschafts- und Politikwissenschaftler aus Shanghai, der viele Jahr in den USA gelebt und gearbeitet hat.²⁸⁰ Er argumentiert, dass es keine bessere Legitimation einer Regierung bzw. eines politischen Systems gebe als die Zufriedenheit der Bevölkerung. So verteidigt er das chinesische Einparteiensystem, das an der Spitze meritokratisch und an der Basis demokratisch sei, indem er behauptet, dass die chinesische Bevölkerung glücklicher sei als die der westlichen Demokratien. Auch wenn dies eine sehr kontroverse These darstellt und zu hinterfragen wäre, wie genau hier „Glück“ ermittelt worden ist, ist zumindest die Argumentation, dass sich die Legitimation eines politischen Systems aus der Zufriedenheit seiner Bevölkerung speist, plausibel und grundsätzlich erst einmal unterstützenswert. Wie jedoch zuvor schon beschrieben, weisen Menschen in Demokratien im Allgemeinen höhere Zufriedenheitswerte auf als Menschen in autoritären Systemen. Auch wenn hier keine unmittelbare Kausalität aufscheint, ist doch anzunehmen, dass sich politische Freiheiten und Rechte positiv auf das subjektive Wohlbefinden auswirken. In diesem Zusammenhang sei hier noch einmal auf die Arbeiten von Bruno Frey hingewiesen.

Trotz der großen Fortschritte, die es auf dem Feld der Glücksforschung schon gegeben hat, steht die Disziplin immer noch vor großen ungelösten Problemen. Das größte Problem ist dabei sicherlich, eine genaue und allgemein gültige und global anerkannte Messmethode zu entwickeln. Dass eine Vereinheitlichung der Messmethode vollzogen und die Verlässlichkeit und Funktionsfähigkeit der erhobenen Daten tatsächlich gewährleistet werden können, ist noch nicht absehbar. Denn bisherige Messergebnisse haben einander oftmals widersprochen. Während z.B. in einer vom Marktforschungsunternehmen Ipsos durchgeführten Umfrage unter 19.000 Erwachsenen in 24 Ländern Mexiko und Brasilien auf den Plätzen drei und vier landen²⁸¹ und somit als Länder gelten, welche glückliche Menschen hervorbringen, landen die

²⁸⁰ Vgl. http://www.ted.com/talks/eric_x_li_a_tale_of_two_political_systems.html (Zugriff: 11.09.2013).

²⁸¹ Vgl. <http://www.economist.com/node/21548213> (Zugriff: 03.06.2013).

selben Staaten ganz am Ende des *Better Life Index*.²⁸² Und während die *Global Projection of Subjective Well-being* (GPSWB) aus dem Jahr 2006 und die *World Database of Happiness* (WDH) für den Zeitraum von 2000 bis 2010 beide von wohlhabenden westlichen Staaten wie Dänemark, der Schweiz, Island, Finnland, Schweden und Kanada dominiert werden, listet der *Happy Planet Index* (HPI) von 2009 keines dieser Länder auf. Stattdessen landen relativ arme Länder mit großen institutionellen Problemen wie Guatemala, Kolumbien, El Salvador und Honduras auf den vorderen Plätzen der glücklichsten Staaten der Welt. Costa Rica, das sowohl im HPI als auch in der WDH auf dem ersten Platz landete, schafft es in der GPSWB nicht einmal unter die ersten zehn. Und die Schweiz, ein Land mit sehr hohem Pro-Kopf-Einkommen, einem sehr guten Gesundheits- und Bildungssystem und den wahrscheinlich größten Elementen direkter Demokratie in der Welt, wird in einigen Rankings von Ländern wie Costa Rica oder auch Puerto Rico überholt.²⁸³ Alle diese teilweise überraschenden und sich auch oft widersprechenden Ergebnisse zeigen, dass die Messung des Wohlbefindens sehr kompliziert und schwer umzusetzen ist. Auch wenn jede einzelne Studie sehr interessante Ergebnisse zutage fördern kann, führen die unterschiedlichen Methoden und Schwerpunktsetzungen zu unterschiedlichen Ergebnissen, die somit kaum mit Gültigkeitsanspruch zu interpretieren bzw. zu bewerten sind. Da das Forschungsfeld jedoch noch sehr jung ist, besteht die Möglichkeit, die Messmethoden in der Zukunft immer weiter zu verfeinern und präziser zu machen.

Ein weiteres Problem in der Glücksforschung besteht in der Vielzahl der Dimensionen, die das Wohlbefinden eines Menschen beeinflussen bzw. bestimmen können. So spielen z.B. bei einer afro-amerikanischen Frau, der es im globalen Vergleich zwar gut geht, die aber im Vergleich sowohl mit der weißen Bevölkerung im direkten Lebensumfeld als auch mit ihren männlichen Kollegen finanziell schlechter gestellt ist, deren Großeltern noch für die Gleichberechtigung der schwarzen Bevölkerung in den USA gekämpft haben, die sich allein erziehend um ein Kind kümmern muss und Erfahrungen mit Rassismus gemacht hat, sehr viele verschiedene Dimensionen eine Rolle bei der Determinierung ihrer Lebenszufriedenheit. Zudem werden derzeit auch Menschenrechtsverletzungen oder Exklusionen von Minderheiten nicht eigens erfasst und dementsprechend auch nicht in die Glücksindizes aufgenommen. Auch wenn sich diese Vielschichtigkeit der Thematik im Endergebnis niederschlagen würde,

²⁸² Vgl. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftswissen/better-life-index-maenner-sind-reicher-frauen-zufriedener-11759532.html> (Zugriff: 10.06.2013).

²⁸³ Vgl. <http://www.gfmag.com/tools/global-database/ne-data/10294-the-happiest-countries-in-the-world.html#axzz1wCBO0Ox9> (Zugriff: 13.06.2013).

wäre sie mittels einer einzigen Glückszahl wohl nicht darstellbar. Deshalb empfiehlt es sich, einen Wohlstandsindikator in mehrere Kategorien aufzusplitten, so dass man verschiedene Dimensionen, die zur Zufriedenheit eines Menschen beitragen, erfassen kann. Dies böte auch die Möglichkeit, Dimensionen unterschiedlich stark zu gewichten und dadurch bestimmten Politikfeldern eine größere Bedeutung geben zu können. Bevor man sich jedoch an eine solche Strategie zur praktischen Nutzbarkeit des Glücksfaktors begibt, sollte man zuerst relevante Daten weltweit und in regelmäßigen Abständen erfassen. Die Dimensionen oder Fakten, die hierbei unbedingt einbezogen werden müssen, sind: Einkommen bzw. Vermögen, Geschlecht, Alter, Gesundheitszustand, Bildungsniveau, Religiosität, soziales Umfeld, Familienstand und Anzahl der Kinder. Neben diesen individuellen Kernindikatoren sollte man auch noch Messungen zu staatlichen und gesamtgesellschaftlichen Themen durchführen. Es wäre wichtig, die Menschen zu ihren Ansichten z.B. über die soziale Ungleichheit, die Schichtenzugehörigkeit, das politische System, die Angst vor Verbrechen, Terroranschlägen und Umweltkatastrophen, die Freizeitgestaltung, die genutzten Kulturangebote des Ortes, die Sportmöglichkeiten, die Arbeit der Politiker und Medien, die Energiewende, die Korruption, die Bereitstellung von Grünflächen und Erholungsgebieten, die Atmosphäre am Arbeitsplatz, oder über die Lokal- und Bundespolitik zu befragen. Mittlerweile gibt es auch schon einige Ratgeber bzw. Zusammenstellungen von praktischen und leicht durchführbaren Anwendungen, die die Menschen zu einer größeren Lebenszufriedenheit führen sollen. Sie empfehlen u.a. sportliche Aktivitäten, ausreichend Schlaf, eine kurze Wegstrecke zwischen Wohnung und Arbeitsplatz, Zeit mit Familie und Freunden zu verbringen, in der Natur zu sein, anderen Menschen zu helfen, Lachen zu üben, einen Trip zu planen, Meditation und Dankbarkeit zu üben.²⁸⁴

Bei der Auswertung von Umfrageergebnissen zum eigenen Wohlbefinden muss man jedoch sorgfältig darauf achten, dass man eine Korrelation nicht automatisch mit einer Kausalität gleichsetzt. So wurde z.B. gemessen, dass Eltern eines Einzelkindes kein gesteigertes Wohlbefinden haben, wenn sie jedoch zwei oder mehr Kinder hatten, das Wohlbefinden höher war.²⁸⁵ Auf den ersten Blick ergibt sich daraus die Schlussfolgerung: Je mehr Kinder, desto größer die Lebenszufriedenheit. Aus einem anderen Blickwinkel heraus kann man aber auch annehmen, dass glückliche Menschen allgemein mehr Kinder kriegen. Bei Menschen,

²⁸⁴ Vgl. <http://www.social-consciousness.com/2013/10/ten-simple-things-you-can-do-today-that-will-make-you-happier-backed-by-science.html> (Zugriff: 08.10.2013).

²⁸⁵ Vgl. Betz, William/Simpson, Nicole B.: The effects of international migration on the well-being of native populations in Europe, In: IZA Journal of Migration (Hrsg.), 2:12, 2013, S. 9. Online abrufbar unter: <http://www.izajom.com/content/pdf/2193-9039-2-12.pdf> (Zugriff: 10.12.2013).

die gesund sind, die einen gut bezahlten Beruf ausüben, der es ihnen ermöglicht den Lebensunterhalt einer mehrköpfigen Familie zu bestreiten und die darüber hinaus vielleicht noch in einer glücklichen Beziehung sind, liegt die Wahrscheinlichkeit, dass sie mehr Kinder kriegen, wohl höher als bei Menschen, die nicht die gleichen Vorbedingungen bzw. Voraussetzungen haben. Daher ist es kein einfaches Unterfangen, eine endgültige Behauptung darüber aufzustellen, ob mehr Kinder die Menschen glücklicher machen oder nicht. Dennoch macht es Sinn, diese Frage in einem „Glücksinterview“ zu stellen, da es besonders der Soziologie ermöglicht, weitere Forschungen in dieser Richtung anzustellen.

Das Beispiel von Costa Rica, das regelmäßig auf Platz eins des *Happy Planet Index* landet, welcher die Lebenserwartung, das subjektive Wohlbefinden und den ökologischen Fußabdruck misst, zeigt, dass eine positive Entwicklung auch ohne die höchsten Wachstumsraten erreicht werden kann. Layard hat sieben Faktoren identifiziert, die das durchschnittliche nationale Wohlbefinden beeinflussen: *“family relationships, financial situation, work, community and friends, health, personal freedom, and personal values”*.²⁸⁶ Armut und Arbeitslosigkeit können die Lebenszufriedenheit genauso beeinflussen wie z.B. Scheidungen, Misstrauen in der Gesellschaft oder Religion. Die vielfältigen verschiedenen Dimensionen wurden schon erwähnt. Einige Wissenschaftler behaupten sogar, dass das Niveau des Wohlbefindens zu einem großen Teil von genetischen Faktoren abhängt: *“Neuroscientists have found close linkages between reported happiness and dopamine and serotonin levels in the brain, and they have found that genes seem to play a major role in regulating these levels.”*²⁸⁷ Da man für die Bestimmung des subjektiven Wohlbefindens so viele, auch sehr persönliche und psychologische, Aspekte berücksichtigen muss, die nicht im Einflussbereich von Politik liegen, ist es klar, dass Regierungen nicht alle diese Aspekte aufnehmen und adäquat behandeln können. Dennoch gibt es einige Implikationen für Politiker in verschiedenen Politikbereichen. In Zeiten von Revolutionen in nordafrikanischen Ländern, der Occupy-Bewegung, finanziellen Krisen und vielen weiteren Auseinandersetzungen auf der Welt, entfacht durch die Unzufriedenheit vieler Menschen mit dem derzeitigen globalen System, wird eine neue Herangehensweise für die menschliche Entwicklung dringend gebraucht. Hohe Raten von Jugendarbeitslosigkeit, mangelhafte multinationale Institutionen und Organisationen, und die Krise der neoliberalen Wirtschaftsordnung haben viele Menschen desillusioniert. Dies hat im Umkehrschluss lautere Forderungen nach einer starken

²⁸⁶ Todaro/Smith, S. 19.

²⁸⁷ Inglehart, Ronald/Klingemann, Hans-Dieter: Genes, Culture, Democracy, and Happiness, In: Diener, Ed/Suh, Eunkook M. (Hrsg.): Culture and subjective well-being, Cambridge 2000, S. 165.

globalen Zivilgesellschaft hervorgebracht, die eine neue Werteskala, mehr Solidarität und ökologische Nachhaltigkeit fordert.²⁸⁸ Inzwischen hat die Glücksforschung zwei verschiedene Schlussfolgerungen für reiche und arme Staaten und ihre jeweiligen Politikziele formuliert: Arme Staaten sollten weiterhin Maßnahmen durchführen, die das Einkommensniveau der Bevölkerung anheben. Nur so können arme Menschen ökonomische Freiheit erlangen und somit ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und sich infolgedessen auch gewinnbringend in die Gesellschaft einbringen. Reiche Länder hingegen sollten ihre Aufmerksamkeit darauf legen, Einkommensunterschiede zu verringern, eine ökologisch nachhaltige Lebensform zu erreichen und dem Gefühl sozialer Marginalisierung und der vermehrten Verbreitung von Stresssyndromen, verursacht durch den heutigen modernen Lebensstil, entgegenwirken. Glücksforscher zweifeln lautstark an der Fokussierung auf Wirtschaftswachstum in den reichen Ländern der Welt, während sie die Bedeutung und die Notwendigkeit wirtschaftlichen Wachstums in Entwicklungsländern hervorheben, sei es, um „nur“ ein gestiegenes Wohlbefinden zu erreichen, oder um die Verwirklichungschancen der Menschen zu verbessern.²⁸⁹ Wirtschaftswachstum im traditionellen Sinne wird noch auf lange Sicht von großer Bedeutung sein. Wenn dieses Wachstum relativ gleichmäßig verteilt wird und somit die Grundbedürfnisse aller Menschen befriedigen kann, werden die Bevölkerungen sicherlich glücklicher sein als zuvor. Aber sobald ein bestimmtes Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung erreicht worden ist, sollten die Prioritäten von der reinen Fokussierung auf Wirtschaftswachstum hin zu einer nachhaltigen Entwicklung, einem verstärkten Umweltbewusstsein, einem verringerten Maß an Ungleichheit und einer Anhebung des Bildungsniveaus verschoben werden.

²⁸⁸ Vgl. Kriegman, Orion: Dawn of the Cosmopolitan: The Hope of a Global Citizens Movement, Boston 2006, S. 2.

²⁸⁹ Vgl. Todaro/Smith, 2012, S. 19.

3.4. Bibliographie

Acar, Sevil/Dogrue, Fatma: Sources of Inequality in Selected MENA Countries, University of Texas Inequality Project Working Paper No. 60, October 2010.

Altmann, Jörn/Kulesa, Margareta E. (Hrsg.): Internationale Wirtschaftsorganisationen. Ein Taschenlexikon, Stuttgart 1998.

Atkinson, Anthony B.: The Contributions of Amartya Sen to Welfare Economics, In: Scandinavian Journal of Economics (Hrsg.), 101(2), Oxford 1999.

Atkinson, Anthony B./Piketty, Thomas/Saez, Emmanuel: Top Incomes in the Long Run of History, In: Journal of Economic Literature (Hrsg.), 49:1, 2011, S. 3-71.

Atkinson, Anthony B.: Income Inequality in OECD Countries: Data and Explanations, CESifo Working Paper No. 881, February 2003.

Ball, Richard/Chernova, Kateryna: Absolute Income, Relative Income, and Happiness, Soc Indic Res, 88, 2008, S. 497-529.

Baker, Dean: Wachsende Ungleichheit in den Vereinigten Staaten, In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Fokus Amerika, Washington D.C. 2006.

Banerjee, Abhijit V./Duflo, Esther: What is Middle Class about the Middle Classes around the World?, In: Journal of Economic Perspectives (Hrsg.), Vol. 22, No. 2, 2008, S. 3-28.

Bayer, Michael/Mordt, Gabriele/Terpe, Sylvia/Winter, Martin (Hrsg.): Transnationale Ungleichheitsforschung. Eine neue Herausforderung für die Soziologie, Frankfurt am Main/New York 2008.

Beck, Ulrich/Poferl, Angelika: Große Armut, großer Reichtum. Zur Transnationalisierung sozialer Ungleichheit, Berlin 2010.

Becker, Joachim/Heinz, Ronald/Imhof, Karen/Küblböck, Karin/Manzenreiter, Wolfram (Hrsg.): Geld Macht Krise. Finanzmärkte und die neoliberale Herrschaft, Wien 2003.

Beinecke, Frances: Is Growth Good? Resources, Development, and the Future of the Planet, In: Foreign Affairs (Hrsg.), Vol. 91, No. 5, 2012, S. 163-175.

Betz, William/Simpson, Nicole B.: The effects of international migration on the well-being of native populations in Europe, In: IZA Journal of Migration (Hrsg.), 2:12, 2013.

Betz, Thomas: IWF und Weltbank. Anspruch und Wirklichkeit, In: Zeitschrift für Sozialökonomie (Hrsg.), 132. Folge, Oldenburg 2002.

Birdsall, Nancy: The (Indispensable) Middle Class in Developing Countries; or, The Rich and the Rest, Not the Poor and the Rest, In: Center for Global Development (Hrsg.), Working Paper 207, Washington D.C. 2010.

Birdsall, Nancy/Graham, Carol/Pettinato, Stefano: Stuck In The Tunnel: Is Globalization Muddling The Middle Class?, In: The Brookings Institution Center on Social and Economic Dynamics (Hrsg.), Working Paper No. 14, Wahsington D.C. 2000.

Budowski, Monica/Nollert, Michael (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Differenzen, Zürich 2010.

Bull, Benedicte/Boas, Morten (Hrsg.): International Development. Volume I Theories of Modernisation and Economic Growth, London 2010.

Bull, Benedicte/Boas, Morten (Hrsg.): International Development. Volume II Dependency and Underdevelopment, London 2010.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Lebenslagen in Deutschland. Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bonn 2013.

Burzan, Nicole: Soziale Ungleichheit. Eine Einführung in die zentralen Theorien, 3. Auflage, Wiesbaden 2007.

Carter, Ian/Kramer, Matthew H./Steiner, Hillel (Hrsg.): Freedom. A Philosophical Anthology, Oxford 2007.

Cléménçon, Raymond: Welcome to the Anthropocene: Rio+20 and the Meaning of Sustainable Development, In: Journal of Environment and Development (Hrsg.), 21(3), 2012, S. 311-338.

Conceição, Pedro/Ferreira, Pedro: The Young Person's Guide to the Theil Index: Suggesting Intuitive Interpretations and Exploring Analytical Applications, UTIP Working Paper Number 14, Austin/Cambridge 2000.

Davies, James B./Sandstrom, Susanna/Shorrocks, Anthony/Wolff, Edward N.: The World Distribution of Household Wealth, In: Center for Global, International and Regional Studies, UC Santa Cruz (Hrsg.), Mapping Global Inequalities, Santa Cruz 2007.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert, Wochenbericht Nr. 24, Berlin 2010.

Dieter, Heribert: Die Asienkrise und der IWF: Ist die Politik des Internationalen Währungsfonds gescheitert?, In: INEF Report Institut für Entwicklung und Frieden der Gerhard-Mercator-Universität-GH-Duisburg zur wissenschaftlichen Begleitung der Stiftung Entwicklung und Frieden, Heft 29, Duisburg 1998.

Dieter, Heribert: Die Finanzkrise in Südamerika: Argentinien, Brasilien und Uruguay in schweren Turbulenzen, In: Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.), Berlin 2002.

Easterlin, Richard A.: Does Economic Growth Improve the Human Lot? Some Empirical Evidence, In: David, P. A./Reder, M. W. (Hrsg.): Nations and Households in Economic Growth: Essays in Honor of Moses Abramowitz, New York 1974.

Easterly, William: The Middle Class Consensus and Economic Development, Washington D.C. 2001.

Fischer, Karin/Hödl, Gerald/Sievers, Wiebke (Hrsg.): Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development, Wien 2008.

Food and Agriculture Organization of the United Nations: The State of Food Insecurity in the World. Economic growth is necessary but not sufficient to accelerate reduction of hunger and malnutrition, Rom 2012.

Frey, Bruno S./Stutzer, Alois: Happiness, Economy and Institutions, In: Economic Journal (Hrsg.), 110(446), 2000, S. 918–938.

Frey, Bruno S./Stutzer, Alois: The Economics of Happiness, In: World Economics (Hrsg.), Vol. 3, No. 1, 2002.

Galbraith, James K.: Inequality and Instability. A Study of the World Economy Just Before the Great Crisis, New York 2012.

Gore, Charles: The Rise and Fall of the Washington Consensus as a Paradigm for Developing Countries, In: World Development (Hrsg.), Vol. 28, No. 5, 2000, S. 789-804.

Grusky, David B./Ku, Manwai C./Szelényi, Szonja (Hrsg.): Social Stratification. Class, Race, and Gender in Sociological Perspective, Boulder/Philadelphia 2008.

Hadler, Markus: Soziale Ungleichheit im internationalen Vergleich. Ihre Wahrnehmung, ihre Auswirkung und ihre Determinanten, Wien 2007.

Heidenreich, Martin (Hrsg.): Die Europäisierung sozialer Ungleichheit. Zur transnationalen Klassen- und Sozialstrukturanalyse, Frankfurt am Main 2006.

Helliwell, John F./Layard, Richard/Sachs, Jeffrey: World Happiness Report, New York 2013.

Hradil, Stefan: Soziale Ungleichheit in Deutschland, 8. Auflage, Opladen 2001.

Inglehart, Ronald: Modernisierung und Postmodernisierung. Kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften, Frankfurt am Main/New York 1998.

Inglehart, Ronald/Klingemann, Hans-Dieter: Genes, Culture, Democracy, and Happiness, In: Diener, Ed/Suh, Eunkook M. (Hrsg.): Culture and subjective well-being, Cambridge 2000.

Inglehart, Ronald/Foa, Roberto/Petersen, Christopher/Welzel, Christian: Development, Freedom, and Rising Happiness. A Global Perspective (1981-2007), In: Perspectives on Psychological Science (Hrsg.), Vol. 3, No. 4, 2008, S. 264-285.

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (Hrsg.): Die Krise und die Konsequenzen. Wirtschaftspolitik – Verteilungsfragen – Finanzmarktregulierung, Wien 2010.

Kellermann, Christian: Die Organisation des Washington Consensus. Der Internationale Währungsfonds und seine Rolle in der internationalen Finanzarchitektur, Bielefeld 2006.

Kindleberger, Charles P./Aliber, Robert Z.: Manias, Panics and Crashes. A History of Financial Crises, 5. Auflage, Basingstoke, New York 2005.

Kharas, Homi/Gertz, Geoffrey: The New Global Middle Class: A Cross-Over from West to East, In: Wolfensohn Center for Development at Brookings (Hrsg.), Washington D.C. 2010.

Klug, Friedrich/Fellmann, Ilan (Hrsg.): Schwarzbuch Neoliberalismus und Globalisierung, Linz 2006.

Kreckel, Reinhard: Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, 3. Auflage, Frankfurt/Main 2004.

Kriegman, Orion: Dawn of the Cosmopolitan: The Hope of a Global Citizens Movement, Boston 2006.

Krugman, Paul: The Return Of Depression Economics And The Crisis Of 2008, New York/London 2009.

Küblböck, Karin/Staritz, Cornelia (Hrsg.): Asienkrise: Lektionen gelernt? Finanzmärkte und Entwicklung, Hamburg 2008.

K.S., Jomo/Fine, Ben: The New Development Economics. After the Washington Consensus, New Delhi/London/New York 2006.

Layard, Richard: Happiness and Public Policy: A Challenge to the Profession, In: The Economic Journal (Hrsg.), 116, Oxford 2006, S. 24-33.

Layard, Richard: Rethinking Public Economics: The Implications of Rivalry and Habit; In: Bruni L./Porta P.L. (Hrsg.): Economics and Happiness: Framing the Analysis, New York/Oxford 2005, S. 147-169.

Lesch, Hagen: Erfassung und Entwicklung von Streiks in OECD-Ländern, In: Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.), Köln 2009.

Lewis, William Arthur: Economic Development with Unlimited Supplies of Labour, In: The Manchester School of Economic and Social Studies (Hrsg.), 2, Manchester 1954, S. 139-191.

Lomborg, Bjørn: Environmental Alarmism, Then and Now, In: Foreign Affairs, Vol. 91, No. 4, 2012, S. 24-40.

Marx, Karl/Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei. Grundsätze des Kommunismus, Stuttgart 2002.

Menzel, Ulrich: Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie, Frankfurt am Main 1992.

Milanovic, Branco: Worlds apart: measuring international and global inequality, 2. Auflage, Princeton 2007.

Mussa, Michael: Argentina and the Fund: From Triumph to Tragedy, Washington D.C. 2002.

Nayyar, Deepak: Globalisation, history and development: a tale of two centuries, In: Cambridge Journal of Economics (Hrsg.), 30, Cambridge 2006, S. 137-159.

Ortiz, Isabel/Cummins, Matthew: Global Inequality: Beyond The Bottom Billion. A Rapid Review of Income Distribution in 141 Countries, New York 2011.

Otto-Blume-Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik e.V.: Forschungsprojekt Überprüfung der These einer „schrumpfenden Mittelschicht“ in Deutschland, In: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Lebenslagen in Deutschland. Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung, Köln/Bonn 2011.

Parnreiter, Christof/ Novy, Andreas//Fischer, Karin (Hrsg.): Globalisierung und Peripherie. Umstrukturierung in Lateinamerika, Afrika und Asien, Frankfurt am Main 1999.

Pezzini, Mario: An emerging middle class, In: OECD Development Centre (Hrsg.), Paris 2012.

Pieterse, Jan Nederveen: Global Rebalancing: Crisis and the East-South Turn, In: Development and Change (Hrsg.), 42(1), Oxford 2011, S. 22-48.

Ravallion, Martin: Inequality is Bad for the Poor, Washington D.C. 2005.

Ravallion, Martin: The Developing World's Bulging (but Vulnerable) Middle Class, In: World Development (Hrsg.), Vol. 38, No. 4, 2009, S. 445-454.

Rehbein, Boike/Schwengel, Hermann: Theorien der Globalisierung, 2. Auflage, Konstanz/München 2012.

Reinhart, Carmen M./Rogoff, Kenneth S.: Dieses Mal ist alles anders. Acht Jahrhunderte Finanzkrisen, 5. Auflage, München 2010.

Roberts, J. Timmons/Hite, Amy Bellone (Hrsg.): The Globalization and Development Reader. Perspectives on Development and Global Change, Oxford 2007.

Schedler, Andreas: Elections Without Democracy. The Menu Of Manipulation, In: Journal of Democracy (Hrsg.), Vol. 13, No. 2, 2002.

Schlicht, Ekkehart: Einführung in die Verteilungstheorie, Hamburg 1976.

Sen, Amartya: Inequality Reexamined, Oxford 1992.

Sen, Amartya: Development as freedom, Oxford 1999.

Sen, Amartya: Human Rights and Capabilities, In: Journal of Human Development (Hrsg.), Vol. 6, No. 2, July 2005.

Sommersberg, Angela: Deutsche vermissen soziale Gerechtigkeit, In: Frankfurter Rundschau (Hrsg.), Frankfurt am Main, 15.02.2013.

Steinbauer, Jürgen: Die Rolle des Internationalen Währungsfond in der Argentinienkrise, Innsbruck 2003.

Stiglitz, Joseph E.: Globalization and Its Discontents, London 2002.

Stiglitz, Joseph E./Sen, Amartya/Fitoussi, Jean-Paul: Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress, Paris 2009.

Stiglitz, Joseph E.: Der Preis der Ungleichheit. Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht, New York/München 2012.

Suermann, Florian: “Wir sind schon nicht ganz so überschwänglich”, In: Die Welt (Hrsg.), Berlin, 01.08.2012.

Todaro, Michael P./Smith, Stephen C.: Economic Development, 11. Auflage, Boston 2012.

United Nations Conference on Trade and Development (Hrsg.): Trade and Development Report 2012, New York/Genf 2012.

United Nations Development Programme (Hrsg.): Human Development Report 2013. The Rise of the South: Human Progress in a Diverse World, New York 2013

Veenhoven, Ruut: Happiness in Nations: Subjective Appreciation of Life in 56 Nations 1946–1992. Rotterdam 1993.

Wallerstein, Immanuel: Globalization or the Age of Transition? A Long-Term View of the Trajectory of the World-System, In: International Sociology (Hrsg.), Vol 15(2), London 2000, S. 249-265.

Wehler, Hans-Ulrich: Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland, München 2013.

Wilkinson, Richard/Pickett, Kate: Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Berlin 2009.

Williamson, John: A Short History of the Washington Consensus, Barcelona 2004.

Wittmann, Walter: Finanzkrisen, 2. Auflage, Zürich 2009.

World Bank: Country Assistance Strategy for the Kingdom of Bhutan for the Period FY06-FY09, Bhutan 2005.

Zoellick, Robert B.: The End of the Third World? Modernizing Multilateralism for a Multipolar World, In: Woodrow Wilson Center for International Scholars (Hrsg.), Washington D.C. 2010.

Internetquellen in chronologischer Reihenfolge

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article108444944/Wir-sind-schon-nicht-ganz-so-ueberschwaenglich.html>

<http://www.fr-online.de/politik/umfrage-deutsche-vermissen-soziale-gerechtigkeit,1472596,21821688.html>

<http://data.worldbank.org/indicator/SI.POV.GINI>

<http://www.wider.unu.edu/research/Database/>

http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pdfs/quota_tbl.pdf

<http://www.imf.org/external/np/vc/2002/070202.htm>

<http://www.imf.org/external/np/vc/2003/021003.htm>

<http://www.globalpolicy.org/component/content/article/209/43245.html>

<http://hdr.undp.org/en/reports/global/hdr1990/chapters/>

http://siteresources.worldbank.org/INTWDR2006/Resources/477383-1118673432908/Inequality_is_Bad_for_the_Poor.pdf

<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/40392/ungleichheit?p=all>

http://www.undp.org/content/dam/undp/library/corporate/UNDP-in-action/2013/English/UNDP_AR2013_english_WEB.pdf

<http://www.economist.com/node/21564556>

[http://www.undp.org/content/dam/undp/library/corporate/HDR/2013GlobalHDR/English/HD
R2013%20Report%20English.pdf](http://www.undp.org/content/dam/undp/library/corporate/HDR/2013GlobalHDR/English/HD
R2013%20Report%20English.pdf)

<http://www.fao.org/docrep/016/i3027e/i3027e.pdf>

[http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen-DinA4/a334-4-armuts-
reichtumsbericht-2013.pdf?__blob=publicationFile](http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen-DinA4/a334-4-armuts-
reichtumsbericht-2013.pdf?__blob=publicationFile)

<http://www.theguardian.com/business/2013/mar/04/forbes-rich-list-carlos-slim-billionaires>

<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/fields/2001.html>

http://databank.worldbank.org/data/download/GDP_PPP.pdf

[http://www.welt.de/wirtschaft/article120687225/Deutschlands-Milliardaere-sind-so-reich-
wie-nie.html](http://www.welt.de/wirtschaft/article120687225/Deutschlands-Milliardaere-sind-so-reich-
wie-nie.html)

[http://www.welt.de/finanzen/verbraucher/article116668249/Aktienboom-macht-Ultra-Reiche-
noch-reicher.html](http://www.welt.de/finanzen/verbraucher/article116668249/Aktienboom-macht-Ultra-Reiche-
noch-reicher.html)

http://www.wider.unu.edu/events/past-events/2006-events/en_GB/05-12-2006/

<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/fields/2172.html>

http://www.wider.unu.edu/events/past-events/2006-events/en_GB/05-12-2006/

<http://www.economist.com/node/21564556>

[http://www.wiwo.de/politik/ausland/gerechtigkeit-gini-koeffizient-in-deutschland-nahezu-
unveraendert/8210632-2.html](http://www.wiwo.de/politik/ausland/gerechtigkeit-gini-koeffizient-in-deutschland-nahezu-
unveraendert/8210632-2.html)

[http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/soziale-ungleichheit-deutschland-wird-
amerikanischer-a-801730.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/soziale-ungleichheit-deutschland-wird-
amerikanischer-a-801730.html)

http://www.nytimes.com/2013/08/10/business/economy/us-companies-thrive-as-workers-fall-behind.html?adxnnl=1&smid=tw-share&adxnnlx=1376226207-quGDiQ1xFsMai/BLjxlX2w&_r=0

<http://www.welt.de/wirtschaft/article119782866/Die-Maer-von-der-steigenden-sozialen-Ungleichheit.html>

<ftp://ftp.uic.edu/pub/depts/econ/wpaper/cchis/old%20docs533%20S07/Economic%20Development%20with%20Unlimited%20Supplies%20of%20Labour%20-%20Arthur%20Lewis.pdf>

<http://www.thebrokeronline.eu/Articles/Putting-inequality-on-the-map/Defining-the-middle-class>

<http://www.oecdobserver.org/news/fullstory.php/aid/3681/>

<http://www.welt.de/wirtschaft/article120192177/US-Manager-verdienen-277-Mal-mehr-als-Mitarbeiter.html>

<http://www.dsw-info.de/Vorstandsverguetungsstudie-201.1796.0.html>

<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/managergehaelter122.html>

<http://de.statista.com/statistik/faktenbuch/356/a/laender/china/wirtschaft-in-china/>

<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/china-wachstum100.html>

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/14564/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-in-indien/>

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/197050/umfrage/ranking-der-20-laender-mit-dem-groessten-wachstum-des-bruttoinlandsprodukts/>

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/14570/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-bip-in-suedafrika/>

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article117105234/Europa-stirbt-aus-Afrika-entscheidet-die-Zukunft.html>

<http://www.brandeins.de/lesen/hintergrund/eu-agrarsubventionen-2011-wer-bekommt-wie-viel.html>

<http://reich-sein.eu/politik-und-geld/>

<http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0711140C-3140931B/bst/hs.xsl/89624.htm>

http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_23333_23334_2.pdf

http://hdr.undp.org/en/media/HDR_2013_EN_complete.pdf

<http://www.welt.de/wirtschaft/article119822178/Spass-ist-deutschen-Azubis-wichtiger-als-Geld.html>

<http://www.europeansocialsurvey.org/>

<http://www.izajom.com/content/2/1/12>

<http://news.bbc.co.uk/2/hi/business/7814257.stm>

<http://www.nytimes.com/roomfordebate/2011/03/21/rising-wealth-inequality-should-we-care/living-beyond-your-means-when-youre-not-rich>

http://www.footprintnetwork.org/en/index.php/GFN/page/earth_overshoot_day/

http://www-wds.worldbank.org/servlet/WDSCContentServer/WDSP/IB/2006/01/13/000160016_20060113100548/Rendered/PDF/33704.pdf

http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/documents/rapport_anglais.pdf

<http://www.guardian.co.uk/lifeandstyle/2010/nov/14/happiness-index-britain-national-mood>

http://unsdsn.org/wp-content/uploads/2014/02/WorldHappinessReport2013_online.pdf

<http://diepresse.com/home/gesundheit/624201/Wasserfall-lindert-Stress-staerkt-Abwehrkraft>

http://www.ted.com/talks/eric_x_li_a_tale_of_two_political_systems.html

<http://www.economist.com/node/21548213>

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftswissen/better-life-index-maenner-sind-reicher-frauen-zufriedener-11759532.html>

<http://www.gfmag.com/tools/global-database/ne-data/10294-the-happiest-countries-in-the-world.html#axzz1wCBO0Ox9>

<http://www.social-consciousness.com/2013/10/ten-simple-things-you-can-do-today-that-will-make-you-happier-backed-by-science.html>

<http://www.izajom.com/content/pdf/2193-9039-2-12.pdf>

Weitere Internetquellen

<http://www.un.org/> (Vereinte Nationen)

<http://www.imf.org/external/index.htm> (Internationale Währungsfonds)

<http://www.worldbank.org/> (Weltbank)

<http://www.oecd.org/> (Organisation for Economic Co-operation and Development)

<http://www.undp.org/content/undp/en/home.html> (United Nations Development Programme)

<http://www.fao.org/home/en/> (Food and Agriculture Organization of the United Nations)

<http://unctad.org/en/Pages/Home.aspx> (United Nations Conference on Trade and Development)

<http://www.unmillenniumproject.org/> (United Nations Millennium Project)

<http://www.wto.org/> (World Trade Organization)

<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/> (CIA World Factbook)

<http://www.lisdatacenter.org/> (Luxembourg Income Study)

<http://utip.gov.utexas.edu/> (University of Texas Inequality Project)

<http://www.wider.unu.edu/research/Database/> (UNU-WIDER World Income Inequality Database)

<http://www1.eur.nl/fsw/happiness/> (World Database of Happiness)

<http://www.happyplanetindex.org/> (Happy Planet Index)

<http://www.oecdbetterlifeindex.org/> (OECD Better Life Index)

<http://www.europeansocialsurvey.org/> (European Social Survey)

<http://www.issp.org/> (International Social Survey Programme)

<http://www.worldvaluessurvey.org/> (World Values Survey)

http://www.diw.de/de/diw_02.c.299771.de/ueber_uns.html (Sozio-oekonomische Panel)

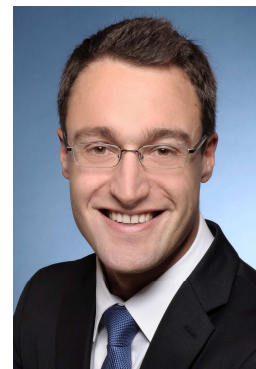
<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home/> (Eurostat)

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/microdata/echp> (Europäische
Haushaltspanel)

<http://www.worldwealthreport.com/> (World Wealth Report)

Florian Suermann

Anschrift: Neue Grünstraße 11
D-10179 Berlin
Telefon: 0177 - 8529498
E-Mail: floriansuermann@web.de
Geburtsdatum, -ort: 25.05.1986, Bonn
Staatsangehörigkeit: Deutsch



Akademische Ausbildung

09/2011 – 04/2014 Master of Arts	Erasmus Mundus Global Studies – A European Perspective Doppelabschluss, bisheriger Notendurchschnitt: 1,3	
03/2013 – heute	Universität Wien Masterarbeit: <i>Ungleichheit und Entwicklung. Historische Analyse nationaler und globaler Ungleichheit und deren Bedeutung für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungsprozess</i>	Wien, Österreich
09 – 12/2012	University of California, Santa Barbara Auslandssemester	Santa Barbara, USA
09/2011 – 05/2012	Uniwersytet Wroclawski Absolvierung des ersten Studienjahres	Breslau, Polen
10/2007 – 09/2011 Bachelor of Arts	Geschichte (Kernfach), Politikwissenschaften (Ergänzungsfach) Notendurchschnitt: 1,6	
10/2007 – 09/2011 09/2011	Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf Bachelorarbeit: <i>Revolutionen der Neuzeit. Eine vergleichende Ursachenanalyse</i> , Note: 1,0	Düsseldorf
03 – 07/2010	Universidad de Costa Rica Auslandssemester	San José, Costa Rica
02 – 07/2009	Univerzita Karlova v Praze Auslandssemester im Rahmen des ERASMUS-Programms	Prag, Tschechien
08/1997 – 06/2006 Gymnasium	Collegium Josephinum Bonn Abiturnote: 2,8	Bonn

Praktika

07 – 08/2012	Büro des Bundestagsabgeordneten Thomas Jarzombek - Recherche im netz- und verkehrspolitischen Bereich - Pressearbeit, Datenbankpflege, Archivierung	Berlin
06/2012	Redaktion Innenpolitik der Zeitung DIE WELT - Interview „Wir sind schon nicht ganz so überschwänglich“ mit Daniela Kolbe, Vorsitzende der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebenszufriedenheit des Bundestages, 01.08.2012 - Artikel „Jeder vierte deutsche Student geht ins Ausland“, 28.06.2012	Berlin

05 – 06/2011	Büro des Europaabgeordneten Dr. Markus Pieper Brüssel, Belgien
	• Teilnahme und Protokollierung des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie und des Ausschusses für regionale Entwicklung • Recherche zu den Themen EU und Nordafrika, Atomkraftwerke in Litauen und Entwicklungshilfeprojekte im Kongo
08 – 09/2010	Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung Neu-Delhi, Indien
	• Veröffentlichung des Länderberichts „Konfliktherd Kaschmir: Neue Wege zum Dialog?“, 27.09.2010 • Aufbereitung der indischen Presseberichterstattung • Teilnahme an diversen politischen Diskussionsveranstaltungen
08 – 09/2009	Büro des NRW-Landtagsabgeordneten Thomas Jarzombek Düsseldorf
	• Unterstützung während des Bundestagswahlkampfes • Vielfältige administrative Tätigkeiten

Weitere Arbeitserfahrungen

07 – 09/2008	Freiwilligendienst Salango/Quito, Ecuador
	Arbeit im Nationalpark und in einer Stiftung für Waisenkinder, 100 Stunden Spanischunterricht an der Sprachschule „La Lengua“
03 – 08/2007	nhi² Interviews International Bonn
	Interviewer für das Meinungs- und Marktforschungsinstitut
11/2006 – 07/2007	Kinderheim Maria im Walde Bonn-Ippendorf
	Zivildienst
07/2006 – 10/2006	Work and Travel Toronto, Kanada
	Angestellter bei „HCO“ (Hollister Corporation)

Zusatzqualifikationen

Sprachen	Deutsch (Muttersprache), Englisch (verhandlungssicher), Spanisch (sehr gut), Französisch (Grundkenntnisse), Latein (großes Latein)
EDV-Kenntnisse	Word, Excel, PowerPoint, Outlook

Engagement und sonstige Interessen

10/2008 – 07/2010	Fachschaft Politik am Sozialwissenschaftlichen Institut der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
	Mitglied, Planung und Durchführung diverser Veranstaltungen
04/2008 – 07/2011	ERASMUS-Hochschulgruppe Düsseldorf
	Mentor, Betreuung der ausländischen Gaststudenten
04/2008 – 07/2009	AIESEC Düsseldorf
	Mitglied des Lokalkomitees, Vermittlung von Auslandspraktika
Interessen	Laufen (z.B. RheinEnergieMarathon Bonn, Gletschermarathon Imst), Tennis (Mitglied im Tennisclub Alfter 1992-2009, mehrmaliger Clubmeister), Fußball, Reisen, Literatur, Sprachen, Musik

Berlin, den 16.04.2014

F. Suermann